

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 12. Januar 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Zwischen Kriegsgefahr und Teuerung ist Eure Sorge geteilt! Die Furcht vor dem Kriege lastet auf dem Wirtschaftsleben und verändert den Beschäftigungsgrad der Industrie, vermindert Eure Arbeitsgelegenheit gerade zur Winterszeit, die ohnehin vermehrte Arbeitslosigkeit bedeutet.

Diese Zeit haben die unerfättlichen Agrarier zu einem neuen Vorstoß benutzt und schon haben sie die Regierung auf die Knie gezwungen. Sene geringen Zollerleichterungen, die den Großstädten gewährt worden sind, sollen nur bis zum 1. April in Geltung bleiben, ja die Gefahr besteht, daß sie noch früher beseitigt werden. Und auch die städtischen Schlächtermeister einflussreiche Wähler unter dem Dreiklassenwahlrecht, laufen Sturm gegen die städtische Fleischversorgung.

Deshalb müßt Ihr Alle, die Ihr unter der Teuerung schwere Not leidet, heute in die Versammlungen kommen!

Es gilt Protest zu erheben gegen den agrarischen Uebermut, es gilt die städtische Fleischversorgung zu verteidigen, es gilt einzutreten für energischer und wirksamere Maßregeln zur Linderung der Not!

Erscheint in Massen in unseren Versammlungen!

Agrarisch ist Trumpf.

Die Teuerungskommission des Reichstags hat am Sonnabendmorgen ihre Beratungen fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Das Ergebnis sei vorweg festgestellt: alle von den sozialdemokratischen und fortschrittlichen Mitgliedern der Kommission gestellten Anträge wurden abgelehnt, die Regierungsvorlage wurde schließlich mit allen gegen die der konservativen Stimmen angenommen.

Die auf sozialdemokratische Aufforderung hin schließlich fixierte, tags zuvor mündlich abgegebene Erklärung der Regierung jagt tatsächlich klipp und klar: vom 1. April 1914 ab hören alle bisher gewährten Erleichterungen auf; wenn es die Verhältnisse gestatten, wird die Regierung schon vorher Schluß machen!

Mit größerer Offenheit hätte die Regierung in der Tat nicht bekunden können, daß sie auf das Stirnrücken der Agrarier hundertmal mehr achtet, wie auf den Notleidenden der vielen Millionen, die durch die Agrargeetze zum Darben gezwungen sind.

Die Verhandlungen begannen mit einer Danks- und Aber-Rede des nationalliberalen Abgeordneten Kölsch, der für die Landwirtschaft forderte, bis sie den gesamten Fleischbedarf allein decken können. Geduld empfahl er den Arbeitermassen, die billiges Fleisch verlangen. Von einer Unternahrung könne keine Rede sein! Der Zentrumsagrarier Herold, einer der engagiertesten Köhler, wandte sich gegen den das Fleisch verteuern den Zwischenhandel. Das direkte Eingreifen der Städte habe die Preise auf Kosten des Zwischenhandels gedrückt. Hier müsse weitergearbeitet werden, am besten durch den Abschluß von Verträgen zwischen den Städten und landwirtschaftlichen Organisationen. („Damit die Fleischermeister ganz tot gemacht werden!“) schrieb der Fortschrittler Koch entsetzt dazwischen. Das jehige Notgeschick erseheine ihm sehr bedenklich, weil es Bölle zurückvergüten will. Ihm wäre es lieber gewesen, wenn davon gar keine Rede gewesen sei; besser wäre wohl eine direkte „Vergütung“ an die Städte aus Reichsmitteln gewesen. Im übrigen redete der schwarze Agrarier gegen alle Anträge zu der Vorlage.

Mit erdrückendem Material fertigte unser Genosse Schmitt-Bürgburg die Redereien seiner schwarzblauen Vondelente in der Kommission, Mahinger und Weisböck, ab. Die hatten allerlei unrichtige Angaben über die Viehzucht in Bayern gemacht. Und wie schauen die Tatsachen aus? In Bayern sind 1912 688 124 Stück Schlachtvieh weniger geschlachtet worden als im Vorjahre!

171 813 Stück Rindvieh,
255 832 „ Schweine und
261 470 „ Schafe

weniger wurden ermittelt. Von der bayerischen Regierung war den Arbeitern besonders die Kaninchenzucht empfohlen worden. Re-

sultat nach Jahresfrist: 61 850 Stück weniger! Das ist übrigens kein Wunder. Wo sollen denn die in elenden Wohnungen hausenden Arbeiter Kaninchenzucht treiben? Auf dem Blumenbreit? Im Kohlentoppen oder in Zigarrenstiften? Die einfältigen Behauptungen von der Interessengemeinschaft der großen und kleinen Landwirte wies Schmitt mit einigen kräftigen Bemerkungen ab, während er in bezug auf die notorisch feststehende Unternahrung breiter Volksschichten auf die vorliegenden amtlichen Materialien verwies. Da in einer der Kommission zugegangenen Fleischermeisterlichen Zuschrift die schwersten Vorwürfe gegen Berliner Warenhäuser erhoben worden waren, hatte Schmitt Veranlassung genommen, sich in einem der bedeutendsten Warenhäuser persönlich zu informieren. Er hat nicht nur die Fleischwaren selbst in Augenschein genommen, sondern auch die Bücher usw. gewissenhaft geprüft. Und auf Grund dieser Prüfungen konnte er feststellen, daß alle Vorwürfe der Interessenten glatt erfinden, durchweg unwahr waren!

Dem thüringischen Agrarier Arnstadt, der seine Sprüchelein zum zweiten, dritten und vierten Male herzogte, erwiderte Genosse Würm in famoser Weise. Gegenüber dem Grafen Kanig, der auf die uns Sozialdemokraten wohlbelannte internationale Teuerung hingewiesen hatte, stellte unser Genosse fest, daß wir die leuren Weltmarktpreise plus der Steuerungen zahlen müssen, die wir den agrarischen Jöllen, Grenzsperrern usw. zu danken haben, allen den Maßnahmen, gegen die wir auf das energischste ankämpfen. Gerade diese Agrargeetze sind es ja auch, die den Viehkommissionären die preistreibende Tätigkeit erheblich erleichtern. Würm beleuchtete dann die albernen Behauptungen über den Nutzen, den auch die kleinsten Bauern haben sollen von den Jöllen, in recht eindringlicher Weise. Selbstverständlich bekommt auch der kleinste Bauer, der nur eine Kleinigkeit zum Verkauf bringt, infolge der Jölle einen höheren Preis. Aber die Jölle haben die ungerechtmäßige Eigenschaft, daß sie nicht nur verteuern, was der Bauer verkauft, sondern auch das, was er einkaufen muß! Und da der Einkauf an Lebens- und Futtermitteln, sowie notwendigen Gebrauchsgegenständen für den Kleinbauern viel größer ist als sein Verkauf, so ist auch er den Großgrundbesitzern genau so tributpflichtig, wie die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung. In eingehender Weise schilderte Würm dann das vielerörterte Angebot des Pommerischen Verbandes an die Stadt Berlin. Die Berliner Stadtverwaltung würde geradezu gewissenlos handeln, wenn sie das gemachte Angebot akzeptierte. Zum Schluß verlangte unser Genosse Auskunft von der Regierung über die tags zuvor an die Wand gemalte, der deutschen Viehzucht angeblich drohende Deutenpest infolge des „Nachschubs sibirischen Viehs nach Westen“, wenn fernerhin aus Rußland große Mengen Fleisches nach Deutschland eingeführt würden. Davon könne unter gar keinen Umständen die Rede sein. Diese Auslassungen des Regierungsvertreters erschienen ebenso als eine Verleugung vor den Agrariern, wie die weitere Erklärung, daß unter keinen Umständen über den 1. April 1914 hinaus die jetzigen Vergünstigungen gewährt werden würden. Wie läche eine Regierung, die gar nicht vorauszuweisen vermag, wie die Verhältnisse sich entwickeln werden, eine solche unerhörte Erklärung abgeben!

Der Unterstaatssekretär Richter suchte die kritisierten Erklärungen in etwas harmloserer Weise erscheinen zu lassen, hatte damit aber wenig Glück. Nicht mehr Glück hatte Herr Giesberts mit dem Versuch, sein volksfreundliches Herz zu offenbaren.

Aus der weiteren Debatte ist nur noch bemerkenswert die vom Genossen Hoch eingeleitete Debatte über eine sozialdemokratische Resolution, die den Reichskanzler ersuchen will,

bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß allgemein die Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in derselben Weise zugelassen werde, wie für die großen Städte.

Er verwies auf die Erfahrungen der Stadt Hanau. Die Fleischzufuhr der Stadt Frankfurt läßt für Hanau gar keine Wirkung aus. Als Hanau von Frankfurt ausländisches Fleisch bezog, sanken die Preise sofort. Nun aber verbietet die preussische Regierung der Stadt Hanau den Bezug ausländischen Fleisches aus Frankfurt, weil die Vergünstigungen nur für „große“ Städte eingeräumt worden seien! Deshalb sei die Annahme der Resolution dringend notwendig.

Obwohl die Sozialdemokraten auf Grund der Aussprache sich zu einigen Änderungen der Resolution verstanden, wurde diese doch abgelehnt. Für sie stimmten nur die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und zwei Zentrumsabgeordnete.

Festgestellt sei, daß ein Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums erklärte, er wolle den zuständigen Referenten über den Hanauer Fall genau informieren und ihn bitten, noch einmal „in Erwägungen einzutreten“.

Alle sozialdemokratischen und fortschrittlichen Anträge wurden sodann abgelehnt. Für den sozialdemokratischen Antrag, der die Befreiung des § 13 des Schlachtvieh- und Fleischbeschlagesgesetzes verlangte, stimmten nicht einmal die Fortschrittler!

Die Regierungsvorlage, durch die lediglich die wenigen Erleichterungen akzeptiert werden, die bisher schon in Übung sind, wurde sodann gegen die vier konservativen Stimmen angenommen.

Die Verhandlungen haben erneut erwiesen, daß der Reichstag eine kompakte agrarische Mehrheit hat, die nicht gewillt ist, auf den Notleidenden des Volkes zu hören. Die Privatinteressen der Großen in der Landwirtschaft zu schützen und zu fördern ist das Leitmotiv der konservativen, nationalliberalen und Zentrumsabgeordneten. Dabei geben die Herrschaften von dem Gesichtspunkte aus, daß eine Hand die andere wäscht. Ohne Landwirtschaftszölle keine Industriezölle — das ist die Lösung des Rätsels, warum selbst die Ver-

treter des Großhandels und der Industrie den Agrariern kein Karoli zu bieten wagen.

Es ist die alte Geschichte: der Kapitalismus in der Stadt und auf dem Lande ist sich einig in der Vertretung kapitalistischer Interessen. Notwendiger denn je zuvor ist deshalb die Aufklärungsarbeit in den Kreisen der Arbeiter und Kleinbauern, der kleinen Geschäftsleute und Beamten — gegenüber dem Kapitalismus haben sie proletarische Interessen zu vertreten. Solange große Massen dieser Volksschichten kapitalistischen Parteien nachlaufen — in Vertretung ihrer eigenen Interessen und des Charakters der sie täuschenden Parteien —, solange brauchen die Agrarier nichts für ihre politische Macht zu fürchten.

Eine Partei nur gibt es, die die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt, die sozialdemokratische.

Vor der Intervention.

Für Montag steht die Ueberreichung der gemeinsamen Note der Mächte in Konstantinopel in Aussicht. Sie wird die Ueberzeugung ausdrücken, daß ein weiterer Widerstand der Pforte gegen die Hauptforderungen der Balkanmächte nicht im türkischen Interesse liege und daß insbesondere Adrianopel abgetreten werden müsse, um den abzuschließenden Frieden zu einem dauernden zu machen. Ob auch bei den Balkanmächten ein ähnlicher Schritt unternommen werden wird, ist zweifelhaft.

Sind also die Mächte über die Frage der Abtretung von Adrianopel einig, so scheint dies in anderen Fragen nicht der Fall zu sein. Von den Ägäischen Inseln ist in der Note nicht die Rede und man darf annehmen, daß hier ein Gegensatz zwischen den Mächten der Tripelentente und des Dreibundes besteht. Während Frankreich für die Abtretung aller Inseln an Griechenland eintritt, schlägt Italien vor, daß Griechenland die Inseln räumen solle. Diese würden dann eine von den Großmächten festgesetzte Autonomie unter der Souveränität der Türkei erhalten. Es sollen danach nicht nur die der kleinasiatischen Küste unmittelbar vorgelagerten Inseln Mytilene, Chios, Rhodos, und Kos, sondern auch die am Dardanelleneingang gelegenen Somothrace, Imbros, Tenedos und Lemnos der Türkei verbleiben. Der italienische Vorschlag ist offenbar von der Absicht diktiert, die künftige griechische Seegelung möglichst einzuzuschränken; in manchen Kreisen wird auch der Verdacht laut, daß Italien selbst die eine oder die andere Insel behalten möchte.

Zu diesem Gegensatz kommt dann noch der durch das Vorgehen Rumäniens geschaffene. Rumänien sucht die kritische Situation zu begünstigen, um seine „Kompensationen“ in Sicherheit zu bringen, mit anderen Worten Bulgarien einen Gebietsstreifen mit der wichtigen Donauaufsehung Silistria abzuschneiden. Es droht, falls Bulgarien nicht nachgibt, einfach das strittige Gebiet zu besetzen. Dieses rumänische Vorgehen wird von Rußland, aber auch von Frankreich und England verurteilt, während Oesterreich und Deutschland die rumänische Forderung begünstigen. Der rumänische Außenminister ist in Konstantinopel und es ist wahrscheinlich, daß er dort über ein gemeinsames Vorgehen mit der Türkei unterhandelt, falls Bulgarien in seinem Widerstand beharrt.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Türkei den interessierten Mächten mit wenig Respekt begegnet und schon jetzt erklärt, daß ihr Schritt erfolglos bleiben, Adrianopel nicht werde abgetreten werden. Was aber dann? Denn falls wirklich das Eingreifen der Mächte vermeintlich wäre, würde die Situation außerordentlich kritisch. Und wird die Einigkeit der Mächte eine solche Krise überdauern?

Bestimmung in England.

London, 11. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt aus diplomatischen Kreisen, daß wachsende Mißstimmung über die Lage herrsche. Es wird betont, daß dies nicht einer bestimmten Entwicklung zuzuschreiben ist, sondern zunächst der andauernden Unnachsichtigkeit der Türkei, ferner den Nachrichten aus Bukarest, die zu Besorgnissen vor Verwickelungen Anlaß geben, die aus der rumänisch-bulgarischen Situation entspringen könnten. In der Zusammenkunft der Botschafter, die sich gestern hauptsächlich mit den in Konstantinopel zu ergreifenden Maßnahmen befahte, zeigt sich fortdauernd Uebereinstimmung. Alle Mächte sind von der Notwendigkeit durchdrungen, daß die Türkei Adrianopel aufgeben müsse.

Bulgarien und Rumänien.

London, 11. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hatten der rumänische Minister Joneanu und der rumänische Gesandte Mischu heute vormittag mit Sir Edward Grey eine Zusammenkunft im Auswärtigen Amt.

Bukarest, 11. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) In hiesigen informierten Kreisen ist man geneigt, in der amtlichen Mitteilung der bulgarischen Regierung an Rumänien, daß Donew beauftragt sei, die

Die Inserions-Gebühr

Bekannt für die sechsgehaltene Kolonietabelle über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Inserate und Bestimmungen-Artikeln 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (galtlos festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Erklärungen und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Interesse für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

unterbrochenen Verhandlungen mit dem Gesandten Mischu wieder aufzunehmen, das Zeichen einer gewissen Entspannung zu erblicken.

Eine Erklärung des rumänischen Gesandten.

Paris, 11. Januar. Der Vertreter des Depeschendebureau Gerold hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem hiesigen rumänischen Gesandten Lahovary. Dieser erklärte: Die von Minister Jonsescu aus London hier eingetroffenen Meldungen lauten ziemlich pessimistisch. Dr. Danew gibt immer nur ausweichende Antworten, er geht wie die Aage um den heißen Brei und will die Angelegenheit niemals von Grund aus besprechen. Rumänien muß aber auf seinen Forderungen bestehen. Es ist bekannt, daß selbst bulgarische Politiker diese für vollständig berechtigt finden. Unsererseits sind alle Vorbereitungen getroffen und wir können unsere Armee jeden Tag auf den Kriegszug stellen. Dies weiß Bulgarien ganz genau, und es will daher es zu seinem Konflikt kommen lassen, der aber unaussprechlich sein würde, wenn Bulgarien immerwährend nur Aufschübe machte. Die Grenzfrage muß ein für alle Mal geregelt werden, um etwaigen späteren Komplikationen vorzubeugen. Wir müssen auf Silistria bestehen, Rumänien hat während des Balkankrieges vollste Neutralität gewahrt, jetzt ist aber der Augenblick gekommen, wo wir unsere Angelegenheiten mit Bulgariens erledigen müssen.

Türkische Hoffnungen.

Frankfurt a. M., 11. Januar. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Konstantinopel telegraphiert: Der rumänische Entschluß, zur Sicherung seiner Grenzen heute oder morgen in Bulgarien einzumarschieren, wurde hier gestern spät abends durch diplomatische Depeschen bestätigt. (?)

Er erregte großes Aufsehen. Wenn auch erwartet wurde, daß angesichts der Ereignisse auf dem Balkan Rumänien nicht in Inaktivität beharren werde, so glaubte man doch, daß Rumänien durch diplomatische Verhandlungen eine Entschädigung zu erreichen suchen werde.

Sowohl der russische wie auch der österreichisch-ungarische Gesandte in Bukarest suchten vorgestern in Audienzen beim König Karol diesen von seinem Vorhaben des Einmarsches in Bulgarien abzubringen, da dies doch einen neuen Krieg bedeute.

König Karol verharret jedoch unerbittlich auf seinem Standpunkt. „Ich tat alles“, erwiderte er, „um Bulgarien von der absoluten Notwendigkeit einer Verständigung zu überzeugen. Dann versänderte ich mein Wort, daß ich noch drei Tage Zeit gewähren würde. Dies Wort darf nicht uneingelöst bleiben.“

Rot Stutari.

Cetinje, 11. Januar. Amlich wird gemeldet: Die türkischen Truppen auf dem Tarabosch griffen gestern die Vorposten der Südarmer an. Ihr Angriff wurde jedoch abgeschlagen. Das Geschwader und die Kanonade dauerte drei Stunden, ohne bei den montenegrinischen Truppen Schäden anzurichten. Die Lage in Stutari muß verzweifelt sein. Täglich kommen Flüchtlinge bei uns an und erzählen, daß der Zustand in der Stadt besonders für die Einwohner unerträglich ist.

Wirrnisse.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parvus: Alles geht durcheinander und wie auch die von der Friedenskonferenz angerichtete Konfusion sich lösen mag, so hat man doch hier den bestimmten Eindruck, daß die türkische Regierung abermals duplet wurde. Als ein Fehler wird schon der Abbruch des Waffenstillstandes betrachtet. Man sagt: Nach allem, was seit dem Waffenstillstand bekannt geworden ist, war die Situation der bulgarischen Armee eine derartige, daß sie für längere Zeit weder bei Adrianopel noch bei Tschataldscha große Unternehmungen mehr hätte wagen dürfen. Also wäre auch ohne den Waffenstillstand die Situation genau dieselbe wie jetzt. Die Armeen mußten ausruhen, neue Kräfte gesammelt werden. Es würde in den abgelaufenen Wochen keine neue Entscheidungsschlacht bei Tschataldscha, kein neuer Sturm auf Adrianopel stattgefunden haben. Was hat also die Türkei durch den Waffenstillstand gewonnen? Nichts. Ja, wenn man während der Zeit Adrianopel hätte verproviantieren können, wäre es anders gewesen. Aber das gerade war durch die Bedingungen des Waffenstillstandes ausgeschlossen. Adrianopel wurde ausgehungert. Dagegen durften proviantierte Adrianopel passieren, die für die bulgarische Armee bestimmt waren. Betrug! Verwal! — so heißt es jetzt nachträglich: wir haben die bulgarischen Soldaten satt gemacht, indessen die Vorräte von Adrianopel immer mehr zusammenschmolzen sind. Noch schlimmer war die moralische Wirkung. Solange es keinen Waffenstillstand gab, erwartete alle Welt von der angreifenden bulgarischen Armee große Aktionen. Jeder Tag, der ohne Entscheidung verlief, war eine Blamage für die Bulgaren, ein Triumph für die Türken. Jeder Tag ohne Entscheidung mußte die Stimmung in der bulgarischen Armee verschlechtern, sie unsicher und schwankend zu machen, während umgekehrt, in der türkischen Armee mit jedem gewonnenen Tag die Zuversicht steigen mußte. Aber mit dem Abbruch des Waffenstillstandes wurde das alles hinfällig. Von da an war es ja selbstverständlich, daß die bulgarische Armee nichts unternahm. Mehr noch, die Ausfälle der Adrianopel Garnison, die, wie seitdem bekannt wurde, die bulgarische Armee stark beunruhigten, und die Scharmützel bei Tschataldscha mußten aufhören.

Diese Betrachtungen lassen sich nicht ohne weiteres zurückweisen. Der Waffenstillstand wurde geschlossen, weil man den Frieden wollte. Gewiß, der Friede war und ist notwendig. Aber dann mußte man auch energisch handeln und auf den sofortigen Friedensschluß bestehen. Statt dessen schlug die türkische Regierung selbst eine Verschiebungstatist ein und glaubte, durch diplomatische Kniffe und List das Nachholende zu können, was die Armee nicht zustande bringen konnte. Sie hoffte auf einen europäischen Krieg, spekulierte schließlich auf den Streit zwischen den Bulgaren und Griechen, und da die Gegensätze haben und drüben denn doch noch immer überwunden wurden, so steht sie jetzt da, wie der bekannte Lohgerber, dem die Felle weggeschwommen sind.

Wie nun auch die Sache enden mag, ob Friede geschlossen wird, oder der Krieg wieder entbrennt, die Tage des Kabinetts Riamil Pascha sind gezählt. Diese Staatsmänner der Hamidischen Vorkriegszeit haben sich in einer Weise blamiert, daß sie nicht mehr aufkommen können. Von allen Seiten wird ihnen die Gefolgschaft versagt. So hat neulich selbst die Zeitung „Iblam“, die das treueste Organ Riamils für die Zeit der Komitewherrschaft war, diesem in höflicher, aber sehr klater und entschiedener Form zugeredet, seinen Posten aufzugeben. Jetzt fordert auch Lufti-Pascha, der bekannte Wortführer der früheren Oppositionellen, mit aller Entschiedenheit die Bildung eines Kabinetts der Jungen. Was die eventuelle Wiederaufnahme der Kriegsoptionen anbetrifft, so sind alle jungtürkischen Elemente dafür.

Gegen die Regierung.

Konstantinopel, 11. Januar. Der frühere jungtürkische Depu- tierter Maguerie Goidar hat an den Sultan ein Telegramm ge- richtet, in welchem er erklärt, die Nation sei entschlossen, die Gräber

der Sultane in Koffow und Adrianopel nicht in den Händen des Feindes zu lassen, und bittet, die Regierung solchen Händen anzu- vertrauen, die zur Fortsetzung des Krieges befähigt seien.

Der Kampf um die Konkurrenzklause.

Die Aussprache über den Entwurf zur Aenderung der §§ 74, 75 und des § 76 des Handelsgesetzbuchs nahm am Sonntag die ganze Sitzung des Reichstags in Anspruch; sie dauerte 6 1/2 Stunden. Der Entwurf bezieht sich auf die Konkurrenzklause der Handlungsgehilfen und Lehrlinge, also auf die Vereinbarungen, durch die die Angestellten sich verpflichten, nach ihrem Austritt aus ihrer Stelle nicht in gewisse Konkurrenzgeschäfte einzutreten. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hatte sich am Tage vorher die Begründung des Entwurfes sehr leicht gemacht; er hatte sich damit begnügt, die Gründe der Unternehmer gegen eine wirkliche Bekämpfung der durch die Konkurrenzklause ver- ursachten Mißstände vorzutragen.

Diesen Ausführungen trat Genosse Siebel als erster Redner entgegen. Er setzte sich grundsätzlich mit dem Staatssekretär auseinander, indem er nachwies, daß jede Konkurrenzklause den Arbeiter oder Angestellten an seine Stelle fesselt, ihm den Uebertritt in eine günstigere Stelle aufs äußerste erschwert und so im Widerspruch steht mit einem Grundrechte der jetzigen „Ordnung“, mit dem Rechte, seine Arbeitskraft möglichst günstig zu verwerthen. Und das tue man gerade denen an, die sich einzig und allein durch ihre Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt verschaffen können. Gegen diese Vergewaltigung der Arbeiter und Angestellten bringe der Entwurf nur ganz ungenügende Verbesse- rungen. Für die Arbeiter und für diejenigen Angestellten, die nicht Handlungsgehilfen sind, soll alles beim alten bleiben. Für die Handlungsgehilfen soll die wichtigste Verbesserung die sein, daß die Unternehmer verpflichtet werden, ihren früheren Angestellten nach ihrem Austritt aus dem Geschäft eine Entschädigung zu zahlen für die Zeit, in der die Konkurrenzklause ihn in der Auswahl einer neuen Stelle be- schränkt. Genosse Siebel wies nach, daß diese Entschädigungs- pflicht in Wahrheit die Unternehmer so gut wie gar nicht be- lastet, die Konkurrenzklause aber nach wie vor die Hand- lungsgehilfen an ihre Stelle fesselt. Dafür sollen die bis- herigen Bestimmungen in manchen wichtigen Punkten sogar verschlechtert werden. Ein solcher Entwurf sei ganz unge- nügend; notwendig sei vielmehr das unbedingte Verbot aller Konkurrenzklause.

Die bürgerlichen Parteien mußten unserem Redner darin zustimmen, daß der Entwurf nicht geeignet ist, die allgemein anerkannten Mißstände zu beseitigen. Trotzdem konnten sie sich nicht der Forderung nach dem unbedingten Verbot der Konkurrenzklause anschließen. Nur der Abgeordnete Behrens machte ein Ausnahme, das ist aber für seine Stellung im entscheidenden Augenblick ohne jede Bedeutung. Die übrigen bürgerlichen Redner versprachen mit vielen Worten, daß sie den Handlungsgehilfen so viel helfen möchten, wie — es nur irgend möglich sei. Und dann stellten sie mehr oder weniger tiefinnige Betrachtungen darüber an, auf welche Weise sie bei der Bekämpfung der Konkurrenzklause auch „das berechnete Interesse“ der Unternehmer wahren können.

Gleich der erste Redner der bürgerlichen Parteien, Abge- ordneter Trimborn, trat in der Rolle des Greifes auf, der sich nicht zu helfen weiß. Er beklagte es mit beweglichen Worten, daß seine Partei noch immer nicht wisse, was in der Sache zu tun sei. Die vielen, vielen Jahre, in denen die Frage eingehend besprochen worden ist, habe seiner Partei noch immer nicht die nötige Klarheit gebracht. Aber jetzt, so rief er aus, werde seine Partei die Sache gründlich erwägen.

Mit ähnlicher — Vorsicht redeten auch die anderen bürgerlichen Herren: Dr. Thoma und Marquart von den Nationalliberalen, Weinhausen und Waldstein von den Fortschrittlichen, v. Veit von den Konservativen usw. Daher konnte ihnen der zweite sozialdemokratische Redner, Dr. Quard, mit Recht vorhalten, daß alle schönen Ver- sprechungen, alles Herumflühen mit der Entschädigungs- pflicht usw. den Angestellten gar nichts helfe, während sie in der Stelle sind, an die sie die Konkurrenzklause fesselt. Der so vergewaltigte Angestellte könne nicht einmal seine Koalitionsfreiheit verteidigen; jeder soziale Fortschritt werde ihm aufs äußerste erschwert, solange die Konkurrenzklause noch möglich sei. Daher drehe sich der Kampf um das gänzliche Verbot der Konkurrenzklause. In dem Verbot könnten sich die bürgerlichen Parteien nur deshalb nicht entschließen, weil sie nicht den Unternehmern weh tun wollen.

Der Entwurf wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Bezeichnend ist es, daß bei der Verhandlung über diesen sozialpolitischen Entwurf das Reichsamt des Innern durch Abwesenheit glänzte.

Die nächste Sitzung findet Montag statt. Zur Verhand- lung kommt zunächst der Entwurf über die Jugendgerichte. Als letzter Punkt steht auf der Tagesordnung die zweite Be- ratung des Etats. Begonnen wird sie mit der Aussprache über den Etat des Innern, also mit der großen sozialpoliti- schen Debatte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Januar 1913.

Seid den Jesuiten!

Jeder, der, ohne die Tagesordnung zu kennen, am Sonnabend auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gesessen und die Etats- rede des Abg. Graf Praschma vom Zentrum mitangehört hat, der konnte sich in eine Protestversammlung gegen das Jesuiten- gesch verwickeln. Kein Wort fand der Wortführer des Zen- trums für die brennendste Frage der Gegenwart, die Wahlrechts- frage, kein Wort für die Fleischsteuerung, unter der das Volk seufzt, kein Wort gegen die Steuerbelastung, die trotz der glänzenden Finanzen verweigert werden soll. Das Wohl der Jesuiten allein ist es, was ihm am Herzen liegt. Die Jesuiten sind nach ihm die edelsten, tüchtigsten und patriotischsten Leute, sie sind es, die in erster Linie berufen sind, die bürgerlichen Parteien zum gemein- samen Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzuführen. Schon aus diesem Grunde müssen sie möglichst schnell in feierlichem Zuge in Preußen eingeführt werden. Unsere Stellung zur Jesuitenfrage ist bekannt. Als Gegner eines jeden Ausnahme- gesetzes sind wir natürlich auch Gegner des Jesuitengesetzes, wir haben nichts gegen seine Aufhebung, wir fürchten die Jesuiten nicht, aber diese übertriebene Verherrlichung ist denn doch so un- angebracht wie nur etwas. Ist denn wirklich die Praxis in Preußen eine schärfere geworden als früher? Selbst wenn der Kultusminister Troitz zu Solz es nicht ausdrücklich versichert

hätte, müßte man zugeben, daß das Gesetz unter Reichmann Holl- weg zurückhaltend gehandhabt wird. Das Zentrum weiß natürlich selbst, daß seine Klagen ganz unbedeutend sind, aber die Wahlen stehen vor der Tür, da braucht es angesichts seiner fortgeschrittenen Verfündigung an dem Volke eine zugkräftige Parole, und die glaubt es in den unbegründeten Klagen über die Zurückführung des Zentrums gefunden zu haben. Daß es im Grunde genommen ein aus den Reihen des Zentrums hervorgegangener „Staatsmann“, der bayerische Ministerpräsident Jehr. v. Hertling ist, der die Jesuitenfrage wieder aufgerollt hat, wollen wir bei dieser Gelegen- heit unerörtert lassen.

Das Magelien des Grafen Praschma war für den National- liberalen Dr. Friedberg das Stichwort, seinem gepredigten Herzen Luft zu machen und wieder einmal eine Kulturkampfsrede zu halten. Das macht sich nach außen recht nett, namentlich wenn man sich in demselben Atemzuge gegen ein radikales Wahlrecht und gegen jede Abschwächung oder gar Aufhebung des § 12 des Fleischschau- gesetzes ausspricht.

Da sowohl der erste Redner, Abg. Windler (L.), als auch Graf Praschma kurz die Bewegung der Ruhrbergleute gestreift hatten, nahm der Handelsminister Sydow Veranlassung, eine Darstellung der Bewegung zu geben, eine Darstellung, die recht drastisch die jammervolle Haltung der Führer der christlichen Bergarbeiterorganisationen illustriert, die den Mund erst nicht voll genug nehmen können und hinterher, ohne irgend etwas erreicht zu haben, zum Rückzug blasen. Vielleicht hat der Minister nicht so ganz Unrecht mit seiner Behauptung, daß es den Führern nur darauf ankomme, die Mitgliederzahl ihrer Verbände zu vermehren. Mögen die christlichorganisierten Bergarbeiter aus dieser Dar- stellung die Lehre ziehen, daß sie Vorteile einzig und allein im Zusammenarbeiten mit den freiorganisierten Arbeitern erzielen können. Ueber den Etat selbst wurde fast nichts gesagt.

Montag: Fortsetzung.

Die Einigkeit im nationalliberalen Lager.

Der Geschäftsführer der Nationalliberalen, Herr Fuhrmann hat jüngst erklärt, daß der vom „Vorwärts“ im Auszug wieder- gegebene scharfe Angriff der „Hamburger Nachrichten“ gegen den nationalliberalen Parteiführer Wassermann nicht von der alt- nationalliberalen Gruppe ausgegangen, sondern eine Spezialleistung des Hamburger Blattes sei. Dafür muß er sich von den „Ham- burger Nachr.“ eine recht seltene Abfertigung gefallen lassen:

Der vor kurzem unter obiger Ueberschrift und aus national- liberalen Kreisen ausgegangene Artikel hat in der deutschen Presse Aufsehen erregt. Ein Beweis dafür, daß er uns Schwarz getroffen hat. In allen Partrilagern hat man sich mit ihm eingehend beschäftigt und je nach Bedarf kommentiert. Besonders hat ihn natürlich die nationalliberale Presse aufgegriffen und sogar die Parteioffizialen haben Stellung genommen. Wir haben abstrahlich die Wogen der Erregung sich erst verebben lassen, ehe wir von neuem auf diese aktuelle und für das Schicksal der nationalliberalen Partei so eminent wichtige Frage zurückkommen. Um mit den National- liberalen zu beginnen, so hätte man eigentlich erwarten dürfen, daß sie den Klaren, auf reinliche Entscheidung drängenden Ausführungen des Scheideweg-Artikels ihre Zustimmung nicht verweigern würden. Wenn das zum Teil nicht geschehen ist, so ist es unser Gedächtnis nur ein neuer Beweis dafür, wie wenig Zielklarheit und Aktivität die Füh- rung des rechten Flügels der Nationallibe- ralen besitzt. Der geschäftsführende Leiter der altnational- liberalen Gruppe, Herr Fuhrmann, hat sich sogar bemüht ge- fährt, in einer Erklärung die Tendenz des uns aus national- liberalen Kreisen ausgegangenen Artikels zu mißbilligen, und hat Herrn Wassermann ein gutes Führungsbildnis ausgestellt. Wir begnügen uns damit, hieron einfach Notiz zu nehmen. Es bestätigt nur, daß Herr Fuhrmann wohl selber nicht recht weiß, was er eigentlich will. Kurzweil, die Psycho- logie des gesamten rechten Flügels der Nationalliberalen ist fesssam. Bangt ihnen etwa vor der eigenen Courage? Allerdings wissen wir, daß Herr Fuhrmann durch- aus nicht berechtigt ist, im Namen aller Nationalliberalen zu sprechen, denn hinter ihm steht nur eine, allerdings mächtige Gruppe. Ein anderer Teil der Nationallibe- ralen ist dagegen mit ihm durchaus nicht über- mäßig zufrieden. Inwiefern können wir Herrn Fuhr- mann aber die Anerkennung nicht verweigern, daß er in seiner Entgegung wenigstens die gute Form gewahrt hat. Das kann man leider nicht der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem amtlichen Organ der nationalliberalen Partei, nachrühmen. Diese richtet gegen den in Frage stehenden Artikel „Die Nationalliberalen am Scheidewege“ einen Wuterguß, der nach Form und Inhalt das alte Wort bestätigt, daß, wer schimpft, Unrecht hat.

Zugleich nimmt das Blatt seinen Kampf gegen Wassermann wieder auf, den es dem geheimen Einverständnis mit den „Stettiner Rebellen“ und ihres „partei-schädigen- den Verhaltens“ erklärt.

Aus dem bürgerlichen Pressumpf.

Die „Hamburger Nachrichten“ sind, seit Bismarck sie zu ver- schiedenen Indiscretionen benutzt hat, zu einer gewissen Bedeutung gelangt. Der hohe Bezugspreis dieser Zeitung, 9,50 M. vierteljähr- lich, mußte den Anschein erwecken, als ob das Blatt eine ganz besondere Verbreitung gerade in den zahlungsfähigsten Kreisen habe. In einer Privatklage, die der Verlag der „Hamburger Nachrichten“ gegen einen Redakteur des „Hamburger Fremdenblattes“ ange- strengt hatte, wurden nun ganz erbauliche Sachen festgestellt. Nur der kleinste Teil der Abonnenten der „Hamburger Nachrichten“ zahlt den Bezugspreis von 9,50 M. Verschiedene Vereine erhalten für ihre Mitglieder eine erhebliche Preisermäßigung. So bezahlen Innungsmitglieder 5-7 M., Mitglieder des Alldutschen Verbandes sowie der Offizier- und Kriegerverein 6,50 M. Die Hamburger Beamten zahlen gar nur 3 M. pro Quartal! Abonnements zu diesem Preise werden in einem Geschäftszimmer des Hamburger Rathhauses entgegengenommen. Von den Kolporturen der „Ham- burger Nachrichten“ hat einer unter 50 Abnehmern nur vier, ein anderer unter 500 Abnehmern nur 25, ein dritter unter 200 Abnehmern nur sieben, die den vollen Bezugspreis bezahlen. — Dieses Rabattsystem war in einem Bürgerverein zur Sprache ge- kommen, das „Hamburger Fremdenblatt“ brachte einen Bericht darüber und daraus entwickelte sich dann der Verleumdungsprozeß, die vernommenen Sachverständigen bezeichneten das Geschäfts- gebaren des vornehmen Blattes als ein unlauteres. Weiter wurde festgestellt, daß eine große Zahl Behörden, Hotels und Land- gasthöfe in Rostenburg, Hannover und Schleswig-Holstein das Blatt völlig gratis erhalten.

Mit einem Vergleich, der die Grenzen, innerhalb deren eine Herabsetzung des Bezugspreises erfolgen darf, als flüssig be- zeichnet, endete die Verhandlung, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Gepflogenheiten eines ziemlich einflussreichen bürgerlichen Blattes wirft.

Bei der Präsidentenwahl in der württembergischen Zweiten Kammer

hat die Linke keinen einzigen Sitz erlangt. Sämtliche Posten des Präsidiums sind an Konservative und Zentrumspartheiler gefallen. Nachdem bereits der Präsidentenposten mit einem Konservativen

Beseht worden ist, erfolgte heute vormittag die Wahl des ersten Vizepräsidenten der Zweiten Kammer. Es erhielten v. Nieme (3.) und Kiesling (2.) je 44 Stimmen. Da sich auch im zweiten Wahlgang das Stimmverhältnis nicht änderte, mußte das Los entscheiden, welches für v. Nieme entschied.

Zum zweiten Vizepräsidenten der Zweiten Kammer wurde der Abgeordnete Berger von Bergau (L.-Bauernbund) mit 38 Stimmen gewählt. Dr. v. Sieber (natf.) erhielt 33 Stimmen. Ferner wurden 17 weiße Jettel abgegeben.

Kein Parzellierungsgesetz.

Am 6. Mai 1911 hat der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer im Hauhaushaltsauschuß des preussischen Abgeordnetenhauses erklärt, daß die Regierung sich angelogentlich mit einem Parzellierungsgesetz für die polnischen Landesteile im Osten beschäftigt und dieses Gesetz voraussichtlich schon in der nächsten Session dem Landtag vorgelegt werden könne. Und am 18. Juni hat Freiherr v. Schorlemer diese Erklärung vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses wiederholt. Zum großen Schmerz der Galizisten ist bisher die Vorlegung eines solchen Parzellierungsgesetzes nicht erfolgt. Um so mehr rechneten die „vaterländischen“ Herren darauf, daß in der laufenden Session das Gesetz an den Landtag gelangen werde. Wie jedoch die „Post“ berichtet, wird auch diesmal der Landtag noch nicht mit einem solchen Gesetzentwurf bedacht werden. Das Jeddliche Blatt schreibt:

Von besonderer und durchaus zuverlässiger Seite geht uns die nachstehende Mitteilung zu, die sicherlich nicht verfehlen wird, bei allen Freunden einer stetigen und entschlossenen Ostmarken-Politik lebhafteste Zustimmung wahrzunehmen:

„Das Parzellierungsgesetz für die Ostmark, das im Herbst des vergangenen Jahres die Unterfertigung des Königs gefunden hat, und das nach wiederholter Erklärung des gegenwärtigen Landwirtschaftsministers unverzüglich nach Fertigstellung dem Landtage vorgelegt werden sollte, wird wahrscheinlich doch nicht mehr in der gegenwärtigen Session eingebracht werden. Als Grund dafür wird an maßgebender Stelle geltend gemacht, daß das Abgeordnetenhause noch so reichlich mit Arbeitsstoff versehen sei, daß an eine Erledigung des Parzellierungsgesetzes im gegenwärtigen Tagungsabschnitt nicht mehr gedacht werden könne. Ferner sei auch die auswärtige Lage zurzeit nicht eine derartige, daß es angezeigt erscheinen könnte, mit einem neuen Kampfgesetz gegen die Polen an die Öffentlichkeit zu treten.“

Agrarische Vorfälle.

Wir sind für alles, nur nicht für billige landwirtschaftliche Produkte, das ist die Lebens-, Welt- und Fortschrittsauffassung unserer Junker und ihrer konservativen Parteien. Recht deutlich wird das, wenn die Einzelheiten des jetzt gerade in den Vordergrund gerückten Subventionsvertrages der deutschen Regierung mit dem „Norddeutschen Lloyd“ etwas genauer betrachtet werden. Der Artikel 26 des Subventionsvertrages bestimmt nämlich bei Androhung einer erheblichen Buße für jede einzelne Zuwiderhandlung und sogar der Unmöglichkeit einer Aufhebung des ganzen Subventionsvertrages, daß die vom Staate subventionierten Linien des „Norddeutschen Lloyd“ keine billigen landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland einführen dürfen. Seine Ursache hat dieser Artikel in einer Resolution, die von den Schwarzen und den Blauen 1898 bei der damaligen Verlängerung des Subventionsvertrages mit dem „Norddeutschen Lloyd“ bis September 1914 im Reichstage eingebracht und angenommen wurde. Das erhebende Dokument agrarischer Vaterlandsliebe und zentralistischer Wohlwollens lautet dahin, daß der Reichstag beschließen möge:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem „Norddeutschen Lloyd“ eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichskanzler die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte, welche mit der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, von der Einfuhr durch die subventionierten Dampfer nach deutschen, holländischen und belgischen Häfen auszuschließen.“

Der Artikel 26 geht noch weiter, er verlangt sogar, daß die Subventionsdampfer selbst in den niederländischen und belgischen Anlaufhäfen den Probant und ebenso die Kohle tunlichst aus deutschen Quellen beziehen, und so den deutschen Getreidehändlern und Kohlenhändlern ihre Konkurrenz erweisen müssen.

Bei der Erneuerung der Subvention für die deutsche Ostafrikalinie, die 1899/1900 erfolgte, wurde ebenso in einer Resolution der agrarische Wunsch, das heißt auf gut Deutsch Befehl angebracht, wieder zu vereinbaren, daß landwirtschaftliche Produkte des Auslandes, welche mit denen der deutschen Landwirtschaft konkurrieren, von der Einfuhr auszuschließen seien!

Gegenüber den berechtigten Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion — wie zum Beispiel bei der letzten Erneuerung der Subventionsverträge mit dem Norddeutschen Lloyd — in erster Linie auf den Subventionsdampfern welche Schiffeleute und nicht farbige Schiffsmannschaft zu verwenden, hatte der Reichstag natürlich taube Ohren. Das Wichtigste bleibt eben die Sorge um die Verteuerung der deutschen Nahrungsmittel.

Probaturum est.

Die Direktion des Lehrerseminars in Petersburg bei Witten hat in schließlichen Mächten darüber nachgedacht, wie dem Zeitstil, genannt Fleischnutzung, seine alte Einwirkung auf das Lehrerbildungsstudium genommen werden könnte, und siehe da, es ist etwas recht Praktisches dabei hervorgekommen. Nach der „Wittenber Zeitung“ ist den Kostwärtin, bei denen die Seminaristen und Präparanden in Pension sind, von der Seminarleitung aufgegeben worden, den jungen Leuten das Frühstück ohne Aufschnitt zu verabreichen und außerdem bei den Mahlzeiten die Fleischportion einzuschränken und statt dessen reichliche Gemüsekost zu geben! Es ist das probate Mittel des Bauern, der seinem Egel das Fressen abgewöhnen wollte.

Wann kommt die Ermäßigung der Zuckerversteuer?

Der Zucker war von jeher ein beliebtes Steuerobjekt. Man verfolgte dabei den doppelten Zweck: einmal, den fiskalischen Hunger zu befriedigen, dann auch, Mittel für die umfangreiche Prämienwirtschaft zu erlangen. Fast ein Vierteljahrhundert lang, bis zum Jahre 1903, betrug die Zuckerverbrauchsabgabe 20 M. pro Doppelzentner oder 10 Pfennige pro Pfund Zucker. Dann erfolgte, als Resultat der Abmachungen der an der Brüsseler Zollkonvention beteiligten Staaten, im Jahre 1903 eine Ermäßigung der Steuer auf 14 M. Als eine wohlthätige Folge dieser Maßnahme war ein sofortiges starkes Hinaufgehen des Zuckerverbrauchs zu konstatieren. Der Konsum, der im Jahre 1891/92 erst 11,87 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung ergab, war 7 Jahre später um 1 Kilogramm gestiegen. Nach der Ermäßigung der Steuer im Jahre 1903/04 zeigte sich ein plötzliches Hinaufschauen der Konsumziffer auf 19,8 Kilogramm der Bevölkerung. Das war im Interesse der gesundheitlichen Entwicklung des Volkes sehr zu begrüßen. Seines hohen Nährgehaltes wegen müßte der Zuckerkonsum viel größer sein; er könnte noch außerordentlich gesteigert werden. In England, das nur sehr wenig Rübenzucker produziert, ist der Konsum von Zucker viel größer als in Deutschland. Würde doch deutscher Zucker früher mit Hilfe der Ausfuhrprämie so billig nach England geliefert, daß er dort um 50 und mehr Prozent billiger als im Produktionsland Deutschland verkauft werden könnte. Trotz der noch immer wirksamen Steuer von 14 M. ist der Verbrauch von Zucker langsam weiter gestiegen, bis auf 21,15 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1910/11. Die außerordentlich geringe Produktion im nächsten Jahre ließ den Konsum wieder zurückgehen. Es wurden pro Kopf nur noch 18,81 Kilogramm verbraucht. Wir wären längst auf eine erheblich größere Verbrauchsmenge gekommen, wenn die bereits im Jahre 1908 beschlossene weitere Herabsetzung der Zuckerversteuer, von 14 auf 10 Mark, Geltung erlangt hätte. Damals sträubten sich sogar die Freistämigen

gegen die Ermäßigung. Das mag der Regierung und den blauschwarzen Lebensmittelparteien den Mut eingeblüht haben, das Zutretreten der Steuerermäßigung immer weiter hinauszuschieben. Mit allem Nachdruck muß nun aber die Preisgabe der höheren Steuer verlangt werden. Infolge der Verbrauchssteigerung ist nämlich, trotz der Herabsetzung der Steuer von 20 auf 14 M. und der gleichzeitigen Ermäßigung der Zölle, die aus den Abgaben pro Kopf der Bevölkerung sich ergebende Last gewachsen. Nach den Ausweisen in den Vierteljahrsberichten zur Statistik des Deutschen Reiches (4. Heft 1912) betrug die Verbrauchsabgabe, einschließlich der Zölle, pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1886/87 bei der höheren Steuer nur 1,05 M., im Jahre 1910/11 jedoch 2,06 M. Demnach ist die Last um über 60 Prozent gestiegen.

Die Zölle werden erhöht, hermetisch verschlossene Grenzen verwehren die Einfuhr von Vieh und Fleisch und der Ermäßigung der Zuckerversteuer stellen die Volkseinde hartnäckigen Widerstand entgegen. Das sind unerträgliche Zustände!

Frankreich.

Die Präsidentenwahl.

Paris, 9. Januar. (Fig. Ver.) Am 17. Januar tritt im Schloß von Versailles die Nationalversammlung zusammen, die zur Wahl des Präsidenten der Republik berufen ist. Sie wird von den vereinigten beiden Kammern gebildet und stellt bei dieser Gelegenheit eine reine Wahlförperschaft dar, d. h. sie hat kein Recht, irgend eine Beratung zu pflegen, zum Unterschied von der zur Verfassungsrevision berufenen Nationalversammlung. Die Wahl erfolgt mit absoluter Mehrheit, die Wahlgänge sind also solange fortzusetzen, bis sich eine solche ergibt. Nötigenfalls müßte daher die Versammlung vertagt werden. Die Abstimmung wird mit Namensaufruf auf der Tribüne vorgenommen. Ihr Ergebnis wird von 36 ausgelosten Statutoren festgestellt. Sofort nach der Verkündung der Abstimmung wird das Sitzungsprotokoll verlesen und die Sitzung vom Präsidenten — als solcher fungiert der Präsident des Senats bzw. die Vizepräsidenten — geschlossen. Erst nachher teilt der Ministerpräsident dem Erwählten seine Wahl in Gegenwart der Präsidenten beider Kammern offiziell mit.

Besondere Bedingungen der Wählbarkeit werden vom Gesetz nicht gefordert. Die Verfassung von 1848 forderte, daß der Präsident geborener Franzose sei, seine Staatsangehörigkeit nie unterbrochen habe und 30 Jahre alt sei. Heute genügt der Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte. Eine Ausnahme wird nur durch das Gesetz vom 14. August 1884 aufgestellt, das die Mitglieder der Familien, die Frankreich regiert haben, ausschließt.

Die Nationalversammlung ist mindestens einen Monat vor dem gesetzlichen Erlöschen der Befugnisse des amtierenden Präsidenten einzuberufen.

Der Präsident der Republik ernannt die Minister. Sein Veto verleiht ihm ausdrücklich dazu das Recht, aber es wird aus dem Art. 3, § 3 des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875 abgeleitet, daß ihm die Ernennung bzw. Absetzung aller Zivil- und Militärbehörden überträgt. Danach stünde ihm auch das Recht zu, die Minister abzusetzen. Tatsächlich ist aber das Ernennungsrecht sehr eingeschränkt. Der Präsident kann wohl Minister berufen, die nicht die Mehrheit in der Deputiertenkammer haben, aber er muß dann die Kammer auflösen, wozu er der Zustimmung des Senats bedarf und muß, wenn dieselbe oppositionelle Mehrheit wiederkommt, offenbar Minister aus ihrer Mitte wählen. Der Präsident hat auch das suspensive Vetorecht in Gesetzgebungsfragen, d. h. er kann, vor der Promulgierung eines Gesetzes, durch eine mit Motiven versehene Botschaft von den beiden Kammern eine zweite Beratung verlangen, die nicht verweigert werden darf.

Tatsächlich hat in Frankreich das Parlament und in diesem die Deputiertenkammer das politische Übergewicht. Der Präsident wird als ein repräsentatives Organ des Volkswillens angesehen, wohl als ein Ebenbürtiger des Parlaments, aber doch als sein Vollzugsorgan. Das Aufhebungs- und das Vetorecht sind tote Buchstaben geblieben und seit 1877 hat kein Präsident diese Rechte auszuüben gewagt. Auch ist die Bestimmung der politischen Unverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes durchaus nicht eingehalten worden, da von den sechs Präsidenten seit 1875 drei — Mac Mahon, Grévy und Casimir-Perier — genötigt wurden, sich vor dem gesetzlichen Ablauf ihrer Mandate zurückzuziehen.

Wir sehen, daß diese Machtlosigkeit gar nicht durch die genug elastischen Verfassungsartikel bedingt ist. In einer Epoche, wo die Stimmung der breiten Massen der bestehenden Klassen dem Parlamentarismus wenig günstig ist, könnte ein energischer Präsident, dessen Persönlichkeit von nationalistischen Strömungen getragen wird, entscheidend in die Politik des Staates eingreifen. Besonders auch in die auswärtige Politik. Art. 8 des Gesetzes vom 16. Juli 1875 sagt: „Der Präsident der Republik verhandelt über die Verträge und ratifiziert sie. Er gibt den Kammern davon Mitteilung, sobald es die Interessen und die Sicherheit des Staates gestatten.“ Die Geheimdiplomatie versteckt sich so hinter die Unverantwortlichkeit des Präsidenten. Man beargwöhnt, welche Wirkungen für den gesamten politischen Charakter der Republik eine Präsidentenwahl wie die bevorstehende haben kann, die im Zeichen eines Zusammenbruchs der radikalen Parlamentsmehrheit vor sich geht.

Ein reaktionärer Streich Millerands.

Paris, 11. Januar. In parlamentarischen Kreisen machte sich heute auf die Nachricht hin, der aus der Drehwassersache bekannte Oberleutnant Du Paty de Clam solle wieder in die Territorialarmee eingereiht werden, eine gewisse Erregung bemerkbar. Daraufhin wurde am Abend eine Note ausgegeben, in der erklärt wird, daß Kriegsminister Messimy zur Zeit der Angelegenheit von Agadir der Wiedereinstellung Du Paty de Clams grundsätzlich zugestimmt habe unter der Voraussetzung, daß Du Paty de Clam die falsche Anschuldigung, die er infolge seiner Verurteilung gegen den Senat gerichtete habe, zurückziehe. Du Paty de Clam habe seine Klage darauf freiwillig zurückgezogen. Messimy erklärte nun, er habe Du Paty de Clam zwar versprochen, ihn im Kriegsjahre wieder einzustellen, doch sei es ihm später weder vorderhand noch politisch richtig erschienen, dem Ansuchen des Oberleutnants stattzugeben.

Paris, 11. Januar. Das in der Kammer verbreitete Gerücht, die Wiedereinstellung Du Paty de Clams in die Landwehr sei eine Verfügung des jetzigen Kriegsministers Millerand, bewahrheitet sich. Die radikalen Deputierten sind über die Verfügung sehr entrüstet und werden sie in Form einer Interpellation in der Kammer zur Sprache bringen. Der radikale „Evénement“ sagt über die Angelegenheit: Ministerpräsident Poincaré hat erst gestern nachmittags von der Wiedereinstellung Du Paty de Clams Kenntnis erhalten, und hätte sich derselben gewiß widersetzt, wenn er vorher von dem Vorhaben des Kriegsministers Millerand verständigt worden wäre. Wenn

Millerand die Absicht gehabt hätte, dem Ministerpräsidenten bei den Republikanern zu schaden, so hätte er nicht anders handeln können. Die radikale „Lanterne“ schreibt: Millerand darf nicht einen Augenblick länger an der Spitze der Armee der Republik bleiben. Die republikanischen Offiziere können einen Mann, der die Armee den Leuten der Generalstabspolitik von 1894 ausliefert, nicht zum Chef haben. Ministerpräsident Poincaré kann einen Minister nicht behalten, der die republikanische Politik der Regierung in so verächtlicher Weise lägen läßt. Wenn die Kammer versammelt wäre, dann wäre Millerand sofort von der republikanischen Mehrheit verurteilt worden. Millerand möge seine Demission geben. Seine Kabinettskollegen haben sich mit ihm nicht solidarisch erklärt. Der nationalisierte „Clair“ beglückwünscht Millerand dazu, daß er als ehemaliger Minister des Kabinetts Waldeck-Rousseau reumütig den Oberleutnant Du Paty de Clam rehabilitiert habe.

Millerand flieht.

Paris, 11. Januar. Das in parlamentarischen Kreisen umlaufende Gerücht von der Demission des Kriegsministers Millerand, die durch den Zwischenfall Du Paty de Clam veranlaßt sei, beschäftigt sich nicht. Millerand bleibt Kriegsminister und ist bereit, alle notwendigen Erklärungen im Parlament zu geben.

Die Unruhen in Marokko.

Paris, 10. Januar. Da der Kaiser Anfinus und die Mahalla Mulay Reschid, die der Kommandant Messoulier in ihrer Aktion gegen den aufrührerischen Kaib Gelull unterstüßen sollte, Verrat begangen haben, so herrscht in der Gegend von Mogador große Aufregung. General Desperch, der in Mogador die notwendigen Streitkräfte zusammengezogen hat, soll die Gegend bis zum Subgebiet vom Feinde säubern. Seine Operationen werden demnächst ihren Anfang nehmen.

Spanien.

Maura bleibt.

Madrid, 10. Januar. Auf das Ersuchen der Konservativen hat sich Maura entschlossen, den Verzicht auf sein Deputiertenmandat und auf die Führung der konservativen Partei zurückzuziehen.

Dänemark.

Gew. diplomatische Aktion der deutschen Regierung.

Kopenhagen, 9. Januar. (Fig. Ver.) Der deutsche Gesandte in Kopenhagen hat heute eine Aktion bei der dänischen Regierung unternommen, um ein der deutschen Regierungsbürokratie und den deutsch-dänischen Beziehungen in Nordschleswig missliebiges Besetzungs der dänischen Volksschulen auf den Inseln gesetzt zu sehen. Es handelt sich um ein von Prof. W. H. Oestergaard herausgegebenes Buch: „Der Jugend Buch über unser Land“, das vom dänischen Kultusministerium für die Volksschulen empfohlen worden ist. Die deutschen Lehrer gegen die nordschleswigschen Dänen nahmen Anstoß an dem Buch, weil an einer Stelle der Kampf der dänischen Bauern in Nordschleswig um ihre Muttersprache und Kultur verherrlicht wird.

Die Reichsregierung hat sich in diesem Falle wiederum von den launigen Schwärmen beeinflussen lassen, die in ihrem chauvinistischen Kreinismus alle Schwächen gegen die ferngefunnen, ihre Muttersprache und alte Kultur hochhaltende Bauernbevölkerung Nordschleswigs veranlaßt haben; sie hat damit dem deutschen Gesandten im Auslande einen schlechten Dienst erwiesen. Die Tatsache, daß das dänische Kultusministerium durch das offizielle Lehrbuchbüro am 8. d. M. sein Bekannern ausdrücken ließ über einige ihm entgegenstehende Stellen des Buches, die „Anlaß zu Mißdeutung hinsichtlich der Stellung der dänischen Regierung“ geben können, ist nur ein schwacher Trost in dieser Blamage der deutschen Chauvinisten. Denn nur um eine Blamage handelt es sich. In dem Buch ist nichts enthalten, was für Deutschland schädlich sein könnte, sofern die deutsche Politik in Nordschleswig überhaupt die Wahrheit vertritt.

Das Buch stellt fest, daß die „dänischen Südjüten“, die Nordschleswiger, kämpfen für ihre Sprache, den Lebensnerv eines Volkes, der sein allerwertestes Eigentum ist. Und sie kämpfen für das Recht, freie Männer und Frauen zu sein, die über ihr Eigenes bestimmen und die wagen dürfen, ihre Nationalität zu bekennen.“

Es wird fobann eine Reihe von Kämpfern der dänischen Bauern Nordschleswigs aufgezählt. Die den deutschen Propagandisten und der Reichsregierung missliebige Stelle, die darauf folgt, lautet:

„... Und da ist eine dicke Schar südjütischer Jugend, die nach ihnen den Kampf aufgenommen hat. Sie strebt auf teils neuen Wegen vorwärts, und vieles von dem, das sein Gepräge auf den Sinn der jungen Südjüten ausübt, und das ihren Willen stärkt, haben sie von der dänischen Volkshochschule mitgebracht.“

Es handelt sich nicht darum, ob Dänemark einmal einige Quadratmeilen Land zurückbekommt. Wäre es fremde Erde, dann bedauerte es nicht viel. Aber es sind unsere Landsleute, die von fremdem Joche befreit werden; die täglich Arbeit und Verfolgung erleiden; die nicht ihre eigene Sprache sprechen und nicht ihre eigenen Lieder singen dürfen. Deshalb blut man trotz allen bösen Warnungen unabhängig von Stalingbarden und Dphöbberg dem Tage entgegen, an dem bei dem mächtigen Nachbarn im Süden Rechtsbewußtsein und freier Sinn stark genug entwickelt sein wird, Recht und Gerechtigkeit gegen die dänischen Südjüten zu üben.“

Also, nicht eine Loslösung Nordschleswigs von Deutschland wird gefordert, sondern Rechtsbewußtsein und freier Sinn, die es Deutschland ermöglichen sollen, die Dänen in Nordschleswig gerecht zu behandeln. Diese billige Forderung hat die deutsche Regierung veranlaßt, ihren Gesandten in Kopenhagen zu bemühen. Es ist gewiß ein Staatsverbrechen, von der deutschen Bürokratie Rechtsbewußtsein zu fordern; huldigt sie doch der Auffassung, daß Recht vor Recht geht. Und noch mehr müßte ihr die Forderung einer freien Meinung auf die Herzen fallen. In Preußen-Deutschland gilt halt der Bürokratie die Anekdote als für wertvolle Tugend. Wenn aber die deutsche Regierung auch gegenüber dem Auslande in so unehrlicher Form die kleinliche Gesinnung einer engherzigen Bürokratie an den Tag legt, überliefern sie sich dem Gelächter der freier denkenden Nachbarn. Und scheint man „solte auch für den Gesandten in Kopenhagen eine bessere Beschäftigung haben, als die Zensur dänischer Schulbücher.“

Rußland.

Gegen China.

Peking, 11. Januar. Die russische Regierung hat China mitgeteilt, sie habe keine Notwendigkeit, die aus dem Boykott auf Rußland zu leistenden Entschädigungen noch länger zu stunden, da China, trotz seiner Versicherung, über keine Mittel zu verfügen, gegenwärtig bekanntlich große Summen für den Ankauf von Waffen und für die Ausrüstung und Bewegung von Truppen verbringe.

Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Technikerverband und das Koalitionsrecht.

Der Deutsche Technikerverband entwickelte sich scheinbar von einem reinen Harmonieverband unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr zu einer wirklichen Interessenvertretung der dort organisierten Techniker. Der letzte Verbandstag in Köln dokumentierte diese Entwicklung zur Gewerkschaft auch äußerlich dadurch, daß die Satzungen entsprechend geändert wurden.

Der Deutsche Technikerverband ist also — rein äußerlich beurteilt — eine gewerkschaftliche Organisation.

Eine echte Gewerkschaft erkennt man daran, daß sie angebotene Kämpfe aufnimmt und bis zur letzten Konsequenz durchkämpft.

Zur das die neue Technikergewerkschaft?

Bekanntlich hatte der Eisenbahnminister gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten und den Deutschen Technikerverband mobil gemacht, da er nicht gestatten wollte, daß Techniker, auch solche, die nur auf Grund eines Privatdienstvertrages angestellt seien, das Staatsgebäude durch gemeinsame Kündigung oder sogar durch gemeinsame Arbeitsniederlegung erschüttern. Der Eisenbahnminister wollte also nicht mehr und nicht weniger, als allen seinen Angestellten den Teil des Koalitionsrechtes rauben, ohne den das ganze Koalitionsrecht nur noch ein ungefährliches Spielzeug vorstellt.

Dieser Verfügung mußte der Kampf bis aufs Messer folgen, und es war interessant, wie sich die in Frage kommenden Organisationen verhalten würden! Der Bund der technisch-industriellen Beamten nahm den Kampf auf und der Technikerverband, in dem über 10.000 Privatangestellte der Behörde organisiert sind, wendete sich, wie wir schon mitteilten, an den Eisenbahnminister mit der Erklärung, daß durch eine Satzungsergänzung nurmehr für die Angestellten der Eisenbahn und der sonstigen Behörden — auch für solche, die auf Privatdienstvertrag angestellt sind — nicht mehr das gemeinsame Koalitionsrecht, auch nicht mehr gemeinsame Arbeitsniederlegung in Frage kommt.

Selbstverständlich hat nun der Herr Minister nichts mehr gegen diese Organisation einzuwenden und er „erlaubt“ seinen Beamten und Angestellten das Verbleiben in dieser „gewerkschaftlichen“ Organisation. — Ob auch die Achtung vor der kämpftüchtigen Organisation gestiegen ist, hat er leider nicht mitgeteilt.

In der ersten Nummer der „Deutschen Technikerzeitung“ dieses Jahres wird nun das Ergebnis des „Kampfes“ mitgeteilt und im Anschluß daran versucht, den Verbandsgliedern den Verzicht auf den wichtigsten Teil des Koalitionsrechtes für fast 50 Prozent des D. T. V. schmachtlich zu machen. Dabei wird festgestellt, daß es wohl gegen die guten Sitten verstoße, durch Vertrag die Bereinigungsfrist zu befristigen, es jedoch nicht gegen die guten Sitten verstoße, wenn nur eine teilweise Beschränkung des Vereinsrechtes vertraglich festgelegt sei. Als Beweis dafür wird geschrieben, daß eine solche Beschränkung denkbar ist und es wird z. B. niemandem einfallen, den Kussfuß der Streiks durch einen Tarifvertrag als gegen die guten Sitten verstößend hinzustellen. Zunächst einmal, liegen die Verhältnisse bei den Eisenbahnangestellten vollkommen anders. Hier wurden die Arbeitsverhältnisse nicht durch einen für beide Teile gültigen Vertrag geregelt, sondern, es wurde den Angestellten einfach verboten, von ihrem garantierten Staatsbürgerrecht Gebrauch zu machen, ohne ihnen nur das geringste Äquivalent zu geben. Der Vergleich mit einem Tarifvertrag ist also ganz unzutreffend. Weiter schreibt die „Deutsche Technikerzeitung“:

„Wird man dem privaten Arbeitgeber gegenüber betonen müssen, daß eine solche Beschränkung des Rechts zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, gemeinsam zu kündigen, gegen die guten Sitten verstößt, so wird man andererseits dem Staat, der eine ganz andere Stellung als der private Arbeitgeber hat, zurechnen müssen, daß er diejenigen Einschränkungen des Bereinigungsrechtes vornehmen kann, die unbedingt notwendig sind, damit er die der Allgemeinheit gegenüber übernommenen Verpflichtungen erfüllen kann, damit er die seiner Leitung anvertrauten Anstalten wie Post und Eisenbahn so verwalten kann, daß keine Schädigung des Wirtschaftslebens eintritt, damit er dafür bürgen kann, daß die zur Landesverteidigung benötigten Einrichtungen jederzeit funktionieren. Aber nur soweit, als diese Einschränkung unbedingt erforderlich ist, wird man sie als nicht gegen die guten Sitten verstößend ansehen können. Es ist nur der Ausschluß des Rechts der gemeinsamen Kündigung so zu rechtfertigen, nicht aber weitere Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes.“

Danach ist also der Staat berechtigt, allen in Staatsbedienungen angestellten Beamten — gleichgültig ob fest oder auf Privatdienstvertrag — das Koalitionsrecht illusorisch zu machen, und mit dieser Auffassung rechtfertigt der D. T. V. den Verzicht auf den integrierenden Bestandteil des Koalitionsrechtes und glaubt gewerkschaftlich richtig gehandelt zu haben.

Seit dem Köln'r Verbandstage, der die Entwicklung zur Gewerkschaft äußerlich bestätigte, sind noch nicht allzuviel Monate vergangen, und die Daten der neuen gewerkschaftlichen Organisation bestärken darin, daß sie den großen Kampf um die Angestelltenversicherung gemeinschaftlich Schulter an Schulter mit den reaktionären Harmonieverbänden gegen die modernen gewerkschaftlichen Organisationen gekämpft hat und nun hat sie sogar für einen großen Teil ihrer Mitglieder auf das wichtigste Lebenselement einer gewerkschaftlichen Organisation verzichtet.

Eine sehr eigenartige „gewerkschaftliche“ Entwicklung!

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitsverhältnisse im Hansabunde.

Der Zentrallverband der Handlungsgehilfen hatte dieser Tage die Angestellten des Hansabundes zu einer Betriebsbesprechung eingeladen, um sich mit ihnen über die „Arbeitsverhältnisse im Betriebe des Hansabundes“ zu unterhalten.

Der Hansabund ist seinerzeit unter großem Lärm gegründet worden, um angeblich die Interessen sowohl der Arbeitgeber, wie auch der Arbeitnehmer zu vertreten. Wie er in Wirklichkeit die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, geht zu Genüge aus seiner Stellungnahme in der Konkurrenzklausefrage hervor. Nun sollte man aber meinen, daß im Betriebe des Hansabundes selbst wohlwollende Zustände herrschen. In der Praxis sieht es aber ganz anders aus. Die Gehälter kann man höchstens mit „sehr mäßig“ bezeichnen. Außer den Herren der Geschäftsführung betragen sie zwischen 100 bis 150 M. monatlich. Wie es aber mit der Personalbehandlung aussieht, zeigt zur Genüge der Fall Wacarius. Man hat diesen Herrn — der Mitglied des Zen-

tralverbandes der Handlungsgehilfen ist — freilich entlassen, weil er Unterschritten für eine Petition um Feuerzuzulage im Betriebe gesammelt hat. Auf eine Beschwerde seinerseits an das Präsidium des Hansabundes hat Herr Nieher verfügt, daß ihm, aber nur aus menschlicher Erwägung heraus, das Gehalt bis zum Ablauf des Kündigungstermins bewilligt und auch noch die ihm rechtmäßig zuzehörende Weihnachtsgroßzahlung gezahlt würde. Der Hansabund hat natürlich absolut kein Recht, einen Angestellten freilich zu entlassen, nur weil er für eine Feuerzuzulage — die übrigens dem Personal im Jahre vorher bewilligt worden war — Unterschritten sammelt. Der Referent der Betriebsversammlung, Hirschfeld, gab den Angestellten des Hansabundes den Rat, sich zu organisieren, und zwar im Zentralverband der Handlungsgehilfen, denn nicht ein Harmonieverband, sondern die gewerkschaftliche Organisation ist in der Lage, die Interessen der Angestellten zu vertreten. Nach dem Vortrage versuchten Herr Dr. Ehrlich, Redakteur des Hansabundes, und Herr Wolff, Agitator des Hansabundes, das Verbot des Herrn Dr. Kleeffeld mit dessen Temperament zu entschuldigen. Sie bedauerten den Fall Wacarius, was sie jedoch nicht abhielt, eine Vertrauensresolution für Herrn Dr. Kleeffeld vorzuschlagen. Herr Wolff meinte, daß der Zentralverband an die Leitung des Hansabundes herantreten solle, die gewiß zu einer Verhandlung bereit sei. Als jedoch der Vertrauensleiter erklärte, daß dieser Weg im Einverständnis mit den Angestellten gegangen werden solle, machten die genannten Herren Ausflüchte und meinten, daß nach den im Referat angeführten gegen die Leitung des Hansabundes gerichteten persönlichen Angriffen davon nun nicht mehr die Rede sein könne! Offenbar belamen die Herren Angst vor ihrer eigenen Courage. Die Zumutung, in Gegenwart so eifriger Verteidiger der Leitung des Hansabundes eine Abstimmung über eine Vertrauensresolution für den Zentralverband vorzunehmen, wurde abgelehnt, weil man übereifrigen Kollegen nicht die Möglichkeit geben wollte, sei es auch nur unabsichtlich, der Leitung die Abstimmung des einzelnen Angestellten bekannt zu geben. Die Angestellten sehen aus diesen vorbildlichen Arbeitsverhältnissen im Betriebe des Hansabundes, was sie von diesem zu erwarten haben. Mögen sie, dem Rufe des Referenten folgend, sich im Zentralverband der Handlungsgehilfen organisieren, um ihre Rechte besser als bisher zu wahren.

Achtung, Töpfer! Infolge des Fliesenlegereiztes versuchen einige Fliesenlegereisen und Bauunternehmer, Arbeiten, die sie bisher immer Fliesenlegern resp. Fliesenlegereisen zwecks Ausführung übergeben haben, Töpfermeister bzw. Töpfern zu übertragen. Wir warnen daher unsere Kollegen nochmals, irgend welche Fliesenarbeiten auszuführen, da diese als Streitarbeiten angesehen werden müssen. Wo es strittig sein kann, ob die Arbeiten als direkte Fliesenleger resp. Streitarbeiten angesehen sind, ist es notwendig, daß diese nicht in Angriff genommen werden, ehe die in Frage kommenden Instanzen darüber entschieden haben.

Achtung! Tabakarbeiter! Geheert ist die Zigarrenfabrik von Wornesfel, N.W., Waldstr. 39. Der Fabrikant stellte an seine Arbeiterinnen die Zumutung, unter dem festgesetzten Tariflohn zu arbeiten. Als Arbeitswillige fungiert bei Wornesfel eine Kollarin namens Strassowski aus Königsberg nebst einer Widelmaderin.

Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort Euren Zigarrenbedarf ein, wo das grüne Blatt, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Nach der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier

„Der Bergarbeiter“, Organ des christlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter, schreibt in seiner letzten Nummer in einem Artikel, überschrieben: „Der wirtschaftliche Friede im Saarrevier“:

„Wünschenswert ist, daß die Bewegung auch an der staatlichen Bergwerksverwaltung nicht spurlos vorübergehe. Sie muß doch zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß in ihren Betrieben nicht alles so war, wie es sein sollte. Das geradezu erschreckende Mißtrauen der Arbeiter gegenüber der staatlichen Bergwerksverwaltung muß ausgeräumt werden, wenn gesunde Zustände eintreten sollen. Die Begleiterscheinungen der Bewegung haben auch gezeigt, daß an der Arbeiterschaft an der Saar noch viel Erziehungsarbeit zu leisten ist, die von der Gewerkschaftsbewegung allein nicht geleistet werden kann. Und diese Arbeit muß bald energisch aufgenommen werden. Die Sozialdemokratie steht auf dem Sprunge, einen Beutezug im Saarrevier zu versuchen.“

Das sagt der christliche Gewerkschaftsverein, der vorher in seinen Flugblättern zugebende Male schrieb, daß man kein Vertrauen zu der Bergwerksverwaltung haben könne. Vorderrand hat der Gewerkschaftsverein gerade alle Hände voll zu tun, das Mißtrauen seiner Mitglieder gegen die „Großklappen“ zu beseitigen. Jetzt geht nur noch der Ruf: Bergverwaltung hilf, die Sozialdemokratie kommt!

Nicht umsonst ist diese Aufforderung an die Bergwerksverwaltung gerichtet, das Mißtrauen unter den Arbeitern zu beseitigen. Sie geht daran, dies zu tun, doch nicht dadurch, daß sie Hand in Hand mit den Christlichen zu arbeiten denkt, sondern indem sie von diesen gelernt hat, wie man Arbeiter zerstückelt. Von allen Gruben im Saarrevier wird gemeldet, daß Beamte daran sind, gelbe Betriebe zu gründen. Listen liegen auf, worin die Belegschaftsmitglieder zum Eintritt aufgefordert werden. Doch die Saarbergarbeiter, deren Vertrauen zum christlichen Gewerkschaftsverein dahingegangen ist, werden sich nicht von neuem einsperren lassen. So wird der gelbe Fißzug nicht von gutem Fang begleitet sein.

Die häßlichen Arbeiter in Nürnberg forderten im September 1912 Umwandlung der bestehenden Feuerzuzulage in eine Lohnzulage von täglich 30 Pf. und 250 M. Lohn für Laternenanzünder, die durchschnittlich jeden Tag resp. jede Nacht 10 Stunden Dienst haben, einjährige Lohnvorstellungen von 10 Pf. resp. 5 Pf. täglich, Bezahlung der Ueberstunden,ständige Arbeitszeit und für durchgehende Schichten 8 Stunden. Diese bescheidenen Forderungen lehnte die bürgerliche Rathausmehrheit mit der Begründung ab, daß kein Geld vorhanden sei. Es wurde ausgerechnet, daß hierzu über 600.000 M. jährlich nötig seien. In Wirklichkeit ist die benötigte Summe nur halb so hoch. Dabei machten die häßlichen Betriebe im letzten Jahre einen Kernüberschuß von 284.008 M. Die Arbeiter delegierten ihre Ausschußmitglieder zum Oberbürgermeister, um diesem die Forderungen nochmals zu unterbreiten. Der Oberbürgermeister verwies die Arbeiter auf die große Zahl der in häßlichen Betrieben Arbeitstüchtigen und auf die rapide Vermehrung der letzten Jahre. Diese „rapide Lohnsteigerung“ behandelte darin, daß die geradezu schändlich schlechten und niedrigen Löhne auf das feste Drängen der Arbeiter und der sozialdemokratischen Arbeitervertreter notwendig aufgebessert wurden. Vor einigen Jahren gab es noch Arbeitslöhne von 250 M. Zu der Behandlung der Lohnforderungen durch den Oberbürgermeister nahm eine Massensammlung Stellung und beschloß, die Forderungen sofort aufs neue an die häßlichen Magistrat zu richten und für die Antwort den Termin auf die in 14 Tagen stattfindenden Staatsberatungen festzusetzen. Was im Falle einer neuerlichen Ablehnung der Forderungen erfolgt, haben nicht die Arbeiter und ihre Organisation, der Gemeindevorstand, zu beantworten, sondern die liberale Rathausmehrheit. Die Arbeiter, die jetzt eine starke Organisation besitzen, wollen sich unter keinen Umständen von den liberalen Stadtvätern so wie früher absperrt lassen.

Soziales.

Zum Wohnungselend der Gärtnergehilfen.

Am 3. Januar hatten wir auf Grund einer Schilderung in der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“ einen Artikel über die Gehilfenwohnungen in der Gärtnerei von Joseph Rohaut gebracht. Der Amtsvorsteher von Nikolassee teilt uns in voller Anerkennung des Vorgehens des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins mit, daß die Gärtnerei Rohaut nicht im Amts- und Gemeindebezirk Nikolassee, sondern im Amts- und Gemeindebezirk Zehlendorf liegt. Der Herr Amtsvorsteher in Zehlendorf sei von ihm auf die Zustände in dieser Gärtnerei bereits früher aufmerksam gemacht worden.

Unser Appell an den Herrn Amtsvorsteher von Nikolassee war also an die falsche Adresse gerichtet. Weshalb sind der Amtsvorsteher von Zehlendorf und der Landrat nicht gegen die von uns geschilderten Mißstände eingeschritten?

Offizielle Anerkennung für eine Ertränkranke.

Die Stadtverordnetenversammlung in Königsberg i. Pr. beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage des Magistrats, von der Errichtung einer Landkrankenpflege für den Stadtkreis Königsberg Abstand zu nehmen. In der Vorlage erklärte der Magistrat, daß die Geschäftsführung der Gemeinsamen Ertränkranke, welche die landlosenpflichtigen Personen aufnehmen solle, vollkommen einwandfrei sei. In der Diskussion wurde von einer Seite doch die Errichtung einer Landkrankenpflege verlangt. Darauf erklärte der Oberbürgermeister Korte, ein entzogener Feind der Sozialdemokratie: „Es muß anerkannt werden, daß die Gemeinsame Ertränkranke, was Güte der Verwaltung und Höhe der Leistungen anbetrifft, durchaus mufertgültig dasteht.“

Dies unumwundene Lob ist gegenüber der fortgeschrittenen Hege gegen die Krankenkassen um so bemerkenswerter, als die Gemeinsame Ertränkranke in Königsberg seit ihrer Gründung unter Leitung eines Vorstandes steht, dessen Mehrheit und dessen Vorsitzender Mitglieder der freien Gewerkschaften sind.

Den weiteren Ausbau des Säuglingshauses

Durch Schwangerenfürsorge haben im Nürnberger Gemeindefeld die Sozialdemokraten durch einen Antrag verlangt, der einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen wurde. Es wurde auf die vorhergehenden Wirkungen hingewiesen, die durch die Berufstätigkeit schwangerer Frauen bis zur Niederkunft sowohl für die Schwangeren selbst, als auch für die Frucht herabgerufen werden, und angeregt, bedürftigen Schwangeren sechs Wochen lang vor der Niederkunft eine Unterstützung zu gewähren, die sie in den Stand setzt, die gewerbliche Tätigkeit einzustellen. Die Gründe des sozialdemokratischen Antrags müßten vollumfänglich anerkannt werden; zuerst wollte man eine Unterstützungsstelle mit freiwilliger Mitgliedschaft errichten, nachdem aber von unserer Seite dagegen eingewendet wurde, daß gerade diejenigen, die der Unterstützung am meisten bedürftig sind, dieser Klasse wegen Mangel an Mitteln nicht beitreten würden, wurde davon abgesehen und beschloffen, eine Summe in den Etat einzulegen, aus der bedürftige schwangere Frauen und Mädchen Unterstühtungen von täglich 60 Pf. bis 150 M. erhalten sollen. Die Gewährung der Unterstützung wird von dem Nachweis abhängig gemacht, daß die Empfängerin die Arbeit niedergelegt hat. Die in Nürnberg nicht heimkehrenden erhalten die Unterstützung erst nach einjährigem Aufenthalt in der Stadt. Weiter soll die Zentrale für Säuglingsfürsorge in Bayern errichtet werden, dahin zu wirken, daß in die Voranschläge der Kreisgemeinden ebenfalls Beträge für die Schwangerenfürsorge eingestellt werden; endlich wird an die bayerische Gesellschaft für Geburtskunde und Gynäkologie das Ersuchen gestellt, im Vemehmen mit Wöchnerinnenheimen, Frauenkliniken u. dergl. zu untersuchen, welchen Einfluß die gewerbliche Tätigkeit der Schwangeren auf die Zahl der Totgeburten ausübt.

Letzte Nachrichten.

Der bulgarisch-rumänische Konflikt.

Bukarest, 11. Jan. Der bulgarische Finanzminister Theodorow hatte dem russischen Minister Sazonow einen längeren Besuch ab. Die Unterhaltung beider Minister drehte sich insbesondere um die bulgarisch-rumänischen Beziehungen und um die von der Türkei geforderte Kriegsschadung. Hier will man wissen, daß Sazonow dem bulgarischen Minister geraten habe, den rumänischen Forderungen gegenüber Entgegenkommen zu zeigen, doch soll Theodorow sich energisch gewigert haben, seiner Regierung die Befolgung dieses Ratsschlages nahezu legen.

Aggressives Vorgehen Rumaniens.

Frankfurt a. M., 11. Januar. (B. G.) Einer Meldung der „Frankf. Zig.“ aus Konstantinopel zufolge wird der rumänische Einschluß zur Sicherung der Grenzen heute oder morgen in Bulgarien einmarschieren, durch gestern spät abends hier eingelassene diplomatische Depeschen bestätigt. Der Beschluß erregte großes Aufsehen. Wenn auch erwartet wurde, daß angesichts der Ereignisse auf dem Balkan Rumänien nicht in Unfähigkeit verharren werde, so glaubte man doch, daß Rumänien durch diplomatische Verhandlungen eine Entschädigung zu erreichen suchen werde.

Versuchter eiliger Anlauf eines Kriegsschiffes.

Santiago de Chile, 11. Januar. (B. T. V.) Die Admiralität hat das Anerbieten einer europäischen Macht abgelehnt, den chilenischen Dreadnought „Latorre“, der gegenwärtig in England gebaut wird, anzukaufen.

Schwerer Automobilunfall.

Potsdam, 11. Januar. (B. T. V.) In Drewitz bei Potsdam ereignete sich heute nachmittags an der Ecke der Neuenfelder und Sternstraße ein schwerer Automobilunfall. Ein vom Jagdschloß Stern kommendes Potsdamer Automobil wollte gerade in die Neuenfelder Straße einbiegen, als die Steuerung versagte und das Automobil gegen einen Baum geschleudert wurde. Hierbei stürzte der Wagen um und wurde zertrümmert. Dem Chauffeur wurde der Brustkorb eingedrückt, während der Schlächtermeister Müller aus Koyath eine große Kopfwunde davontrug. Der andere Fahrgast, Schlächtermeister Herrmann aus Potsdam, kam mit dem bloßen Schrecken davon. Dr. Grohne aus Nowawes und hiesige Krankenpfleger waren sofort zur Stelle und leisteten die erste Hilfe.

Bergwerkstatastrophe.

Zelaterinow, 11. Januar. (B. G.) Auf den Gruben von Gorki Jwanowski wurden bei der Einfahrt durch Abzug eines Förderkorbes 7 Personen getötet und 5 schwer verwundet.

Schneestürme in England.

London, 11. Januar. (B. T. V.) Durch starken Sturm und Schnee wird der Schiffs- und Güterverkehr, besonders im Norden Englands, fast behindert. Auch in zahlreichen Orten des Inselandes ist viel Schaden angerichtet worden. Eine Anzahl von Hochlandspizzen ist außerstande, mit ihrer Ladung Schiebs zu verfahren.

Reichstag.

88. Sitzung. Sonnabend, den 11. Januar 1913, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisca.

Die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Konkurrenzklause

wird fortgesetzt.

Abg. Siebel (Soz.):

Für die Regierung ist bei dieser wichtigen Arbeitnehmerfrage lediglich das Arbeitgeberinteresse ausschlaggebend gewesen. Es gehört wirklich Mut dazu, sich mit einer so kläglichen Vorlage vor die Angestellten und vor die Öffentlichkeit zu wagen. Die Konkurrenzklause wird auch in dieser Vorlage weiter begehrt und gepflegt und enthält genau dieselben Ungerechtigkeiten, die von der Regierung in der Begründung an dem bestehenden Zustand gerügt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man will den Belz wafchen, ohne ihn naß zu machen. Die schlimmen Folgen der Konkurrenzklause sind in den letzten Jahren ungeheuer gestiegen. Man konnte ein

ständiges Ansteigen der Konventionalstrafen

beobachten. Ganze Branchen, die nur sehr wenig Vertriebs hatten, wurden für die Angestellten durch die Klause geperert und ihr Geltungsbereich auch räumlich sehr erweitert. Dadurch befanden sich die Angestellten in vollständiger Abhängigkeit und Dummheit gegenüber dem Prinzipal. Ja, man scheute sich nicht, selbst ihr Ehrenwort für diese Zwecke zu verwenden. Neuerdings sind allerdings durch die Rechtprechung solche Konkurrenzklause für nichtig erklärt. Auch hierin bedeutet also die Vorlage keinen Fortschritt gegenüber dem Zustand, der bereits durch die Rechtprechung geschaffen ist. In einem Falle begnügte man sich nicht damit, den Angestellten eine Konventionalstrafe von 20 000 Mark aufzuerlegen, sondern erzwang von ihm noch die Weibringung der selbstschuldnerischen Bürgschaft seiner Mutter. (Hört! hört!) Wenn derartige Mißstände die Empörung in den Reihen der Angestellten listerlos haben aufklammern lassen, mußte man mit ganz anderen Maßnahmen dagegen vorgehen, als sie der schwächliche Versuch des vorliegenden Gesetzes vorzieht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man läßt die Konkurrenzklause nach wie vor zu, um angeblich die Betriebsgeheimnisse und ähnliches zu schützen, von denen der Angestellte während seiner Tätigkeit Kenntnis erhalten könnte. Wer aber den modernen Verkehr mit seiner ausgiebigen Verzweigung, seiner ausgiebigen Bekanntschaft, weiß, daß niemand mehr nötig hat, sich besondere Geschäftskenntnisse durch einen Angestellten zu verschaffen, sondern daß Bezugsquellen, Auskunftsstellen und dergleichen vollständig ausreichen, um die notwendigen Kenntnisse zur Aufmachung eines Konkurrenzunternehmens zu erlangen. Auch fällt es dem Prinzipal ja gar nicht ein, die Einrichtungen und Maßnahmen, die der Angestellte selbstständig getroffen hat, von dem Augenblick ab nicht mehr zu verwenden, wo er den Betrieb verläßt. Wir können daher kein Bedürfnis für die Weibringung der Konkurrenzklause anerkennen. In der Hauptsache wird sie angewandt, um den Konkurrenzkampf der Unternehmer auf dem Rücken der Angestellten auszukämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Besonders seitens der Spezialgeschäfte will man den Angestellten die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, nehmen. Vielfach wird den Angestellten einfach die Verpflichtung auferlegt, bei einer bestimmten Firma nicht in Stellung zu treten. So zwangen, als in Hamburg ein Warenhaus der Firma Tieg errichtet werden sollte, die dortigen Geschäftsleute ihre Angestellten durch die Konkurrenzklause, bei Tieg nicht einzutreten. Wo ist da mit einem Male das angeblich zu schützende Betriebsgeheimnis hergekommen? Auch die Warenhäuser untereinander benutzen in unerhörter Weise die Konkurrenzklause, indem sie ihren Angestellten verbieten, bei einem anderen Warenhaus eine Stellung anzunehmen. Sonst klagt man über angeblich nicht genügende Branchenkenntnisse der Angestellten und hier sperrt man selbst die Verwendungsmöglichkeit von Arbeitskräften, die in der Tat über genügende Branchenkenntnisse verfügen könnten. Die Klause ist ein bequemes und kostenfreies Mittel für den Prinzipal, sich die Angestellten gefügig zu machen. Ein Unternehmer erklärte ganz offen: Ach, ich will ja den Angestellten gar nicht an den Betrieb fesseln, ich will mir nur Ruhe verschaffen vor den fortwährenden Wünschen nach Gehaltszulage. (Hört! hört!) Häufig wird die Klause den Angestellten erst aufgezungen nach Eintritt in das Geschäft, wenn sie eine begriffliche Scheu haben, gleich wieder auf Stellungssuche zu gehen. Wir werden in der Kommission alles tun, um ein

stattes Verbot der Konkurrenzklause

zu erreichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung macht sich die Polemik gegen diese vollständig einmütige Forderung der Angestellten fürchtbar leicht. Ohne Schatten eines Beweises behauptet man, das Verbot sei nicht durchführbar. Nach Meinung der Regierung empfehle es sich sogar nicht, die Gültigkeit der Klause von einer bestimmten Höhe des Gehalts abhängig zu machen, denn jede Zahl, die man nennen könne, sei willkürlich. In Desterreich ist es aber doch möglich gewesen, für die Gehälter bis 4000 Kronen die Konkurrenzklause zu verbieten. Davon ist in der Begründung des Entwurfs mit keinem Wort die Rede. Das österreichische Gesetz dürfte dem Reichsjustizamt nicht unbenannt sein. Wir werden jedenfalls verlangen, daß über die Wirkung des österreichischen Gesetzes eingehendes Material von der Regierung vorgelegt wird. Durch die Vorlage wird an den Zuständen von heute kein iota geändert. Ja, durch verschiedene Bestimmungen des Entwurfs wird ein erhöhter Mißbrauch der Konkurrenzklause, soweit er möglich ist, geradezu an den Quoren herbeigezogen. Der minimale Entschädigungssatz reicht wirklich nicht aus, um rücksichtslose Arbeitgeber zu hindern, die Konkurrenzklause anzuwenden. Dazu kommt, daß ein höheres Gehalt, das der Angestellte erreicht, auf die Entschädigung angerechnet werden soll. Durch diese Bestimmung wird den Angestellten eine Steigerung ihres Einkommens unmöglich gemacht. Ich verstehe nicht, wie eine Regierung, die doch die Angestellten durch

soziale Wasserpuppen

in den Reihen der bürgerlichen Parteien zu erhalten sucht, eine derartige politische Unmoral zulassen kann. Diese Bestimmung hilft gegen die Konkurrenzklause etwa so, wie ein Strohhalm gegen das Ertrinken. Nebenbei bemerkt bedeutet die vorgeschlagene Entschädigung gar keine Schadloshaltung. Wenn ein Prinzipal ein derartig wichtiges Interesse hat, über die Dauer des Vertrages hinaus den Angestellten in seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit zu hindern, so muß er auch den Angestellten mit dem vollen Betrage des Gehalts entschädigen. (Sehr richtig!) § 75b bringt außerdem noch Ausnahmen, die wiederum bestätigen, daß mit diesem Entwurf weder dem Mißbrauch gesteuert wird, noch eine Einschränkung der Zahl der Konkurrenzklause herbeigeführt werden kann. Die Entschädigung fällt nämlich weg, wenn die Beschränkung nur für die Dauer eines Jahres nach der Beendigung des Dienstverhältnisses oder nur für den Umkreis von 2 Kilometern vereinbart ist. In der ursprünglichen Vorlage war 1 Kilometer gesagt, in den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Unternehmerinteressen sind zwei daraus geworden, auch ein Beweis für die soziale Einsicht der Regierung. Die Beschränkung auf ein Jahr und die Festsetzung eines Umkreises von 2 Kilometern reicht vollständig aus,

namentlich im Detailhandel sämtliche Mißbräuche bestehen zu lassen. In den Kleinstädten umfaßt der Radius von 2 Kilometern sämtliche Geschäfte derselben Art; aber auch in Berlin ziehen sich bestimmte Wirtschaftskreise immer mehr in einem bestimmten Gebiete zusammen, ich erinnere nur an das Konfektionsviertel um den Hausvogtelplatz. So wird durch diese Bestimmung von den Angestellten also direkt ein Ortswechsel verlangt. Wie schwer der besonders für den verheirateten Angestellten ist, sollte die Regierung sich doch klar machen, wenn sie bedenkt, daß der Privatangestellte keine Umzugskosten erhält.

Auch sonst enthält der Entwurf noch ungeheure Verschlechterungen. Ich will nur auf eine hinweisen, die auch eine ganze ungeheure Empörung in den Kreisen der Angestellten ausgelöst hat. Es ist das die Bestimmung, daß man dem Prinzipal eine Wahl lassen will zwischen der Vertragsstrafe oder der Erfüllung des Vertrages. Es ist doch ganz klar, daß ein Angestellter nicht eine Vertragsstrafe von vielen Tausenden zahlen kann, und so hat es der Unternehmer mit der Forderung der Erfüllung in der Gewalt, den Angestellten hinter schwedische Gardinen zu bringen, oder mit der Drohung der schwedischen Gardinen die Erfüllung des Vertrages zu erzwingen. Das ist eine mittelalterliche Barbarei,

und ich verstehe es gar nicht, wie die Regierung es wagen kann, eine solche Gesetzesvorlage an den deutschen Reichstag zu bringen.

Präsident Kaempf: Sie dürfen der Regierung nicht Barbarei vorwerfen, ich rufe Sie zur Ordnung. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Der Entwurf ist aber barbarisch.)

Abg. Siebel:

Jedenfalls bedeutet die Bestimmung: entweder zahlen oder in Haft genommen werden. Etwas derartiges war bisher nach dem Handelsgesetzbuch nicht möglich, und das darf auch in Zukunft nicht möglich sein. Ein solches Wahlrecht für den Prinzipal darf der Reichstag nicht schaffen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen, wie wenig soziale Einsicht für die Kollage der Angestellten bei der Aufstellung des Entwurfs die Regierung besudelt hat, und sogar gegen diese schwächlichen Versuche der Regierung ist das Unternehmertum Sturm gelaufen. Will die Regierung die Mißbräuche bei der Konkurrenzklause wirklich inhibieren, so bleibt nur das glatte Verbot der Klause übrig. Gründe dagegen sind nicht vorhanden. Das Verbot ist aber nicht nur für die Handlungsangestellten notwendig, sondern auch für die technischen Angestellten und alle Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die technischen Angestellten wird die Konkurrenzklause in noch größerem Maße angewendet, als gegen die Handlungsgehilfen. Man spricht jetzt soviel von einem einheitlichen Angestelltenrecht. Der Reichstag hat alle Verantwortung, bei dieser Materie damit zu beginnen, und die Kommission wird gut tun, ein ganz allgemeines Verbot der Konkurrenzklause herbeizuführen. Wie sehr die Klause auch gegen Arbeiter angewendet wird, haben bei früheren Gelegenheiten meine Freunde Heine und Stadthagen ausgeführt.

Der Entwurf bringt also keinen Fortschritt, er schlägt falsche Wege ein und ist deshalb ungeeignet, Mißbräuche zu beseitigen. Das ganze Gesetz gehört in das Gebiet der kleinen unwirksamen Gesetze, es ist auch ein Ausfluß der Politik der weichen Salbe (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), welche die Regierung gleich fudertweise hat ansahen lassen, um sie gleicherweise an Angestellte und Arbeiter zu verteilen. Zufriedenheit erreicht die Regierung damit nicht; sie sollte sich nur einmal die Zeitungen der Handlungsgehilfen ansehen. Ich glaube nicht, daß die Herren Regierungsmänner sie sich hinter den Spiegel stecken werden. Sollte ich auch nur auszugeweiht wiedergeben, was dort geschrieben ist, so würde ich wohl noch einmal mit dem Herrn Präsidenten in Konflikt kommen. Angestellte und Unternehmer werden mit zweierlei Maß gemessen. Die Unternehmer sind noch einmal über den Entwurf gehört worden, die Organisationen der Angestellten nicht. Später freilich hat man sie zur Novemberkonferenz zusammenberufen und bemüht, ihnen begrifflich zu machen, daß das völlige Verbot der Konkurrenzklause nicht zu erreichen ist. Die Herren von der Regierung sollten lieber den Unternehmern Vorträge halten, über die Unsitlichkeit und Verwerflichkeit der Konkurrenzklause. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die Nichtanhörung der Angestellten bei der Aufstellung des Entwurfs erhebe ich namens meiner politischen Freunde den allerstärksten Protest, diese Nichtanhörung ist eine

Verständigung gegen die Arbeiterinteressen.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Kommission, deren Einsetzung wir in einer Stärke von 21 Mitgliedern beantragten, wird eine sehr gründliche Arbeit an dieser Vorlage vornehmen müssen. Soll aus ihr überhaupt ein reformerischer Fortschritt herauspringen, so ist eine radikale Kur an Haupt und Gliedern notwendig. Wir werden versuchen, die Vorlage im Interesse der Angestellten so umzugestalten, daß den Wünschen der Angestellten Genüge geschieht. Wir wünschen nur, daß auch die Reichstagsparteien sich daran beteiligen, nur dann wird es möglich sein, ein Gesetz zu schaffen, das wirklich Besserung gegenüber den ungeheueren Schädigungen der Konkurrenzklause herbeiführt. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimbora (Z.): Zunächst muß ich fragen, warum denn in den vorliegenden Entwurf die Techniker nicht einbezogen sind. Es zeigt dies, daß die Regierung der Forderung eines einheitlichen Angestelltenrechtes noch ablehnend gegenübersteht. Diese Tatsache möchte ich feststellen, ohne selbst zu der Bewegung, die auf ein einheitliches Angestelltenrecht hinzielt, Stellung zu nehmen. Wenn man aber die Konkurrenzklause für die technischen Angestellten in einem besonderen Gesetze regeln will, so hätte man dieses mit dem vorliegenden zugleich einbringen sollen, der Vergleich der Bestimmungen hätte für beide Gruppen von Angestellten, für die kaufmännischen wie für die technischen, wertvoll sein können. Die Frage ist für die technischen Angestellten ebenso reif zur Entscheidung wie für die kaufmännischen. Aber ich glaube nicht, daß die Kommission die Vorlage so wird umgestalten können, daß sie auch für die technischen Angestellten passend sein wird; sie wird aber die Regierung zu einer Vorlage auch für die technischen Angestellten auffordern müssen. — Für die kaufmännischen Angestellten, mit denen ich mich nunmehr allein beschäftigen will, ist tatsächlich ein Notstand vorhanden, der freie wirtschaftliche Wettbewerb wird geradezu aufgehoben. Die Verhältnisse liegen ähnlich bei uns wie in Desterreich, und da ist es bedeutsam, daß man in Desterreich an eine neue gesetzliche Regelung der Konkurrenzklause herangegangen ist. Das Kölner Kaufmannsgericht, das in gleicher Weise aus Prinzipalen wie aus Angestellten zusammengesetzt ist, hat 1908 festgestellt, daß die Konkurrenzklause lediglich den Zweck hat, die Konkurrenz fernzuhalten, nicht etwa die betreffenden Geschäfte vor Verfall von Geheimnissen zu schützen. Es handelt sich in der Tat lediglich um ein Kampfmittel der Prinzipale unter sich, in dem der arme Angestellte den Wudel herhalten muß. Man sollte lieber die Geschäftsleute bestrafen, die sich Geschäftsgeheimnisse verraten lassen. (Sehr richtig!) Unter diesen Umständen muß man sich wirklich fragen: ist denn die Konkurrenzklause noch notwendig? Kann sie nicht beseitigt werden?

Die Vorlage sagt kategorisch nein, aber ihre Gründe sind nicht stichhaltig. Auch gestern hat der Staatssekretär kein Material für die Notwendigkeit dieser Einschränkung des allgemeinen Prinzips der Gewerbebefreiheit beigebracht. Die weite Verbreitung der Klause beweist nichts für ihre Notwendigkeit; alle weit verbreiteten Mißbräuche sind natürlich „weit verbreitet“. Es muß und also ganz anderes Material beigebracht werden,

um uns von der Notwendigkeit der Konkurrenzklause zu überzeugen. Wir werden in der Kommission ernstlich prüfen, ob nicht für das Gebiet des Handels die Konkurrenzklause völlig beseitigt werden kann. Darin werden wir uns nicht irren lassen dürfen, daß neuerdings einige Gehilfenverbände, die bis dahin für die völlige Beseitigung der Klause eintraten, wie man sagt unter Führung des Hansabundes einem Kompromiß beigetreten sind, der auf die völlige Beseitigung der Klause wenigstens für jetzt verzichtet. (Hört! hört!) Gelting die völlige Beseitigung der Klause nicht, so werden wir zu prüfen haben, inwieweit eine Wiederrückung zugunsten der Angestellten in Frage kommen kann. Die Entschädigung soll im ersten Jahr ein Viertel, im zweiten ein Drittel, im dritten Jahr die volle Höhe des Gehalts betragen. Wäre es nicht richtiger, die Stala umzukehren, da doch gerade im ersten Jahre die Beschränkung zufolge der Klause besonders hart empfunden wird. Bedenklich scheint auch die Aufrechnung des neuen Gehalts auf die Entschädigung. Auch über die Ausnahmen, die bei der Entschädigung zugelassen sind, wird in der Kommission noch zu reden sein. Auch das Wahlrecht des Prinzipals zwischen der Erfüllung oder der Vertragsstrafe ist bedenklich und muß in der Kommission noch gründlich erörtert werden. — Die Lehrsätze sollte man ganz ausschließen, ihnen gegenüber sollte die Klause nicht zulässig sein. — Wir werden in ernsthafte Erwägungen eintreten, ob nicht doch ein Verbot der Konkurrenzklause auszusprechen ist; wenn wir die Vorlage umgestalten, kann sie eine Gestalt annehmen, daß die Kommission doch vielleicht sagt: In die Wölfschucht (Seiterkeit.) Doch will ich nicht prophezeien. (Weisfall im Zentrum.)

Abg. Dr. Thoma (natl.): Wir begrüßen die Vorlage weil sie uns Gelegenheit bietet, ein neues Stück soziale Arbeit zu leisten. Die Frage der Konkurrenzklause hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch ethische Bedeutung. Wir sind bereit den Interessen der hier in Frage kommenden Angestellten soweit wie irgend möglich entgegenzukommen. Besser als dieses Stückwerk für eine einzelne Gruppe der Angestellten wäre allerdings eine einheitliche Regelung des gesamten sozialen Angestelltenrechtes. Es muß im Gesetz klar ausgesprochen werden, was Nichts ist. Ueberflüssiges muß wegfallen, so z. B. die ausdrückliche Aufrechterhaltung des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Es ist ganz selbstverständlich, daß Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, nach wie vor ungültig sind. Welche Kreise sehen in dem ganzen Institut der Konventionalstrafe überhaupt nur eine deutsche Kleinlichkeit, über die man in anderen Ländern hinwegfieht. Ich persönlich bin nicht abgeneigt, mich dieser Anschauung anzuschließen. Jedenfalls verlangen wir eine großzügige Regelung der Materie in dem Sinne, daß man jede Kleinlichkeit herausläßt. Dazu rechnen wir zum Beispiel die sogenannte kleine Konkurrenzklause des § 75b. Der Bindung der Klause an eine bestimmte Gehaltsgrenze könnten wir zustimmen. Wenn die Regierung eine solche Regelung als schematisch bezeichnet, so wundere mich dieser Standpunkt in einer Zeit, wo wir zahlreiche Beispiele einer solchen Gehaltsgrenze in der Reichsgesetzgebung haben. Mit dem sozialdemokratischen Redner stimme ich darin durchaus überein: es muß für den Fall der Ausbedingung einer Konventionalstrafe ganz ausgeschlossen sein, daß daneben oder wahlweise der Prinzipal auch noch berechtigt sein soll, die Erfüllung zu verlangen oder einen Schaden zu liquidieren, der über die Höhe der Konventionalstrafe hinausgeht. — Die Kommission möge auch die Vergleichung mit dem internationalen Recht nicht übersehen. Wir haben z. B. nichts gegen die Uebnahme des Paragraphen aus dem neuen Schweizer Gesetz, das dem Prinzipal im einzelnen Falle die Beweislast auferlegt, welches dem seine gefährdeten Interessen sind. Gelting es, die von mir hervorgehobenen Hauptgesichtspunkte durchzuführen und außerdem noch manche Partien des Gesetzes in unser sonst so geliebtes Deutsch zu übertragen (Seiterkeit), damit es den Verteilten auch hinreichend verständlich ist, so werden wir einen wirklichen sozialen Fortschritt zu verzeichnen haben. (Bravo!)

Abg. v. Weich (L.): Der Vorschlag der Vorlage ist, daß sie die bestehenden Mißstände klar zeichnen. Ob der Weg, den sie zur Beseitigung dieser Mißstände angeht, der richtige ist, ist eine andere Frage. Gegen eine völlige Beseitigung der Konkurrenzklause haben wir Bedenken. Daß infolge der vorgesehene Entschädigung viele Prinzipale von der Konkurrenzklause absehen werden, wie das die Vorlage annimmt, halte ich für eine zu optimistische Anschauung. Will man eine Gehaltsgrenze für die Konkurrenzklause festsetzen, so müßte man mindestens auf 4000 bis 5000 M. gehen, von der Annahme ausgehend, daß Angestellte, die wirklich Betriebsgeheimnisse erfahren, höhere Gehälter verdienen. Als warme Freunde des Mittelstandes hoffen wir, daß ein Werk zustande kommt, das die offensbaren Mißstände, die vorhanden sind, abschafft und zugleich die berechtigten Interessen der Prinzipale schützt. (Bravo! recht!)

Abg. Weinhausen (Sp.): Die Gehilfenchaft verlangt vollständig einmütig die Beseitigung der Konkurrenzklause. Ob diese hier durchzugehen ist, scheint mir trotz der theoretisch sehr warm gehaltenen Reden des Herrn Trimbora, noch sehr fraglich. Jedenfalls sind wir bereit, auch an ihrer Beschränkung mitzuarbeiten. Wir glauben, daß die Vorlage in der Kommission so umgestaltet werden wird, daß sie nachher einer glatten Beseitigung der Konkurrenzklause ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen. Die Schaffung einer Gehaltsgrenze halten wir für geboten. — Auf dem Standpunkt „Alles oder Nichts“ stehen wir nicht; wir sind bereit, an der Umgestaltung der Vorlage in der Kommission mitzuarbeiten; sie wird dann die Einleitung zu einer völligen Beseitigung der Konkurrenzklause sein. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Ich kann aber nicht schließen, ohne das Bedauern meiner Freunde darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Vorlage nicht auf die Gewerbebetriebe ausgedehnt ist. Gerade die technischen Angestellten bedürfen eines besonderen Schutzes, und wir werden in der Kommission jede Resolution unterstützen, die eine Vorlage auch für die technischen Angestellten fordert.

Abg. Douber (Vole): Wir werden in erster Reihe für völlige Aufhebung, in zweiter für möglichste Einschränkung der Konkurrenzklause eintreten.

Abg. Warmuth (Sp.): Die Vorlage wird den Wünschen der Handlungsgehilfen nicht in genügendem Maße gerecht. Die Konkurrenzklause muß auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse beschränkt werden, ferner darf sie bis zu einer gewissen Gehaltsgrenze überhaupt nicht gebudet werden. Auch die Karenzzeit von drei Jahren, die der Entwurf vorsieht, ist zu lang, sie dürfte höchstens ein Jahr betragen. Auch in der Entschädigungsabstufung trifft der Entwurf nicht das Richtige; gerade im Anfang wirkt die Beschränkung durch die Klause am schärfsten, und deshalb müßte in dieser Zeit die Entschädigung am größten sein. Wenn in diesen Richtungen die Kommission den Wünschen der Handlungsangestellten entgegenkommt, wird etwas Brauchbares geschaffen werden, was auch den Interessen der Prinzipale nicht widerspricht.

Ich füge zum Schluß noch den Wunsch hinzu, daß uns bald auch ein Gesetz zur Regelung der Konkurrenzklause bei den technischen Angestellten vorgelegt werde. (Bravo! recht!)

Abg. Behrens (Wirtsch. Sp.): Der vorliegende Entwurf löst die Frage nicht befriedigend; aber wir danken für seine Einbringung, er bildet eine Grundlage, damit wir das hinein schreiben, was wir wünschen, das ist vor allem die völlige Beseitigung der Konkurrenzklause. Wenn das Bestehen des kaufmännischen Mittelstandes von der Konkurrenzklause abhängt, Bestände der Mittelstand schon heute nicht mehr; den Mittelstand müssen wir auf andere Weise schützen. (Sehr richtig! b. d. Wirtsch. Sp.) Eines müßte nicht nur völlig verboten, sondern sogar unter Strafe gestellt werden, das ist das Abschließen einer Konkurrenzklause mit Minderjährigen.

Abg. Dr. Luard (Soz.):

Wer in der Kommission nicht für das völlige Verbot der Konkurrenzklauseleintritt, trägt dazu bei, daß die präferierte Lage der Angestellten bestehen bleibt. Es wird damit jeder soziale Fortschritt im Handelsgewerbe so gut wie unmöglich gemacht. Ich erinnere daran, daß der preussische Handelsminister die Konkurrenzklauseleintritt mit dem Koalitionsrecht in Verbindung gebracht hat, sie soll auch angewendet werden, wenn ein Angestellter sich an einer dem Prinzipal unangenehmen Koalition beteiligt. Weiter will ich darauf hinweisen, daß die Schwierigkeiten, die die Liberalen darin finden, dem Bestehen der Konkurrenzklauseleintritt radikal entgegenzutreten, wirtschaftlich und sozial verständlich sind. In der Brust des Herrn Weinhausen leben zwei Seelen.

Die Herren wollen den Handlungsgehilfen helfen, sie wollen es aber auch nicht mit den Liberalen vertragen. Vor 50 Jahren hat Schulerz-Delitzsch Passalle gegenüber betont, die Freiheit der Entwicklung bestehe darin, daß jeder unbeeinträchtigt von den von der Natur in ihn gelegenen Kräften den höchsten, ihm erreichbaren Gebrauch machen könne. Was ist heute von diesem Ideal übrig geblieben? Am schärfsten sehen wir die Konkurrenzklauseleintritt in der chemischen Industrie angewendet in einer Weise, die eine freie Entwicklung der Persönlichkeit nicht mehr zuläßt. Die Gegensätze zwischen den Unternehmern und den Gehilfen haben eine so scharfe Form angenommen, daß Sie es nicht einmal fertig bringen, so drückende und an das Unmoralische grenzende Fesseln zu beiseite zu werfen, wie die Konkurrenzklauseleintritt. Sie stehen hier vor einer Unmöglichkeit, die sich aus Ihrer gesamten Stellung ergibt. Sie können weder für das völlige Verbot der Konkurrenzklauseleintritt, noch auch für das Verbot des Koalitionsrechts. Indem Sie die Konkurrenzklauseleintritt aufheben, geben Sie die Entwicklung der freien Persönlichkeit preis vor den übermächtigen Kapitalinteressen. Wir werden in der Kommission versuchen, das völlige Verbot der Konkurrenzklauseleintritt durchzuführen. Ich werde mich freuen, wenn das Zentrum und dabei helfen wird, wenn seine Mitglieder nicht nur vorsichtige, sondern auch energische Kämpfer sein werden. Von Ihrer und der Haltung der Liberalen wird es abhängen, ob es möglich sein wird, endlich die persönliche Freiheit der Angestellten sicher zu stellen, die Sie vor 50 Jahren versprochen haben, und für die heute nur die Sozialdemokraten kämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Warquardt (noll.): Unsere deutsche Volkswirtschaft wird durch die Konkurrenzklauseleintritt erheblich geschädigt. Ihre Notwendigkeit stellt die gesamte Handlungsgehilfenchaft in Abrede. Die Begründung sagt, daß sie der Mehrzahl der Angestellten gegenüber entbehrlich ist. Da soll man um so weniger den ganzen Stand dauernd mit diesem Mißtrauen belasten. Die Konkurrenzklauseleintritt heute einfach dem Zweck, der Konkurrenz kein einigearbeitetes Personal zukommen zu lassen. (Sehr richtig!) Der Entwurf genügt keineswegs den Ansprüchen der Handlungsgehilfenchaft, ganz abgesehen davon, daß er die Konkurrenzklauseleintritt nicht sofort beseitigt. Die Zulassung der Klage auf Erfüllung und auf den nicht gebildeten Schaden würde direkt eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes für die Gehilfenchaft bedeuten. (Hört! hört!) Die Gehaltsgrenze sollte auf 5000 M. festgesetzt werden, die Konventionalstrafe sowie die Dauer der Konkurrenzklauseleintritt muß herabgesetzt werden. Noch gar nicht berührt ist die geheime Konkurrenzklauseleintritt, die auf Verabredung eines Kongerns von Prinzipalen beruht und die Gehilfen in einer Weise bindet, die allerdings an Zeiten des Mittelalters erinnert und in die Zeit der heutigen wirtschaftlichen Freiheit nicht hineinpaßt. Wir treten für das freie Recht auf Arbeit ein, das in dem Reichsbewußtsein des Volkes wurzelt. (Bravo! links. Zuruf rechts: Was sagt aber der Hanfband dazu? (Heiterkeit.)

Abg. Waldstein (Sp.): Herr Trimborn und andere sagen, man solle durch Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb einen Ersatz für das Fehlen der Konkurrenzklauseleintritt schaffen. Vor diesem Weg möchte ich eindringlich warnen, das könnte leicht zu einer gesetzlichen Konkurrenzklauseleintritt führen. (Sehr richtig! b. d. Sp.) — Ich wäre froh, wenn sich ein absolutes Verbot der Konkurrenzklauseleintritt durchführen ließe; ist es nicht der Fall, so werden wir den Entwurf doch in der Richtung darauf auszugestalten suchen. Herrn Luard bemerke ich noch, daß wir Liberalen niemals, auch Schulerz-Delitzsch nicht, die Vertragsfreiheit für einen undurchbrechbaren Grundgesetz erklärt haben! (Bravo! b. d. Sp.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Trimborn (Sp.) wird die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Jugendgericht. Stat des Reichstages des Innern.) Schluß 7/8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

109. Sitzung, Sonnabend, 11. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Lenke, v. Dallwitz, Sydow, v. Breitenbach, v. Trost zu Solz, Weseler.

Die erste Lesung des Etats.

Abg. Windler (L.) stellt mit Befriedigung fest, daß die Regierung in einem Nachtragsetat die Mittel zur Verringerung des Wagenmangels fordert. Wir haben den Minister der öffentlichen Arbeiten darin unterstützt, daß im Interesse des Eisenbahndienstes die Beamten und Angestellten auf manche Freiheiten verzichten müssen; um so mehr werden wir ihn auch in der Verringerung des Personals unterstützen. Der Redner bespricht dann im Sinne des Finanzministers die Wirtschaftslage und den unfinnigen Sturm auf die Sparkassen, den die Kriegsfurcht in manchen Gegenden hervorgerufen hat. Die Frage der Steuerzuschläge will der Redner heute nicht erörtern und behält seiner Partei die Freiheit der Entschließung vor. Der Volkshaus für Landwirtschaft und Industrie muß aufrecht bleiben im beiderseitigen Interesse. (Sehr wahr! rechts.) Wir bitten, die kleinen Amtsgerichte im Interesse des flachen Landes nicht zu vermindern. Die Ausdehnung der Jugendpflege auf das weibliche Geschlecht begrüßen wir. Ob die Unterstufen an Beamten unseren Beschlüssen entsprechen und ob sie ausreichen, müssen wir in der Kommission prüfen. Bei der inneren Kolonisation dürfen die An siedler nicht zu teuer angesiedelt werden. Unser Kulturreich mit den gewaltigen Leistungen Preußens für die Schulen aller Gattungen kann sich sehen lassen. Wie ist der Ministerstreit in Halle entschieden? Die deutschen Hochschulen sind in erster Linie für die deutschen Studenten da. Von den viel zu vielen Ausländern muß die gleiche Ausbildung verlangt werden wie von den Deutschen. Immerhin bebauern wir die Form der Studentenaktion — den Streik!

Das Jahr 1913 erinnert uns an die große Zeit von hundert Jahren. Was haben unsere Vorfahren aus dem armen Preußen von damals gemacht! Damals herrschte aber auch Königskrone, Opferwilligkeit bis zum äußersten und Vaterlandsliebe im preussischen Volk. (Bravo! rechts.) Eine große Zeit soll uns das Gewissen schärfen. Wir erfüllen mit unserer schlichten Arbeit in diesem hohen Hause mit der Regierung unsere Pflicht im Dienste des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Praschma (Sp.) beklagt den fast unersetzlichen Verlust, den das Reich durch den Tod Aiderlen-Wachters erlitten hat. Wir können nur wünschen, daß es seinem Nachfolger ebenso gelingen möge, einen Ausweg aus der schwierigen Lage zu finden. (Bravo! im Zentrum.) Bei der Beratung der Enteignung polnischer Grundbesitzer, dieser verwerflichen Maßnahme, habe ich auf die Wirkung hingewiesen, die dies im Ausland haben könnte. Ich protestiere aber dagegen, daß ich eine Einmischung Österreichs angebracht hätte, die mir und auch sicher Österreich selbst nicht wünschen können. Die nichtwürdigen Inquisitionen des Vereins, dessen Wirken immer mehr der Entwertung im Osten unjeres

Vaterlandes dient, weisen wir nicht einmal zurück, das ist uns das nicht wert. Der dort verlangte kalte Wasserstrahl gegen Österreich wird hoffentlich nach einer anderen Richtung gelenkt werden. (Lebhafter Bravo! im Zentrum.)

Der Nachtragsetat ist zum Teil auch für die Unterstützung von Beamten bestimmt. Wenn wir Feuerzuzulagen wünschen, so sollen sie

Keineswegs ständige Gehalts erhöhungen

werden. Die festen Grundzüge dafür werden wir in der Kommission festzusetzen haben. Ob bei den öffentlichen Bauten und den Berliner Museumsbauten mit den Staatsgeldern genug vorzüglich gewirtschaftet wurde, müssen wir noch untersuchen. — Der Redner wendet sich gegen den steigenden Luxus, die Verschwendung und Vergnügungssucht in allen Kreisen. Eine weniger bürokratische Behandlung der Arbeiterfragen bei der Eisenbahn und im Staatsbergbau könnte nicht schaden. Wo bleibt das Wohnungsgesetz? — Zur Kultur gehört aber auch die Bekämpfung der Unfruchtlichkeit und die hoferfreuliche Jugendpflege des Staates, bei der aber die sittlich-religiöse Erziehung nicht vernachlässigt werden darf. Dem Sonntagsgottesdienst darf die Jugend nicht entzogen werden.

Können wir nun mit gleicher Zuderkunft auch in die Zukunft sehen? Wie steht es mit dem Glück, der Zufriedenheit, dem gegenseitigen Verstehen im Volk? Da stelle ich

an die Spitze die Jesuitenfrage,

die bei unseren Wählern im Vordergrund des Interesses steht und tiefe Erregung im katholischen Volk hervorgerufen hat. (Zustimmung im Zentrum; lauter Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Der Schuldige soll der Freiher v. Dellling sein. Ja, darf denn ein Katholik und früherer Zentrumsmann nicht mehr Minister werden? (Sehr wahr! im Zentrum.) Der Reichsanwalt hat ja auch dem Erlaß der bayerischen Regierung die Schuld gegeben. Der Redner sucht nun in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß der Herrllingsche Erlaß dem Jesuitengesetz nicht widersprochen habe, da das, was er gestattete, nicht verboten ist, zum Beispiel soziale Vorträge der Patres Jesuiten. Nicht der Erlaß, sondern das Pressegesetz war reichsfeindlich. Ich wundere mich, daß man über unsere Mißtrauensklärung im Reichstag erstaunt war. Wie kann man Vertrauen erwarten, wo man uns durch den Bundesratsbeschluß über die Jesuiten schärfstes Mißtrauen beweist? (Sehr wahr! im Zentrum.) Sie beurteilen und regeln katholische Dinge nach Ihrer Auslegung — was würden Sie sagen, wenn evangelische Fragen von Katholiken geregelt würden nach Ihren religiösen Anschauungen? Herr v. Nordhoff wirft dem Papst vor, daß er kein Verständnis für deutsche Verhältnisse habe. So haben Sie doch erst selbst Verständnis für Ihre eigenen Landesleute katholischen Glaubens! (Lebh. Zustimmung im Zentrum; Lachen bei den Nationalliberalen, was der Redner feststellt.) Daß der Bundesratsbeschluß eine Verschärfung ist, ist kein Zweifel, — wie wollen Sie etwas anderes der Polizei, den Gerichten und auch den liebenswürdigen Denunzianten harmachen? Preußen wird nicht zugrunde gehen, wenn die 100 Jesuiten, die die deutsche Ordensprovinz disponibel hat, Deutschland überschwemmen würden. (Heiterkeit im Zentrum.)

Der Redner erklärt dann, daß die Moral der Jesuiten die der ganzen katholischen Kirche sei (Abg. Hoffmann: Hört! hört!) und polemisiert dann gegen die Vorwürfe, die u. a. vom Reichsanwalt dem Jesuitenorden gemacht sind. Schließlich verweist er auf die Beliebtheit der Jesuiten in Holland, Belgien usw. und preist sich glücklich, ein Jesuitenschüler gewesen zu sein. Glauben Sie, daß wir es nicht empfinden hätten, wenn uns die Lehrer undudham und unpatriotisch machen wollen, wie Irregelleit behaupten? Wir stehen dafür ein, daß in den Jesuiten nur ein Gefühl lebt und von ihnen gelehrt wird: Kirchliche und staatliche Autorität! Aber es wurde uns auch gelehrt, daß wir vaterländisch nicht nur aus Pflicht, sondern auch mit Liebe sein müssen. Und diese Männer weisen Sie aus dem Vaterlande? Wernen Sie die Jesuiten erst kennen — alle Gegner, die das taten, sind befehrt zurückgekommen. (Lebh. Beifall im Zentrum.) Solange noch Umsturz und Unglaube nicht von Ausnahmegegesetzen befreit sind, solange dürften die Jesuiten nicht einmal dann ausgewiesen sein, wenn sie die wären, als die man sie schilbert. Man macht uns den Vorwurf, daß wir in dieser schweren Zeit zum Nachteil des Vaterlandes die Jesuitenfrage aufrollen. Nein, dazu haben wir

zu viel jesuitischen Geist

(Bravo! im Zentrum. — Große Heiterkeit auf verschiedenen Seiten), denn die Jesuiten lehren, das Vaterland über alles zu stellen.

Statt nach dem sozialistischen Sieg bei den Reichstagswahlen von 1912 den Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu eröffnen, stehen wir wieder so zueinander, daß die Sozialdemokratie den Nutzen davon bei den Landtagswahlen haben wird. (Abg. Hoffmann: Die Angst!) Das katholische Volk bittet Sie: Lasset die Geliebten wieder herein zum Wohl des Staates! (Beifall im Zentrum.) Wenn wir auch in vaterländischen Fragen nicht verjagen werden, so mindern Sie doch unsere Begeisterung. Die katholische Kirche richtet ihren Hauptkampf gegen den Umsturz, darum sollen Sie, solange Sie noch die Macht haben, ihr die volle Freiheit geben, die sie nur anwenden wird im Kampf gegen den Ihnen (nach rechts) und uns gemeinsamen Gegner, in dem wir treu an Ihrer Seite stehen gegen den gemeinsamen Feind. Unser Vaterland kann solcher Kräfte nicht entbehren, um dem Volk die ihm schwebenden unersetzlichen Güter der Religion und Sittlichkeit zu erhalten. Die Verbindung der Schule mit der Kirche wird immer loser, und die schlimmste Seuche, Umsturz und Unglaube, verbreitet sich immer mehr. Nicht mit liberaler, sondern mit christlich-konservativer Regierung werden Friede, Wohlfahrt, Zufriedenheit im Volk einziehen. Möge das Jahr 1913 in diesem Sinne unvergessen werden! (Lebhafter anhaltender Beifall im Zentrum.)

Kultusminister Dr. v. Trost zu Solz: Die Aufhebung des Jesuitengesetzes gehört vor Reichstag und Bundesrat, darauf gehe ich nicht ein. Wohl aber gehört hierzu die preussische Handhabung des Jesuitengesetzes, und der preussische Anteil am Bundesratsbeschluß vom 28. November 1912. Und wäre es viel lieber gewesen, wenn der Beschluß nicht notwendig geworden wäre. Mit der preussischen Praxis war man ganz zufrieden. Preußen wollte keinerlei Verschärfung, sondern nur eine Codifizierung. Eine authentische Interpretation des Bundesratsbeschlusses, die allen recht ist, erscheint unmöglich. In Preußen bleibt es bei der jetzigen Praxis, die stillen Wesen bleiben zugelassen, ebenso die Primisfeier, die Spendung der Sterbeakramente, wissenschaftliche Vorträge, die das religiöse Gebiet nicht streifen, kurz alle Tätigkeit, die sich nicht an die Menge der Gläubigen wendet und nicht gegen Andersgläubige wenden kann. Die Ausführung des Gesetzes durch die Landespolizeibehörden sichert auch eine ruhigere und zurückhaltendere Handhabung. In Mogen war in Preußen bisher kein Anlaß, und das soll auch so bleiben, denn das Gesetz soll nach wie vor ohne Kleinlichkeit angewendet werden. (Bravo! bei verschiedenen Parteien.)

Abg. Dr. Friedberg (noll.): Der Finanzminister ist in großer Verlegenheit, wenn er bei diesem Stand der Staatsfinanzen die Fortsetzung der Steuerzuschläge zu rechtfertigen hat. Der Minister sagte, daß die gesamte Staatsschuld im jetzigen Tilgungstempo erst in 233 Jahren getilgt wäre. Ja, denken wir denn etwa daran, das gesamte Kapital den Staatsbahnen zurückzugeben? — Wir wünschen, daß die Eisenbahnen nicht zur Plusmacheri benutzt werden. — Der Redner spricht dann von der militärischen und finanziellen Sicherheit und von der Notwendigkeit einer guten Diplomatie, wobei auch er die Verdienste Aiderlen-Wachters um die Erhaltung des Friedens hervorhebt. (Beifall.) Hält die Personalvermehrung Schritt mit der Verkehrsvermehrung? Warum will der Minister noch immer nichts von der Molekularisierung wissen, wo sich doch alle großen Parteien für den Ausbau der Wasserstraßen ausgesprochen?

Das preussische Wahlrecht in seiner jetzigen Form ist nicht aufrechtzuerhalten.

Nicht ein radikales Wahlrecht

darf eingeführt werden, sondern ein staatsmännisch vor- aussehend eingerichtetes. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Stellungnahme der Konservativen und der Regierung ist verfehlt, die Regierung muß führen. Wir erwarten, daß ihre erste Tat in der neuen Legislaturperiode die Vorlage einer guten Reform sein wird. (Bravo! bei der Mehrheit.) Auch die Aenderung der Kreisordnung ist von großer Wichtigkeit. Eine Reform des Herrenhauses ist unerlässlich. Natürlich wollen wir es nicht, nach englischem Muster, in seinen Rechten beeinträchtigen und kassieren — aber ins Oberhaus gehört eine stärkere Vertretung von Industrie und Handel.

Wir sind gegen Aufhebung oder Abschwächung des § 12 des Reichsbeschaffungsgesetzes und gegen das Vereinfachen ausländischen Gefrierfleisches. (Bravo! bei den Nationalliberalen, rechts und in der Mitte.) Die Entvölkerung des platten Landes, namentlich dort, wo der Großgrundbesitz herrscht, macht eine intensive innere Kolonisation nötig. Es darf nicht vorkommen, daß verlassene Staatsdomänen wieder in den Besitz des Großgrundbesitzes gelangen. Wo bleibt das schon von Rheinbaben versprochene Fideikommissgesetz? Entgegen man die großen polnischen Fideikommisshe, deren Besitz dauernd im Ausland leben und mit der Scholle keineswegs verwaisten sind. Freilich muß die Beschränkung der Enteignungsbesugnis auf 60 000 Hektar fallen.

Die Angriffe des Grafen Praschma auf den Ostmarkenverein, der sich hier nicht verteidigen kann, scheinen mir wenig loyal. — Auch für Kinderhorte der noch nicht schulpflichtigen Kinder muß der Staat etwas tun. — Die Affäre der Berliner Museumsbauten zeigt einen zu schweren Geldbergbau führenden Widerstreit zwischen der Bauverwaltung und dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

Von den Jesuiten war es ganz ruhig, bis Hertling diesen Handstoff ins Volk warf. Die einmal vorhandene Empfindlichkeit des protestantischen Volkes muß einmal geschont werden. (Abg. Graf Praschma (L.): Wenn sie berechtigt ist.) Diese Auffassung, Herr Graf Praschma, könnte zu Konsequenzen führen, die dem Staatswohl nicht nützlich wären, wenn jeder nur dem Gesetz folgen wollte, das er für berechtigt hält. (Lebhafter Zustimmung.) Jenes erste ultramontane Ministerium — lebhafter Widerspruch im Zentrum — Graf Praschma: Bitte, lassen Sie diesen Ausdruck beiseite, also dieses erste Zentrumministerium (Chol! im Zentrum) hat mit allen seinen Taten solche Ungeschicklichkeit bewiesen, daß Sie (zum Zentrum) sich lieber nicht mit ihm identifizieren sollten. (Sehr gut! links.)

Der Redner polemisiert dann weiter gegen die Jesuitenauflösungen des Abg. Graf Praschma. Als er dabei sagt, daß die preussische Regierung doch wohl über die Absichten der Kirche und ihrer römischen Oberleitung orientiert sei, widerspricht das Zentrum, worauf er sagt: Na, sie wird doch durch den Gesandten beim päpstlichen Stuhl unterrichtet, den Sie für so unentbehrlich halten! Die heutigen

Konservativen Beteuerungen des Grafen Praschma

sind um so interessanter, wie auch erfreulicher, denn früher war das Zentrum ultrademokratisch. (Heiterkeit im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Redner schließt mit der Bemerkung, daß die Ablehnung der Quotifizierung (Beweglichmachung eines Teiles, je nach der Finanzlage) der Einkommensteuer durch die Regierung die Aufhebung der Steuerzuschläge zur Folge habe. Es gab einmal einen Bürgered, daß man die Steuern gern zahlt. (Große Heiterkeit.) Die Bürger müssen einsehen, daß Steuern sein müssen, aber vor Überbürdung mit Steuern müssen wir sie schützen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Handelsminister Sydow antwortet auf die Fragen der Abg. Windler und Graf Praschma wegen des Saarbergarbeiterstreiks. Die Aenderungen der Arbeitsordnung legte nur die längst gelübte Praxis fest. Die Löhne sind erheblich über den Tiefstand von 1909 (3,96 M. pro Schicht) auf 4,21 M. im Spätherbst, bezw. von 4,26 M. auf 4,42 M. für Häuer und Bedingelappeler. Im Oktober 1912 erfolgte eine weitere Steigerung. Die Häuer verdienten im Oktober 1912 zu 28,9 Proz. einen Gehaltserdienst von 5,50 M.

Der Gewerksverein christlicher Arbeiter war zum Teil infolge Unstimmigkeiten zwischen katholischen und evangelischen Mitgliedern tatsächlich in seiner Mitgliederzahl gesunken. Die Arbeiterauschüsse mit christlich-gewerkschaftlicher Reichheit lehnen jede Verhandlung über die Schlepperzeitbestimmung der Arbeitsordnung ab. Den Wünschen der Arbeiterauschüsse, die sich geändert hatten, wurde nach Möglichkeit Rechnung getragen. Der Minister gibt dann der Agitation der christlichen „Saarpost“ die Schuld an der Aufregung der Arbeiter. Am 11. Dezember war Reichstagsabgeordneter Coggmann zu seiner Information bei mir, am 12. Dezember die drei Deputierten der Saarbergwerke. Ich legte, wie schon die Bergwerksdirektion, dar, daß es sich nur um eine Kodifizierung der bestehenden Praxis handele und sagte Lohnhöhung bei weiterer guter Konjunktur zu. Dies wurde auch an der Saar publiziert. Der christliche Gewerksverein nahm nun, da die Saardeputierten nicht zufrieden gestellt waren, die Sache in die Hand. — Der Minister schilbert dann die schon bekannte weitere Entwicklung der Sache und sagt: Bei meinen Bemerkungen um die Erhaltung des Friedens leitete mich in keiner Weise die Besorgnis, daß der Streit für die Bergwerksdirektion verloren gehen könnte, sondern das menschliche Gefühl, das mich die Bergarbeiter vor solcher Selbstschädigung zurückhalten ließ.

Schließlich gelang es den Herzen, die zum Streit geraten hatten, am 28. Dezember nicht ohne Mühe, wieder abzulassen. Jedenfalls hatte der Gewerksverein 8—9000 Mitglieder gewonnen, was vielleicht die Hauptsache war. (Widerspruch bei den Zentrumsaliberalen.) Wir hatte die Bergwerksdirektion jedenfalls schon vor Mitte Dezember gesagt, daß es nicht zum Streit kommen würde. Jedenfalls, das, was der Gewerksverein erreicht hat, war das Beste, was ihm schon vor dem Streit zugefagt war. Das hätte er billiger haben können! Bürokratisch ist nicht vorgegangen worden, im Gegenteil, mit seltener Geduld und Güte.

Ein dunkler Punkt ist noch da: die Ueberwachung der Erfüllung der Versprechungen der Bergwerksdirektion. Soweit die Arbeiter ihre Erfahrungen austauschen wollen, habe ich nichts dagegen, aber wenn das eine Nebenregierung oder Agitationszentrale werden sollte (Abg. Imbusch (Sp.): Nein!), dann würde ohne Rücksicht auf die Folgen mit Kundigungen vorgegangen werden. Hoffentlich wird jetzt dauernder Friede im Saarrevier, besonders im Interesse der Arbeiter! (Beifall.)

Das Haus vertagt sich. Montag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung. Schluß 7/8 Uhr.

Aus der Partei.

„Der Eröffnungsrummel des württembergischen Landtags.“

Unser Stuttgarter Parteiorgan widmet dem höchsten Eröffnungsspektakel, mit dem am 8. Januar der württembergische Landtag eröffnet wurde, einen Leitartikel. Nach der Schilderung der gottesdienstlichen Vorseier, die dem eigentlichen höflich-parlamentarischen Eröffnungsbalt voranging, schreibt die „Schwäbische Tagwacht“:

Angewiesen hatte die Stadgarde die Wache im Ständehaus bezogen, und die Galerien des Halbmondsaals hatten sich mit zahlreichem Publikum gefüllt. Unten im Saale wurde der Präsidentenstuhl durch den Königsthron ersetzt! So wurde auch äußerlich noch scharf zum Ausdruck gebracht, daß nicht der König zum Volke kam, sondern daß die Volksvertreter der königlichen Gewalt unterworfen sind. Gegen 11 Uhr nahmen die Abgeordneten ihre Plätze ein, und in dem Rondell vor den Sitzen der Abgeordneten versammelten sich die Mitglieder der Ersten Kammer. Der König wurde am mittleren Portal von einer aus 12 Mitgliedern der beiden Kammern sich zusammensetzenden Abordnung empfangen und bei seinem Eintritt in den Saal mit einem Hoch begrüßt! Dem

Volltribunen aus Schlingen, Oberbürgermeister Mülberger, war die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, das Kommando zum Königshoch zu geben. Nach dem Thron nahmen die Prinzen des kgl. Hauses Aufstellung, ebenso die Minister und andere, während das Gefolge des Königs sich links vom Thron gruppierte. Die erstmals neu in die Ständeversammlung eingetretenen bürgerlichen Mitglieder legten der Partei und der Absicht der Fraktion entsprechend, wird sie sich an der von den Mitgliedern der Ersten Kammer und den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monarchischen Huldigung nicht beteiligen. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die zu vereidigenden Fraktionsmitglieder ihren Eid am zweiten Sitzungstage leisten.

Unsere Landtagsfraktion begründet ihre Stellung zur Eröffnung des Landtages durch folgenden Beschluß: „Die Fraktion beteiligt sich an der Sitzung zur Eröffnung des Landtages als einem in der Verfassung vorgeschriebenen staatsrechtlichen Akt. Der Tradition der Partei und der Absicht der Fraktion entsprechend, wird sie sich an der von den Mitgliedern der Ersten Kammer und den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monarchischen Huldigung nicht beteiligen. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die zu vereidigenden Fraktionsmitglieder ihren Eid am zweiten Sitzungstage leisten.“

Unsere Landtagsfraktion hat es vorgezogen, freiwillig dem Rummel teilzunehmen und den Willen und das Gefühl unserer deutschen Parteimehrheit zu verletzen. Mit Überlegung und Absicht! Denn der Tag gingen Beratung und Beschlußfassung voraus. Die Fraktion sagt, es handelt sich um einen in der Verfassung vorgeschriebenen Akt. Wir finden in der Verfassung keine Stelle, nach der unsere Fraktion auch nur die geringste Verpflichtung hätte, an der von den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monarchischen Huldigung teilzunehmen. Weich die Fraktion es anders, dann möge sie uns die Bestimmungen in der Verfassung nennen, durch die sie, zum Schutze irgendwelcher proletarischen Rechte und Interessen, gezwungen war gegen die Grundsätze und die Tradition der republikanischen Sozialdemokratie zu handeln. Wir verstehen nicht recht die Bemerkung im Fraktionsbeschluß: es entspricht der Absicht der Fraktion, sich nicht an dem höfischen Klöppel zu beteiligen. Wir glauben zunächst, unsere Fraktion wollte erst den oben geschilderten feierlichen Akt mit monarchischer Dekoration und monarchischer Huldigung vorübergehen lassen und dann den Sitzungssaal des Landtages betreten. Wir haben uns aber geirrt, denn unsere Abgeordneten, mit Ausnahme der genannten, haben dem ganzen Rummel mit Durra und Ochs beigewohnt und durch ihre Anwesenheit — wenn sie sich selbstverständlich auch passiv verhielten — sanktioniert! Wozu das geschehen ist, ist uns um so weniger verständlich, als ja die eigentlichen Funktionen des Landtages erst begannen, nachdem der Hof unter Hochrufen abgezogen war. Erst dann trat Genosse Tauscher als Alterspräsident auf, um die nächste Sitzung auf den folgenden Tag zur Vornahme der Präsidentenwahl usw. anzuberaumen. Und damit war überhaupt alles erledigt. Unsere Fraktion hätte nichts, aber auch gar nichts verümt, wenn sie dem ganzen Eröffnungsrummel ferngeblieben wäre! Unsere Reichstagsfraktion tut das übrigens regelmäßig.

Und fehlt ferner jede Erklärung dafür, weshalb die Fraktion jetzt neuen Konfliktstoff in das württembergische Parteileben eingetragen hat. Die Parteigenossen im Reich werden ebenjowenig wie wir die neueste Tat unserer Fraktion verstehen und billigen. Wie sollen die württembergischen Parteiverhältnisse gesunden, wenn Parteigenossen auf vorgeschobenem Posten bewußt und fortgesetzt nicht nur dem ausgesprochenen Willen eines großen Teils der württembergischen Sozialdemokraten, sondern auch dem wiederholt bekundeten Mehrheitswillen der deutschen Sozialdemokratie zuwiderhandeln. Unsere Fraktion hatte zu wählen, ob sie die kapitalistische Gesellschaft, deren Geschäfte die bürgerliche Mehrheit im Parlament besorgt, vor den Kopf stoßen wollte, oder ihre eigenen Parteigenossen, deren Klassenkampf auch im Parlament zu führen

sie herufen ist. Uns schmerzt es, daß sie das zweite getan hat. Es darf zwischen den Abgeordneten und den Massen, die hinter ihnen stehen, keine trennende Mauer errichtet werden. Die Abgeordneten müssen sich darüber klar sein, daß sie Vertrauensmänner der Massen sind und daß in den Massen allein die Wurzel ihrer Kraft liegt.“

Somit unser Stuttgarter Bruderorgan. Natürlich ist das fremdende Verhalten der Mehrheit unserer württembergischen Landtagsfraktion auch bereits von der bürgerlichen Presse mit allerlei Glossen versehen worden. So schreibt die „Württembergische Zeitung“, die zugleich in dem Farbenspaß des höfisch-ständesherrlichen Eröffnungsaltes schwelgt und nicht begeistert genug von den goldstrotzenden Waffenröden, den Galauniformen der Ständeherrn, den hellroten Fräcken der Waldferritter und den violetten Soutanen der katholischen Würdenträger berichten kann, die der feierlichen Parlamentsöffnung Gepränge und Gepräge verleihen, über die Teilnahme der Fraktionsmehrheit:

„... Es war ein komischer Zufall, daß der erste Abgeordnete, der sich unten zeigte, ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion war, denen doch vom Stuttgarter Verein noch tags zuvor die Teilnahme an dem höfischen Akt, bei dem es natürlich ohne Königshoch nicht abgehen kann, aufs strengste verboten worden war. Nun, die meisten haben sich nicht darum gekümmert, es waren wenigstens 12 oder 13 da, die sogar beim Königshoch stehen blieben.“

Anebelung der ungarischen Presse.

Unserem Budapestener Parteiblatt wurde abermals, nach nur zweitägiger Unterbrechung, der Straßenverlauf wieder verboten, angeblich wegen Verherrlichung des Kobarscher Attentats auf den Kaiser, in Wahrheit wegen Aufdeckung neuer toller Korruptionsaffären des Ministerpräsidenten Lukacs.

Jugendbewegung.

Ein glänzendes Erziehungsergebnis der Jugendwehr.

Dieser Tage berichtete das „Berl. Tagebl.“ aus Spandau: „Ein Seitenstück zu dem Auftreten des Hauptmanns von Köpenick“ bieten die Streiche, die von einem jungen Berliner in Seeoffiziersuniform in Spandau ausgeführt wurden. Der falsche „Leutnant zur See“ hielt wiederholt Soldaten an, die ihn auf der Straße nicht vorschriftsmäßig grüßten, und nahm sie auf die Wache mit. In einem Fall brachte er einen auf Posten stehenden Gefreiten zur Wache, der nicht vor ihm präsentiert hatte, als er vorüberging. Er ließ den Vorfall zur Bestrafung des Mannes protokollieren. Dann befahl er dem wachhabenden Unteroffizier, ihm einen Mann mitzugeben, um ihn nach einer ihm unbekanntem Stadtgegend zu führen. Der Unteroffizier gab ihm den erwähnten Gefreiten als Führer mit. Dieser bat unterwegs den „Seeoffizier“, von einer Strafanzeige Abstand zu nehmen, damit er nicht die Gefreitenknöpfe verliere. Durch vieles Wiltten ließ sich der gestrenge „Vorgesetzte“ auch umstimmen und händigte dem Gefreiten einen Zettel aus, der die Beifügung enthielt, den Gefreiten nicht zu bestrafen. Dem wachhabenden Unteroffizier fiel es auf, daß das Schriftstück verschiedene orthographische Fehler aufwies. Daraufhin wurden nach dem angeblichen Offizier Nachforschungen angestellt, und am Silvesterabend, als er in „Bibil“ seine in Spandau wohnende Braut besuchte, wurde er verhaftet. Es wurde festgestellt, daß es sich um den 18-jährigen Schreiber Ernst Albrecht aus Berlin handelt, der in der Alten Leipziger Straße wohnt. Dort wurde die Seeoffiziersuniform vorgefunden und beschlagnahmt. Wie sich bei der Vernehmung des Schreibers herausstellte, hat er seine militärischen Kenntnisse bei der Jugendwehr erworben.“

Die Jugendwehr kann stolz auf diesen hervorragend befähigten Jüngling sein. Er hat gründlich begriffen, was sich alles dank der Autorität des Uniformrodes androhen läßt. Der unternehmungslustige Schreiberlehrling hat offenbar von den Jugendwehrcapitänen gelernt, wie man sich im Offiziersrock zu räuspert und zu spuden hat.

Jugendwehrcapitän „Erziehung“arbeit und Kriegsspielerlei führt zu blühenden und lebensgefährlichen Knallereien, und die Jugendwehr züchtet Kadetten, die im Hauptmann von Köpenick ihr Ideal erblicken. Wir gratulieren der „nationalen“ Jugendpflege zu ihren Erfolgen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn des Treppens — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

F. G. 10. 8. Falls eine Verschlimmerung gegenüber dem Zustand zur Zeit der Entziehung der Rechte eingetreten ist, können Sie den Antrag auf Fortdauerung der Rechte bei der Berufsgenossenschaft stellen. — **77. 1.** Bei der Gemeindefeudation, Straßener Straße 10, 2. Eofort. **3. Rein. 4. Rein. — F. W. 4055.** 1. Rein. 2. Ja. — **F. Paul 90.** 1. Die Firma hat Anspruch auf Schadenersatz und kann mit diesem Anspruch aufrechnen. Die Klage erscheint aussichtslos. 3. Wir halten Sie für besetzt, im Falle der Entlassung für 14 Tage Lohn zu beanspruchen. — **F. R. 14.** 1. Rein. 2. Es empfiehlt sich Beschwerde bei der Oberpostdirektion. — **G. M. 86.** Sie selber können nicht veranlagt werden, wohl aber Ihre Frau. — **G. R. 305.** Nach Ihrer Darstellung haben Sie keine Verpflichtung zur Rückgabe. — **F. W. 200.** Es sind wiederholt Klagen geführt worden. — **M. R. W. 7.** Teilen Sie das Altsenken mit und stellen Sie anheim, bei Bericht Anträge zu halten. — **R. 13.** Ihre Darstellung läßt nicht erkennen, ob der Arbeiter seinerzeit bei Zahlung der 28 M. weitere Forderungen gestellt hat oder nicht. Ist das erste der Fall, so liegt eine strafbare Handlung und auch eine Rückzahlungspflicht unseres Erachtens nicht vor, andernfalls ja. — **R. 10.** 1. Eine Benachrichtigung an die Heimatsbehörde erfolgt nicht. 2. 300 M. 3. Bis rechtsgerichtlicher Dager müßten Sie ein Befähigungszertifikat haben, dessen Kosten zwischen 20 und 60 M. schwanken, je nach der Größe der Heimatsgemeinde. Falls Sie darüber die preussische Staatsangehörigkeit erwerben, was kostenlos geschieht, so sparen Sie sich diese Kosten. Es müßte auf die bayerische Staatsangehörigkeit verzichtet werden. 4. Sofern der Vermieter kein Verzeichnis nachgewiesen werden kann, nein. Ihre Darstellung ergibt nichts für ein Verzeichnis. — **F. R. 1. u. 2. Rein. 3.** Klage beim Amtsgericht, in dessen Bezirk die Herrschaft Ihren Wohnsitz hat. — **R. R. 19.** Reklamieren Sie sofort, Ihre Steuerpflicht war mit Ende Kalenderjahr 1912 erloschen. — **M. R. 33.** Armenverwaltung, Wühlendamm 1. — **F. 1.** Wenn Sie von der Ausgabe des Geschäfts vor dem 1. Oktober der Gesellschaft Mitteilung gemacht haben, nein, andernfalls ja. — **G. R. 158.** Sie unterliegen der Angestelltenversicherung. Die Beiträge hat zur Hälfte der Unternehmer, zur anderen Hälfte der Angestellte zu zahlen. Der gesamte Beitrag macht 16,00 M. pro Monat aus, auf Ihre Hälfte entfallen also 8,00 M. monatlich. — **G. R. 63.** 1. Rein. 2. und 3. Ja. 4. Sie können das Pflichtteil — Hälfte des gesetzlichen Erbteils — fordern. 5. Das müssen wir Ihnen überlassen. — **F. P. 11.** Der Stempel ist richtig berechnet. — **P. 2. 13.** Nur den entsprechenden Anteil für die Zeit bis Ende Juli. 2. Ungültig. Nur für die Zeit vom Einzuge ab. — **F. R. 92.** — Die Klage erscheint durchführbar. — **B. T. 99.** Ja. — **G. R. 199.** Rein.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	10. 1.	9. 1.		10. 1.	9. 1.
Wemel, Mühl	275 ⁹	-18	Saale, Großk.	142	-8
Wregel, Unterburg	24 ⁹	-30	Saale, Spandau ⁹	94	-2
Wiesel, Thorn	194	-18	Saale, Spandau ⁹	102	+7
Ober, Rasthof	143	-5	Spree, Spremberg ⁹	98	0
Stollen	147	-9	Spree, Beetzow	110	-1
Frankfurt	204	-6	Weser, Münden	214	-12
Wartbe, Särzimm	-	-	Weser, Münden	526	-6
Waldberg, Landsberg	104	-4	Rhein, Roggenhans	364	-8
Weser, Borsdamm	41	+1	Raub	199	-7
Wilde, Leimitz	41	-6	Rödn	232	-14
Wredben	-74	-5	Reckar, Heilbronn	85	-5
Wardby	287	-18	Rain, Qanau	182	-8
Wagdeburg	188	-10	Rosel, Arter	116	-5

⁹) + bedeutet Waß, — Fall. — ⁹) Unterpegel. — ⁹) Grundbeistellen.

Nur noch

8

Tage!



Inventur-Verkauf

zu sehr billigen Preisen. Ein grosser Posten aus haltbaren Stoffen gefertigte Sommer- und Winter-Herren-Anzüge, Ulster, Paletots

zu den Serienpreisen M. 25.- 28.- 32.- 36.- 39.- 42.- 45.- 48.- 54.- 60.- 68.- 75.-
jetzt zum Einheitspreise M. 18.00 28.00 38.00 48.00

Knaben- und Jünglings-Anzüge und Ulster

zu den Serienpreisen M. 8.- 10.- 12.- 13.- 16.- 19.- 21.- 25.- 28.- 30.- 34.- 38.- 42.- 46.- 50.-
jetzt zum Einheitspreise M. 5.00 10.00 15.00 25.00 35.00

Zu ebenfalls bedeutend herabgesetzten Preisen:

Beinkleider, Lodenjoppen, Geh-Pelze und Pelzjoppen

Änderungen zum Selbstkostenpreis

Leineweber

Berlin C.

Kochstraße 54

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6

Fischerstraße 1

Ein Posten
Wasch-u. Woll-
Westen
zu den Serienpreisen
bis 4.00 jetzt 1.50
5.00 bis 7.00 ... jetzt 3.50
8.00 bis 10.00 .. jetzt 6.50



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
132-37
König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

In dieser Woche, soweit Vorrat:

Extra-Preise

G. m. b. H.
Versand-Abteilung:
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137
Die Firma A. WERTHEIM
hat zu ähnlich lautenden
Firmen keinerlei Beziehung

Porzellan

Ein grosser Posten

dekor. Porzellan

ausserordentl. preiswert

Kaffectassen 20 Pf.
Teetassen 23, 28 Pf.
Mokkatassen 10, 15 Pf.
Dessertteller 7, 8, 12 Pf.
Kuchenteller 35 Pf.
Fruchtschalen 50, 75 Pf.
Kabarettts 90 Pf. 1.30
Tortenplatten 45 Pf.
Menagen 18 Pf.
Platten 23 Pf.

Kaffeesevice

fein dekoriert, für
2 Personen, 6 teilig .. 1.95
für 6 Pers.,
9 teilig .. 2.25 bis 4.25
für 12 Personen,
15 teilig 5.40
für 12 Personen,
16 teilig 6.25

Tafelgeschirr, Weiss

Feston-Form

Speiseteller tief 17, flach 15 Pf.
Dessertteller 12 Pf.
Kompotteller 8 Pf.
Bratenschüss. oval 20 bis 95 Pf.
Bratenschüsseln rund 45 Pf.
Kartoffelnäpfe .. 65, 95 Pf.
Saucieren 32, 40 Pf.
Terrinen 95 Pf. bis 1.55
Kompottschüsseln 12 b. 60 Pf.

Kaffeekannen ... 35, 45 Pf.
Milchtöpfe 6 bis 15 Pf.
Teekannen 45 Pf.
Zuckerdosens 15 Pf.
Tassen 12 Pf.

Tafelservice

feine Randdekoration
für 6 Pers., 30 teilig 22.00
feine Randdekoration
für 12 Pers., 60 teilig 51.00

Glas

Neue Pressglasgarnitur

„Wilson“

Kompottschüsseln 6 bis 45 Pf.
Kompotteller 5 Pf.
Konfekteller 4 Pf.
Kuchenteller 27, 40 Pf.
Butterdosen 23 Pf.
Käseglocken 55 Pf.
Fruchtschalen 80 Pf.
Zuckerschalen 9, 13 Pf.

Restbestände

von d. Pressglasgarn. „Brüssel“
bis zur Hälfte der bisherigen Preise

Butterdosen 18, 25 Pf.
Käseglocken 35 Pf.
Kuchenteller 40, 50 Pf.
Kompottschüsseln 10 b. 50 Pf.
Kompotteller 5, 7 Pf.
Zuckerschalen ... 10, 12 Pf.

Trinkglasgarnitur

geschliffener Stiel m. Goldrand,
zu ganz besond. billigen Preisen

Rotweingläser 35 Pf.
Biertulpen 35 Pf.
Champagner-Schalen 35 Pf.
Likörgläser 25 Pf.

Steingut

Ein Posten Weisses Tafelgeschirr

mit kleinen Fehlern

Speiseteller tief und flach .. 5 Pf.
Dessertteller 4 Pf.
Kompotteller 3 Pf.
Bratenschüsseln 12 bis 25 Pf.
Terrinen 55, 65 Pf.
Kartoffelnäpfe 35 Pf.
Saucieren 20 Pf.
Salatschüsseln ... 6 bis 33 Pf.

Tafelgeschirr „Jeddo“

reich dekoriert, blaues Muster

Speiseteller tief und flach 25 Pf.
Dessertteller 20 Pf.
Kompotteller 17 Pf.
Kartoffelnäpfe 2.05
Saucieren 1.10, 1.35
Kompottschüss. 40 Pf. bis 1.10
Bratenschüss. 65 Pf. bis 2.10
Kaffeekannen 55 Pf. bis 1.05

Tafelgeschirr

blaues Zwißelmuster

Speiseteller tief und flach .. 11 Pf.
Dessertteller 9 Pf.
Kompotteller 8 Pf.
Bratenschüss. oval 23 bis 95 Pf.
Kompottschüss. 23 bis 68 Pf.
Kartoffelnäpfe 70 Pf. 1.10
Saucieren 60, 90 Pf.
Milchtöpfe 20 bis 95 Pf.
Tassen 13 Pf.

Ein Posten dekoriertes

Waschgarnituren
grosse, moderne Formen, 5teilig
6.50, 9.50, 10.00

Wasserkannen Eisenbein 38 Pf.
Waschschüsseln Eisenbein .. 75 Pf.
Wasserkannen dekoriert .. 1.65
Waschschüsseln dekoriert 1.65

Grosser Verkauf von Waschstoffen

Grosser Verkauf von Seiden-Resten

Inventur-

Verkauf der Firma
Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Berlin, Spindlerhof.

Bis **50%** unter
Preis.

Die Originalpreise sind auf Grund
äußerst spizer Kalkulationen
normiert.

Diese aussergewöhnlich günstige
Inventur-Kauf-Gelegenheit
besieht sich auf:

Gardinen, Stores, Füllbettdecken
Vorhänge, Teppiche u. Steppdecken

Berlin C, Wallstr. 13

am Spindlerhof u. Grünstraße.
Telegraphen-Nr.: Gardinenhaus.

Die Firma unterhält keine Filialen.
Verkauf nur Spindlershof!



Borussia Malzbier

für Kranke

Appetitanregend Nährhaft Bekömmlich

Diesen Sprechapparat verfenden wir kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen
Pathé-Platten. — Pathé-Platten werden ohne jeden Nadelwechsel mit einem unver-
änderlichen, polierten Saphirstift gespielt, der die Platte nicht zerstört. Pathé-Platten
sind deshalb bei ihrem niedrigen Preise von nur 3.50 Mark pro Doppelplatte (2 Stücke)
nicht nur die besten, sondern auch die billigsten Platten. — Für die Pathé-Platten
singen die größten international bekannten Künstler, und so ist unsere Sendung der

beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté, Konzert

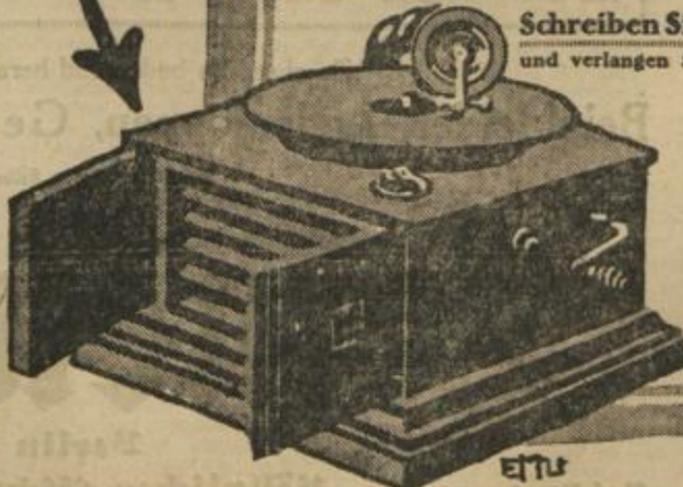
Der Preis unseres herrlichen Luxus-Apparates in echt Eiche mit der neuen großen Pathé-
Konzert-Schalldose, die alle bisherigen Schalldosen weit in den Schatten stellt, beträgt
nur 60 Mark. Dieser Preis ist ebenso billig wie bar und nur durch unseren ungeheuer
großen Verkauf möglich. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten
monatlich nur 3 Mark, bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportspesen zu zahlen.

Schreiben Sie uns also noch heute Ihre Adresse
und verlangen Sie unsere Probesendung. — Postkarte genügt.

Bial & Freund, Breslau II
Postfach 120/406

Freunden ganz luxuriöser Apparate empfehlen wir unser
Salon-Pathéphon aus Mahagoni
zum Preise von 120 Mark. Dazu liefern wir 20 Stücke
auf 10 Pathé-Riesenplatten à 4.50 Mark. Monatsrate 6 Mark.
Zusendung erfolgt wie oben ebenfalls 5 Tage zur Probe.

Illustr. Preisliste über andere Sprech-
apparate, sowie über
Violinen, Celli, Mandolinen, Zithern,
Gitarren, selbstspielende Musikwerke gratis!



Stavistraße 32-39,

Querstraße an der Müllerstraße,

sind in neu erbauten Häusern mit Hofgärten (Teppichkloppplatz und
Rückhöfen im separaten Hof, Keller-Eingang)

1 und 2 Zimmer-Wohnungen
mit Warmwasserversorgung

per sofort oder 1. April 1913 billig zu vermieten.

Sie erfragen im Verwaltungsbureau, Nr. 35/36. 367/18*

Die am Sonnabendmorgen in das Schanklokal am Grünen Weg kamen, wurden auch sie verhaftet.

Ueber das Blagwitzer Verbrechen sei folgendes aus der Erinnerung wieder aufgeführt: In der Nacht zum Pfingstsonnabend des Jahres 1905 brannte die historische Mühle von Blagwitz im Kreise Löwenberg in Schlesien mit dem Wohnhaus und den Wirtschaftsgebäuden bis auf die Grundmauern nieder. Als man aufsuchte, fand man unter den Trümmern die verkohlte Leiche eines Besitzers, des Mühlenmeisters Knappe. Der alte Mann verbrachte seinen Lebensabend einsam auf seinem Grundstück. Sofort war man der Überzeugung, daß das Anwesen und sein Besitzer einem Brandstifter zum Opfer gefallen war. Es gelang bald darauf, zwei Mittäter an dem Verbrechen zu ermitteln. Es waren die Maurer Wilhelm und Reinhold Pietzsch aus Schönborn bei Breslau, junge Burden von 17 und 21 Jahren. Die beiden gestanden sofort nach ihrer Verhaftung, daß der Mörder August Sternidel von den alten Mühlenbesitzer erschlagen und beraubt und dann die Gebäude in Brand gesteckt hatte, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Sternidel wurde im Januar 1908 in Wernstedt verhaftet, erwiderte aber dem ihn festnehmenden Gendarmen durch einen Sprung aus dem Fenster. Auch einer zweiten Verhaftung auf freier Felde entging er, indem er dem Gendarmen einen Stoß versetzte und die Flucht ergriff.

Gerichts-Zeitung.

Der Fleischtravall auf dem Wedding.

bei dem es am 24. Oktober 1912 vormittags in der Schererstraße zu einer Demolierung des Fleischladens von Morgenstern kam, hat eine Frau Herrmann eine Anklage wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung einer Morgensternschen Verkäuferin eingebracht. Am 24. Oktober, vormittags zwischen 11 und 12 Uhr, war Frau Herrmann mit einer ihr unbekanntem Frau, die auf dem Heimweg aus der Markthalle sich ihr angeschlossen hatte, durch die Reinoldsdorfer Straße gegangen und soll hier über die Verkäuferin Fräulein Garz, die mit der Kassiererin Fräulein Jansen ihnen entgegenkam, gesagt haben: „Das ist auch ein Luder von Morgenstern!“ Frau Herrmann wird noch beschuldigt, Fräulein Garz auch am Arm festgehalten zu haben, und die unbekanntem Frau soll dann dem Fräulein Garz die Haare gerauft und ihr einen Schlag ins Auge gegeben haben. Das ist die Darstellung der Verkäuferin Fräulein Garz, die nach jenem Zusammentreffen mit den beiden Frauen sich drei Schutzleute herbeiholte, aber nur noch Frau Herrmann feststellen lassen konnte. Auf den von Fräulein Garz gestellten Strafantrag schritt die Staatsanwaltschaft ein, wobei sie ein öffentliches Interesse wohl deshalb als vorliegend erachtete, weil sie einen inneren Zusammenhang mit den gegen Morgenstern sich richtenden erregten Auftritten annahm.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Wedding (13. Abteilung), wo gestern gegen Frau Herrmann verhandelt wurde, erklärte die Angeklagte, sie habe die ihr zur Last gelegte Äußerung nicht getan, auch nicht Fräulein Garz am Arm festgehalten. Eben deshalb, weil sie sich nichts hatte zuschulden kommen lassen, sei sie nicht, wie ihre Begleiterin, vor den Schutzleuten geflohen. Sie habe das, als es ihr beim Herannahen der Schutzleute von Straßepassanten geraten wurde, sehr bestimmt abgelehnt, aber sie sei dann allerdings, wie man es ihr vorausgesetzt hatte, selber festgenommen worden. In ihrer Darstellung des Sachverhalts sagte die Angeklagte, die beiden Angestellten Morgensterns seien ihnen begegnet und hätten dabei aufgelacht, anscheinend darüber, daß bei jener Frau, die erst kürzlich ein Wochenbett überstanden hatte, die Milch durchgetreten war und die Kleidung genäht hatte. Die Frau, die ohnedies etwas aufgeregt gewesen sei, habe ärgerlich mit einem Stuhl Handstreich nach Fräulein Garz geworfen und dabei gesagt: „Das waren welche von Morgenstern.“ In der Weiterüberhebung hielt die Zeugin Klara Garz ihre Angabe mit großer Bestimmtheit aufrecht und sie erklärte es für unmöglich, daß sie sich geirrt habe. Davon, daß sie über die Frau gelacht habe, sei ihr nichts benützt. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Theodor Liebkecht, äußerte seine Vermutung darüber, daß diese Zeugin, die aus Anlaß des Fleischtravalles schon wiederholt in Prozessen als Zeugin aufgetreten sei, stets mit so großer Bestimmtheit die von ihr beschuldigten Personen wiederzuerkennen glaube. Untersuchungen über ihre Angaben von der Kassiererin Fräulein Jansen. Dagegen bestritten zwei Frauen, die hinter Frau Herrmann gegangen waren, Frau Herrmann sei ganz unbedeutend ge-

wesen. Eine Frau Veier hat bemerkt, daß die beiden Mädchen in der Tat ausgelacht und dann von Frau Herrmanns Begleiterin verfolgt wurden, während Frau Herrmann rief: „Lassen Sie sie doch laufen!“ Als nachher die Schutzleute kamen, habe Fräulein Garz zunächst sie, die Zeugin Veier, irrtümlich beschuldigt und erst dann auf Frau Herrmann gewiesen.

Der Anwalt hielt sich an die Aussagen der Belastungszeuginnen Garz und Jansen und beantragte gegen die Angeklagte 10 M. Geldstrafe. Daß gerade die Angaben dieser Zeuginen nicht als zuverlässig anzusehen seien, hob der Verteidiger, Rechtsanwalt Th. Liebkecht, hervor. Es sei begreiflich, daß sie gerade damals sich in erregter Stimmung befanden und in ihrer Beobachtung sich geirrt hätten. Gegen sie spreche, daß ihre Darstellung durch die anderen Zeuginen widerlegt werde. Die Angeklagte sei freizusprechen. Das Gericht kam zu einer Verurteilung, doch sah es 5 M. Geldstrafe als ausreichend an.

Aus polizeilicher Quelle.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte (140. Abteilung) hatte gestern gegen den Redakteur Hans Sartorius als Verantwortlichen des „Volksanzeiger“ sowie gegen die Journalisten Braam und Steinberg eine Beleidigungsklage zu verhandeln. Kläger waren ein Konditor Ligatsch und ein Arbeiter Boehme, über die der „Volksanzeiger“ am 2. April 1912 die Mitteilung gebracht hatte, daß sie als „Straßenräuber“ festgenommen worden seien. Sie hätten, so las man in jener Notiz, einen Monteur Koschinsky auf offener Straße überfallen und ihn seines Portemonnaies beraubt und seien dann entflohen, der Kriminalpolizei aber sei es gelungen, sie mit Hilfe eines zurückgelassenen Hutes jezt zu ermitteln. Daß Ligatsch und Boehme unter der Beschuldigung, jenen Koschinsky überfallen und beraubt zu haben, festgenommen worden waren, war richtig. Es kam aber nicht zur Erhebung einer Anklage gegen sie, weil sie schon auf Grund des Ergebnisses der Voruntersuchung außer Verfolgung gesetzt werden mußten. Ligatsch und Boehme fühlten sich beleidigt durch jene Notiz, in der sie ohne weiteres wie zwei der Tat überführte Straßenräuber behandelt worden waren, und erhoben Beleidigungsklage gegen den „Volksanzeiger“-Redakteur Sartorius. Als dieser erklärte, die Notiz sei in der durch ihn veröffentlichten Form von der Polizei selber ausgegeben und durch die polizeioffizielle Korrespondenz von Braam und Steinberg verbreitet worden, wurde die Klage auch auf Braam und Steinberg ausgedehnt.

Gestern war vor Gericht nur Kläger Ligatsch erschienen, so daß das Verfahren, soweit Kläger Boehme in Frage kam, auf dessen Kosten eingestellt werden mußte. Dem Kläger Ligatsch schlug der Vorsitzende einen Vergleich vor. Ligatsch wies auf den schweren Schaden hin, den die Zeitungsnote ihm gebracht habe. Er sei von seinen Arbeitskollegen in einer ihn kränkelnden Weise behandelt worden, und die Firma, bei der er beschäftigt war, habe ihn entlassen. Zwar habe sie, nachdem er außer Verfolgung gesetzt worden war, ihn wieder eingestellt, doch habe er immerhin den Arbeitslohn von drei Wochen eingebüßt. Der Angeklagte Steinberg führte aus, zu jener Zeit seien häufige Raubanfälle in dem betreffenden Stadtteil Berlins vorgekommen. Das sei den Behörden ein Anlaß gewesen, das Publikum zu warnen. Daher seien dann sie, Braam und Steinberg, aufgefordert worden, etwas über diese Raubanfälle zu veröffentlichen. Der Rechtsbeistand des Klägers, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, erwiderte, daraus könne nicht für die Angeklagten der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) hergeleitet werden. Das sei gegenüber der Presse ständige Rechtsprechung, die er selber übrigens bedauere. Gegen Steinbergs Behauptung, der Sachverhalt sei so gewesen, wie er in der Notiz geschildert war, bezog der Vorsitzende sich auf das Ergebnis der Untersuchung. Der Ueberfallene meinte, er habe eine Darstellung gegeben zu haben, die durch die Untersuchung nicht bestätigt wurde. Der Kläger wollte auf einen Vergleich eingehen, wenn ihm der Schaden ersetzt und die Kosten erstattet würden. Angeklagter Sartorius verlangte den Nachweis, daß gerade der „Volksanzeiger“ den Schaden angerichtet habe. Die Notiz sei doch auch von anderen Zeitungen gebracht worden, und sie habe als zuverlässig gelten dürfen, da ja die Korrespondenz von Braam und Steinberg polizeioffiziell sei. Rechtsanwalt Rosenfeld verwies darauf, daß man auch gegenüber polizeioffiziellen Nachrichten vorsichtig sein müsse.

Schließlich kam ein Vergleich zustande, worauf die Klage zurückgezogen wurde. Die drei Angeklagten erklärten, die Ueberzeugung erlangt zu haben, daß Ligatsch in der Notiz zu Unrecht des Strafenraubes beschuldigt worden sei. Sie übernahmen die Gerichts- und Anwaltskosten und verpflichteten sich, an Ligatsch 100 M. Schadenersatzkosten zu zahlen.

Unter „Alkoholtrud“.

Eine sogenannte „betrunkene Verschick“ beschäftigte gestern in längerer Verhandlung die 136. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-

die man nicht erlebt, haben ihren Verus zum größeren Teil verfehlt. Darum empfiehlt es sich, auf dem Jubiläumsweg noch einen Schritt weiter zu gehen und die Jubiläen pränumerando zu feiern. Auf der Schule, wo durch den Unterricht der historische Sinn besonders geweckt wird, muß die Feier der Jubiläen beginnen; Schüler müssen ihre künftigen fünfzigjährigen Jubiläen als Professoren, Offiziere, Generalintendanten usw. feiern. An einem solchen pränumerando-Jubiläum gratuliert der Direktor und das Lehrgangkollegium dem pränumerando Jubililar in einem Festsatz; selbstverständlich fällt an allen solchen Jubeltagen der Unterricht aus.

Aus diesen pränumerando-Jubiläen werden sich allmählich die Embryonal-Jubiläen entwickeln, die vor der Geburt des Jubilars gefeiert werden. Und wie nett wird es sein, wenn das gehnjährige Pieschen mit seinen Freunden und Freundinnen das fünfzigjährige Generalintendanten-Jubiläum des Sohnes feiern wird, den sie in einer etwaigen künftigen Ehe gebären wird. („Jugend“)

Konzen.

— Theater gefällig! Ein Inzerat im „Neuen Weg“ verflucht: Zwei Berliner Theater (eines befindet sich in Stottem Betrieb und das andere wird in bester Gegend neu gebaut) unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Für die Unterpächter, die die Vergütung und Instandhaltung des Hauses garantieren, sind bereits Respektanten vorhanden. Kapitalsträchtige Bewerber, die über circa 150 000 M. verfügen, wollen sich melden.

Das eine Theater soll das Friedrich-Wilhelmstädtische sein. — Esandis Nachfolger in der Leitung der staatlichen hayerischen Galerien ist jetzt definitiv der Maler Prof. Stadler geworden. So weit eine Mitteilung der neuen ministeriellen bayerischen Staatszeitung auf Allgemeinverständlichkeit Anspruch erheben kann, scheint er in einer nicht weiter zu definierenden Gemeinschaft mit dem Konservator Dr. Braun die Geschäfte führen zu sollen. Bemerkenswert ist, daß seit langem zum ersten Male wieder ein Maler zum Galeriedirektor ernannt wurde, wovon man aus guten Gründen abgesehen war.

— Eine Rechtsaußstelle für Zensurverfolgte will der württembergische Goethebund ins Leben rufen. Künstler, deren Werke von der Zensur verfolgt werden, soll idealer und praktischer Schutz gewährt werden. Solche Verfolger sind an das Generalsekretariat deutscher Goethebünde, Stuttgart, Dörmersstraße 11, zu richten.

— Auch Schuyler ist unter die Filmlieferanten gegangen. Sein Drama „Liebesel“ wird in Kopenhagen ins Filmische übersetzt, was bekanntlich etwas sehr Anmutiges, Ausdrucksvolles und — sehr Profitliches ist. — Bei der Gelegenheit sei nachgetragen, daß kürzlich die organisierten deutschen Bühnenschriftsteller ein Mitglied finden, weil es an ihrer hebräen Mitarbeiter an der Kultur des deutschen Volkes (in Gestalt von Filmromanen) Kritik geübt hatte. Dieses Mitglied hieß Julius Bab.

— „Schloßermage“, die Pöste von Hans Hyan, deren Aufführung verboten wurde, ist als Buch bei Dörrfeld u. Co., Berlin, erschienen.

Mitte. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und gefährlicher Körperverletzung war der Kommerzienrat Erich Marber angeklagt.

Eines Nachts im August d. J. spielte sich an der Autobroschfen-Gaststätte an der Ecke der Friedrich- und Jägerstraße eine tolle Szene ab. Die dort mit ihren Fahrzeugen haltenden Kraftwagenführer Voldt und Schulz bemerkten einen elegant gekleideten Herrn, der in Begleitung einer „Dame“ auf eine der Autobroschfen zusteuerte. Einer der Chauffeure hatte schon die Wagentür geöffnet, als plötzlich der Herr ausholte und der Dame eine laut knallende Ohrfeige versetzte. Die „Dame“ schien jedoch gegen diese Art der Verfertigung zärtlicher Gefühle nichts einzuwenden zu haben, denn sie machte ruhig lehrte und ging, als wenn nichts vorgefallen wäre, ihres Weges. Da der Herr, der sich später als der jetztige Angeklagte entpuppte, noch an dem Wagen stehen blieb, glaubte einer der Chauffeure, daß M. nicht einsteigen wolle und rief seinem Kollegen einige hierauf bezügliche Worte zu. Ob der Angeklagte dies falsch verstand und irgendeine beleidigende Bemerkung herausgehört hatte, war nicht zu ergründen. Der Angeklagte stürzte sich plötzlich wie ein angeschossener Eber auf den Chauffeur und schlug wie wild auf ihn ein. Der Angegriffene war so perplex, daß er die Flucht ergriff, während der Angeklagte mit erhobenem Stoch, immer um die Droschke herum, hinter ihm herlief. Als der zweite Chauffeur hinzutrat, erhielt er ebenfalls Schläge. Ebenso erging es dem Schutzmann Brandt, der durch den Lärm angelockt, hinzutrat. Der Angeklagte schlug sofort auf ihn ein. Es kam nun zu einer wüsten Rauferei, bei der der Angeklagte Säckenstricke entwickelte und schüttelte die ihn umdrängenden vier kräftigen Männer von sich ab. Erst nach großen Anstrengungen gelang es, den wie wild um sich schlagenden M. zu übermächtigen und in einer Droschke unterzubringen. Selbst hier noch schlug er mit Händen und Füßen um sich und versetzte einem der Beteiligten einen wuchtigen Fußtritt in das Gesicht. Auf der Polizeiwache kam es nochmals zu einer wüsten Szene, da der Angeklagte nochmals auf jeden, der in seine Nähe kam, einschlug.

Vor Gericht erklärt der Angeklagte, daß ihm die ganze Sache vollkommen unverständlich sei. Er habe sich am nächsten Tage an abfolot nichts mehr erinnern können. Von der Verfertigung war auf das Gutachten der Gerichtsärzte Dr. Marg und Dr. Fröh Leppmann Bezug genommen zum Beweise dafür, daß der Angeklagte die Straftaten tatsächlich in einem Zustande geistiger Verwirrtheit begangen habe. Der Sachverständige Dr. Leppmann behauptete, daß der Angeklagte ein schwerer Neurotiker sei, der, nachdem er sich längere Zeit des Alkoholgenusses enthalten habe, offenbar durch den plötzlichen übermäßigen Alkoholgenuss in einem Zustand verfallen sei, der als eine Bewußtlosigkeit im Sinne des § 51 anzusehen sei. Der zweite Sachverständige Gerichtsarzt Dr. Marg verneinte dagegen das Vorliegen des § 51. — Das Gericht kam trotz des Gutachtens des ersten Sachverständigen zu einer Verurteilung des Angeklagten, da dieser nach den Befragungen der Zeugen keinesfalls den Eindruck eines betrunkenen Menschen gemacht habe, sondern höchstens etwas angetrunken gewesen sei. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß es sich, wie beide Sachverständige bekundet haben, um einen schweren Neurotiker handelt, erkannte das Gericht auf Geldstrafe und zwar auf 600 M.

Der Schuttmann auf verbotenen Liebeswegen.

Das Landgericht Potsdam hat am 23. Oktober d. J. den Schuttmann Karl Pisch wegen verbotener Nötigung im Amte zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 26. Juli 1912 stand der Angeklagte am Ruinenweg in Potsdam auf Waage, als die Fabrikarbeiterin W. an ihm vorüberkam, die er bereits durch deren Freundin, mit der er intime Beziehungen gepflogen hatte, kannte. Er hielt die W. an und fragte sie, ob sie denn nicht wisse, daß sie wegen gewerksmäßiger Unzucht ins Arbeitshaus gebracht werden solle und bereits gefußt werde. Als die W. ihn hat, sie doch laufen zu lassen, erwiderte er, er wolle sie gehen lassen, wenn sie ihm zu Willen sei, wobei er ihr deutlich zu verstehen gab, daß sie sich ihm einmal hingeben solle. Das Mädchen wäre auch bereit gewesen, den Wünschen des Angeklagten zu willfahren, wenn nicht ihr jeweiliger Zustand der Ausführung der Tat hinderlich gewesen wäre. Als sich der Angeklagte von der Wahrheit der Behauptung des Mädchens überzeugte hatte, ließ er von ihr ab. In dem Verhalten des Angeklagten hat das Gericht ein verbotenes Vergehen gegen § 339 St.-G.-B. erkannt. Denn der Angeklagte wollte die W., indem er ihr mit einer Forderung, zu der er sogar verpflichtet war, drohte, bzw. indem er diese zu unterlassen versprach, zur Gewährung eines einmaligen intimen Verlebens nötigen.

Das Reichsgericht verwurft am Freitag die Revision des Schuttmannes.

Aus aller Welt.

Freudenhäuser für die Marine.

Dem „Hamburger Echo“ wird aus Wilhelmshaven geschrieben: Die Bürger der von Wilhelm II. besonders häufig besuchten Stadt Wilhelmshaven befinden sich seit einiger Zeit in bedenklicher Aufregung. Gilt es doch, in der Stadt, der der deutsche Kaiser unlängst erst das Coligny-Denkmal schenkte, einen lebhaften Abwehrkampf gegen die Errichtung eines Freudenhauses zu führen. Ein von Geisteskranken wenig gelogter Unternehmer hat bei der Polizeibehörde die Erlaubnis zur Errichtung eines Logierhauses für Prostituierte nachgesucht. Nun wäre ja an einem solchen Wunsche nichts Besonderes, indes will der gute Mann aber auch einen Restaurationsbetrieb mit Damenbedienung einrichten. Kurz, die Behörde soll die Konzeptionierung eines verbotenen Bordells bemerksstellen. Es klingt sonderbar; aber in Wilhelmshaven besteht bereits seit Jahren ein solches öffentliches Haus, dessen Betrieb wohl gegen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstößt, aber doch stillschweigend geduldet wird. Meint man doch, daß das regelmäßig längere Zeit abwesende Marinepersonal in Seestädten wie Wilhelmshaven Zutritt zu dergleichen Häusern haben müsse, anderenfalls Anfälle auf Frauen und Bürgerstöcker nichts Seltenes wären. Wegen die Errichtung weiterer Häuser, deren Genehmigung durch die Polizeibehörde bedürftig sein soll, wehren sich nun aber die in der Nähe der projektierten Häuser wohnenden Bürger. Keuchend aus moralischen Gründen, innerlich aber fürchten sie besonders einen Rückgang der Wohnungsmieten. Eine große Protestaktion ist eingeleitet. Der fromme Eigentümern Wohn aus Berlin wurde verschrieben und wettete gegen das drohende angebliche Unzuchtsgewinn. Ein Spahvogel machte den Vorschlag, eine alte Korvette, wie solche eine Anzahl im Hafen abgetaktet liegen, als Freudenhaus einzurichten und diese dann jeweilig, wenn hoher Besuch anwesend, mit den Insassen in eisen anderen Hafen zu fahren. Dieser Vorschlag erregte wohl großes Gelächter, er konnte aber in der Praxis keine Verwirklichung finden. In der neuesten Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich auch unsere Kommunalverwaltung mit der allenthalben lebhaft diskutierten Frage. Das Ergebnis der mehrstündigen Debatte war die Meinung, daß das benachbarte, auf Oldenburg Gebiet liegende Küstringen das zweite Bordell in seinen Mauern aufnehmen solle. Die Stadt Küstringen denkt aber gar nicht daran, Wilhelmshaven seinen Unrat abzunehmen. Da kein anderer Ausweg sich zeigt und man das stillschweigende Einverständnis mit der staatlichen Polizei fürchtet, ist jezt wieder Herr Wohn aus Berlin herbeigeholt worden, der das drohende Gespenst bannen soll wie einst Eugen Humold in Hameln die Rattenplage. Er hält Vorträge, in denen er die Bedürfnisfrage verneint und die Gefahren der Freudenhäuser in den greiflichsten Farben malt. So hat Wilhelmshaven eben seine Sensation und sein Dilemma, aus dem sich kein Ausweg finden will.

Kleines feuilleton.

Der Pariser Ringwall — „Les fortifs“, wie der Argot abkürzend sagt — wird endlich fallen. Der Pariser Gemeinderat und der Generalrat des Seine-Departements haben die vom Finanzminister und vom Seine-Präsidenten ausgearbeitete Uebereinkunft angenommen. Die Pariser Stadtbefestigung, aus einer Schanzmauer mit einem breiten Graben bestehend, hat eine Länge von 33 Kilometern. Ihre Breite beträgt 130 Meter. Ein militärischer Wert kam ihr schon lange nicht zu. Ihre letzte Verwendung fand sie im Verteidigungskampfe der Kommune gegen die Versailles Armee. Mit dem Wachstum der Bevölkerung, die für das innerhalb der Umwallung gelegene Gebiet noch immer 25 000 Menschen im Jahresdurchschnitt beträgt, wurde ihre Existenz zu einem immer lästigeren Hindernis der Stadtentwicklung und namentlich auch des Verkehrs mit den Vororten. Wenn der Spaziergang auf den eintönigen Wällen manchem Bewohner der an öffentlichen Anlagen armen Stadtbezirke auch eine bescheidene Erholung gewährte, so war doch der Befestigungswall mehr die Ursache des trübseligen Großstadtlebens, aber auch das Revier des gewalttätigen Raubhändlertums. Die „fortifs“ spielen nicht nur in der „Poésie“ Poésie der Kabarettmache eine große Rolle, sondern sie sind oft genug Schauplatz grausamer Bluttaten gewesen. Ihr Verschwinden wird Paris jedenfalls zugute kommen, vor allem auch darum, weil ein Teil des durch die Mauerung der Schanzen und die Ausfüllung des Grabens gewonnenen Gebiets zu öffentlichen Anlagen und Spielplätzen benutzt werden soll. Die Stadt Paris erwirbt die Befestigung wie die angrenzende, 250 Meter breite Militärgone vom Staat für 100 Millionen Frank. Sie erwirbt das Recht, die Besitzer der Gone innerhalb 33 Jahren zu expropriieren. Die Hälfte des aus dem Verkauf der Grundstücke zu erzielenden Gewinnes fällt dem Staat zu. Ein kleiner Teil der Baugründe bleibt für Volkswohnungen reserviert. Die sozialistischen Gemeindevorsteher haben vergebens versucht, seine Vergrößerung durchzusetzen. Das ganze Gebiet der Militärgone wird von der Verbannung freigehalten und für die öffentlichen Anlagen reserviert. An die Stelle der Mauer aber wird ein Gitter treten, dessen Herstellung 8 Millionen kosten wird — denn Paris hat ja immer noch die herrliche Einrichtung der kommunalen Verzehrungssteuer.

Humor und Satire.

Jubiläumreichum.

Der Graf Hülken hat mit einem festlichen Akt sein zehnjähriges Jubiläum als Generalintendant der königlichen Schauspiele gefeiert.

Es ist ein großer Fortschritt in der Kultur der Menschheit, daß die Großhändler, nur alle fünfzig Jahre ein Jubiläum zu feiern, einer modernen Auffassung Platz gemacht hat. Die Statistik lehrt, daß die Wahrscheinlichkeit, ein zehnjähriges Jubiläum zu erleben, größer ist, als bei einem fünfzigjährigen Jubiläum. Und Jubiläen,

Schiffkatastrophen.

Rugby, 11. Januar. Der Hamburger Schleppdampfer „Roland“ kollidierte heute früh beim zweiten Elbfeuer-schiff mit dem dänischen Dampfer „Arel“. Der „Roland“ ist sofort gesunken. Der Kapitän und vier Mann wurden gerettet, fünf Mann ertranken. Der „Arel“ ist am Bug leicht beschädigt.

Kiel, 11. Januar. Eine Felle vom Torpedoboot „S 70“ ist heute bei dem Versuch, ein bei Swinemünde angetriebenes Torpedo zu bergen, mit drei Mann, dem Torpedobootsmanntmann Grohmann und den Matrosen Mademacher und Schipper, auf noch nicht aufgeklärte Weise gesunken. Die Nachforschungen nach Boot und Leuten sind bisher ergebnislos geblieben.

London, 11. Januar. Der holländische Schooner „Kajena“, von Bremen kommend, scheiterte gestern abend während eines Orkans bei Carnouste, nahe Dundee. Von den an Bord befindlichen vier Mann wurde nur der Kapitän gerettet.

London, 11. Januar. Der deutsche Dampfer „Septomas“ wurde, als er in Barry Roads vor Anker lag, heute vor-mittag im Nebel von einem Handelsschiff aus dem Bristolkanal angerannt. Der „Septomas“ sank, doch wurden alle Leute an Bord gerettet.

Chinesische Barbaren.

In Schanghai eingetroffene Briefe der katholischen Mission aus Saining (Provinz Kwangsi) schildern die grausame Tötung von 89 Ausfägigen auf Befehl der chinesischen Provinzialbehörden. Die Ausfägigen lebten jahrelang im Walde, wenige Meilen vom Weichbild der Stadt entfernt. Angesichts ihrer erbarmungs-würdigen Verlassenheit suchten die katholischen Priester um die Erlaubnis nach, auf eigene Kosten eine Zufluchtsstätte für sie zu errichten. Die Behörden schlugen dies zunächst ab, später erteilten sie scheinbar die Genehmigung, ließen aber auf dem Paradiesfeld vor der Stadt eine Grube graben, ihren Boden mit Petroleum- getränktem Holz bedecken und, nachdem sie das Holz angezündet hatten, die ahnungslosen Ausfägigen mit Bajonett in die Grube hineintreiben, wo sie in Gegen-wart einer großen Menge in den Flammen umkamen. Außerdem wurden Belohnungen für die Entdeckung noch anderer Ausfägigen ausgesetzt. Seitdem ist wieder ein Kranke ergriffen worden, den man erschossen hat. Der Tatu hat eine Belohnung

erlassen, in der den Ausfägigen Verbrechen vorgeworfen werden, ohne daß der geringste Beweis für diese Verbrechen vorliegt. Die Be-hörden gehen soweit, sich ihrer Taten noch zu rühmen.

Aus dem Reiche der „christlichen Duldsamkeit“.

In einem ostpreussischen Dorfe, in der Nähe des Kurischen Haffs, ist von den Einwohnern jeder dritte vom heiligen Geist erleuchtet und jeder vierte gehört zu einer besonderen religiösen Sekte. Als kürzlich das ein Jahre alte Kind einer altlutherischen Familie starb, entschied der Pfarrer des Orts, daß die Altlutheraner bei der Beerdigung des Kindes den Kirchhof nicht betreten sollten. Als man mit der Leiche an das Kirchhofstor kam, war dieses ver-schlossen und vor ihm stand der hohe Kirchenrat, der die sündigen Leute nicht die „geweihte Erde“ betreten ließ. Die Leichenrede mußte deshalb vor dem Tor des Friedhofs gehalten werden. Darauf entspann sich noch ein Wortkampf zwischen den Altlutheranern und dem Kirchenrat, wobei auch recht unchristliche Worte fielen.

Nach langer Debatte öffnete der Kirchenrat die Tore des Kirchhofes und schied da die Lämmer von den Böden. Wer als rein be-funden wurde, ging durch das Tor ein, die Unreinen — in diesem Falle die Altlutheraner — wurden nach Hause gewiesen und durften an der Beerdigung des Kindes nicht teilnehmen. Sange und Klanglos mußte das Kind von seinem Vater verscharrt werden. Inzwischen paktete der hohe Kirchenrat auf, daß nicht einer der Alt-lutheraner in die Nähe der Beerdigungsstätte kam. So wird die christliche Bruderkiebe in der Praxis gehandhabt.

Smarte Geschäftsleute.

Außergewöhnliches Aufsehen erregt in New York die Verhaftung des Versicherungsagenten Gruetz, des Hauptes des so-genannten Brandstifter-Trüsts. Seit längerer Zeit trieb in ver-schiedenen Teilen New Yorks eine Verbrecherbande ihr Unwesen, durch die die Bevölkerung in die größte Unruhe und Aufregung versetzt wurde. Namentlich die Kerker der Armen, die in kleinen haufälligen Häusern wohnten, wurden häufig des Nachts durch Feueralarm aus dem Schlafe aufgeschreckt und konnten meistens nur das nackte Leben retten. Die Bande ließ durch Helfershelfer barockartige, alte Häuser ankaufen und sie gegen Feuergefahr sehr hoch versichern. Bald darauf wurden die betreffenden Häuser in Brand gesteckt, und die Verbrecher stießen die Prämie ein. Nach und nach haben sie in circa 800 Häuser die Brandfackel geworfen, und da sie immer die gleichen Stadtviertel heimsuchten, brach unter den Bewohnern eine Panik aus.

Kleine Notizen.

Mit 16 000 Mark durchgebrannt. Der Postkassierer Christian Gruel aus Bergen auf Rügen ist seit Freitag von dort spurlos verschwunden. Eine Revision ergab das Fehlen von 16 000 Mark Postkastengebern. Die Oberpost-direktion Stettin hat auf die Ergreifung des Flüchtigen eine Be-lohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Noch ein Warteaal für Abelige. In der Meldung der „West-fälischen Rundschau“: „Der Warteaal für Abelige“ ist zu bemerken, daß auch in Gelnhausen bei Hanau ein Warteaal erster Klasse existiert, der nur geöffnet wird, wenn einer der in der Nachbarschaft hausenden Zfenburger Fürsten erscheint.

Schwere Grubenunfälle. In dem Kohlenbergwerk bei Esch sind zwei Arbeiter verunglückt worden. Beide sind tot. — In den Gruben von Goro, Zwanowsky wurden bei der Einfahrt durch Absturz des Förderkorbs sieben Per-sonen getötet und fünf verwundet.

Eine lebende Fackel. In Rön überzog ein Dienstmädchen, das wegen eines bei ihrer Herrschaft begangenen Diebstahls ver-haftet werden sollte, sich mit Petroleum und Zünd etc die durchdränkten Kleider an. Das Mädchen wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Feuerungstragwerke in Nord-Spanien. Wie ein Telegramm aus Dreize meldet, brach infolge der durch Trockenheit verursachten Feuerung in Carballino ein Aufstand aus. Die Ein-wohner betwarfen das Rathaus mit Steinen, drangen in die Weinkeller ein, plünderten die Getreidelager und zogen dann in die benachbarten Ortschaften, bei ihrem Durchzuge alles verunstaltend. Militärische Verstärkungen sind erteilt worden.

Sizilianisches Brigantenleben. Bei Trapani auf Sizilien über-fielen vier mit Gewehren und Revolvern bewaffnete Banditen etnen Eisenbahnzug mit 200 Passagieren, den sie ge-walttätig zum Stehen gebracht hatten. Die sämtlichen Reisenden wurden vollständig ausgeplündert, worauf die Banditen die Flucht ergriffen. Alle Nachforschungen nach ihnen waren bisher erfolglos.

Eingegangene Druckschriften.

Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands. Dargestellt von J. Jaak. 121 Seiten. — Lohn-formen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Von G. Schmidt. 89 Seiten. Deutscher Landarbeiterverband, Berlin, Reichs-trichplatz 1. — Krankheit und soziale Lage. A. Vierung 4 R. Herausgegeben von Professor Dr. W. Woffe und Dr. med. G. Zugenbrech. J. F. Lehmanns Verlag in Wänschen. — Die Tot. 10. 80 Bl. C. Diederichs in Jena. — Der Tropenpflanzer. Nr. 1. Erscheint monatlich. Jährlich 12 R. Verlag Berlin. Unter den Linden 43. — Ber-handlungen bei der Gründung des Deutschen Germanischen Ver-bandes. 120 R. Leipzig und Berlin. Verlag von V. G. Teubner.

Tisloßbröw-Flopfmännchen



Leihen Sie abet bei Frau Anglistan für's Gausen anbeimlich eine Kasse „Tisloßbröw“

Die Qualität ist fusuorkognund!

Neue Ressource
Inh. Heinrich Pohlund
Michaelskirchstr. 39
Bellaal mit Bühne für 250 Personen.
Vereinshimmer von 10-50 Pers.

Café Meyer
Dresdener Str. 128/129
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Bl.
ca. 50 Zeitungen; Billard Stb. 60 Bl.
Zahntelle der Froien Volksbühne.

Spezialarzt
f. Haut-, Garm-, Frauenleiden,
nerd. Schwäche, Venenkrankheiten
Hr. Ehrlich Gata - Kamen in
u. Co. Lang
Laborat. f.
Blut-
untersuchung. Gaden f. Garm- und
gegenüber
Friedrichstr. 81, Gannostium.
Spt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Plomben, beste Aus-
führung, Billigste Preise.
Geat. 1889.
Invaliden-
str. 145, 11.

Technikum Berlin
Königsgrätzer Str. 90.
Tages-, Abendkurse.
Maschinenbau, Elektrotechnik,
Hochbau, Tiefbau, Werkmeister-
kurse. — Dauer 1 Jahr.
vierteljährl. 20 M.
Dr. Matthes, Inh.

170 000 Mark
und im ganzen oder in geteilten
Posten an Haus- u. Ackerhypotheken
lange Jahre unkündbar zu billigen
Sätzen auszuliehen. — Wünsche und
zu richten unter „Hypothekengeld“ an
Haaensteln & Vogler A.-G., Magdeburg.

Ziehung unwiderruflich 15. Januar

Kösliner Lotterie

4171 Gewinne im Gesamtwerte von Mark

60000
15000
7500

Hauptgewinne

Lose 1 Mark 11 Lose sortiert aus
versch. Fass. 10 M.
Porto und Liste 25 Pl. extra.

H. C. Kröger, Berlin W8
Friedrichstr. 193 a

Wie in allen durch Plakate erkannt. Verkaufsstellen.

Musikinstrumente

5 Tage zur Probe mit bedingungslosem Rücksendungsrecht.

Neu! Piano-Mandoline Eine neuartige
Gitarre-Zither
mit Piano- und Mandolinenapparat, kann nach unterlegten
Notenblättern oder Albums sofort von jedermann gespielt
werden. Hochfeine Ausführung, tief-schwarz poliert, 74 Saiten,
6 Begleitakkorde, mit Karbon, Schlüsseln, Ring, Stim-
mplatte, 6 Notenblättern. Preis nur 35 Mk., Monatsrate
2 Mk.

Zimmer- und Orchester-Geigen
Nr. 10. Modell Guarnerius, sehr
fein lackiert, rot schattiert, mit
Ebenholzsattel, ff. Bogen
mit poliert. Stange, Neusilber-
bogen und Schraube, französ.
Form mit Kalkböhler-ig,
gefüttert. — Preis **2 Mk.**
40 Mk., Monatsrate **3 Mk.**
60 Mk., Monatsrate **3 Mk.**
Verlangen Sie sofort unsere
Probensendung per Postkarte.

Bial & Freund, Postfach 120/389 Breslau II

Illustr. Preisliste ab. Akkordzithern, Gitarrenzithern,
Konzertzithern, Mandolinen etc., Geigen in höheren
Preislagen, Celli, selbstspiel. Musikwerke,
Sprechapparate mit nodellos, Pathéplatten gratis

Schöneberg. Schöneberg.
Neue Rathaus-Säle, Martin-Luther-Str. 69.
Inhaber: Emil Ebrecht. 59852
Heute sowie folgende Tage:
Um Linnel alle Sonntage: **Großes Volksfest.**
Hierzu ladet freundlichst ein **Der Wirt.**

**Haut-
röte**

sowie alle Arten von Hautunreinig-
keiten, Hautausschlägen wie Bläs-
chen, Miliefflecken, Flechten, Finnen,
Wickeln, Pusteln usw. verschwinden
durch täglichen Gebrauch der echten
**Streckensperd-
Teerschwefel-Seife**
von Bergmann & Co., Radebeul.
Stück 50 Pf. Ueberall zu haben.

Siegels Festsäle
Große Frankfurter Straße 30.
2 Kegelbahnen □ Theaterbühne.
Saal, 300 Personen fassend, für März, April
noch frei.

Nach dreijähriger Tätigkeit am
Kaiser- u. Kaiserin-Friedrich-Kinder-
krankenhaus zu Berlin habe ich mich als
Spezialarzt f. Kinderkrankheiten in
Steglitz, Albrechtstr. 104 (Tel.:
Steglitz 1296), niedergelassen. 8/7
Dr. med. A. Philippborn,
Sprechstunden: 8-9 1/2; 4-5 1/2.

Einstimmig
urteilen
Arzt und Publikum
über
Lebertran-Emulsion
Marke P. B. (geschl. geschützt).
Der Arzt: Die mit von Ihnen
zur Verfügung gestellte Lebertran-
emulsion hat bei einer Anzahl meiner
Patienten sehr zufriedenstellende Er-
folge gehabt. Ich werde die Emulsion
sogar bei Kindern gern
verwenden. Dr. O. Berlin.
Die Stundin: Keine Qual habe ich
mehr mit meinen Kindern, seitdem
ich Ihre Lebertranemulsion gebrauchte.
Ebenso gut wie ihr Geschick ist, so
glänzend ist ihre Wirkung und bitte
ich um weitere 7 Flaschen.
1 Flasche 1.50 M., 7 Flaschen 9 M.

Zentral-Apotheke
Berlin-Friedrichsfelde a.

Inventur-Verkauf
Preise bedeutend
ermäßigt.
**Pelzwaren-
Fabrik** und
Lager von Stolas,
Krawatten,
Mullen, Pelz-
jackets, Pelzen,
Kindergerätern
usw.
Nur reelle Ware, von
der einfachsten bis
zur elegantesten. —
Tausende Sachen
auf Lager. Auch
Einzelverkauf zu
billigen Preisen.
Sonntags geöffnet.
F. Kalman,
Kurschnerstr.
nur Kommandantenstr. 15, I. Et.,
d. d. Southstr.
Tel.: Zentrum 3917. Geogr. 1904.

Die neue Manoli

Kardasch

das Beste für 3 M

INVENTUR-VERKAUF

Restbestände und andere Gelegenheitsposten kommen enorm billig zum Verkauf

Kleiderstoffe

Reinwollener Crêpe ca. 100 cm breit, waschbar, Me. er 125
 Reinwollener Batist 110 cm breit, elegante Qualität, Mtr. 125
 Reinw. Kleiderschotten 110 cm breit, Meter 165
 Reinwollener Cachemir 110 cm breit in viel. Farb. Mtr. 175
 Eolienne elegante halbseltdones Gewebe, 110 cm breit, Meter 235
 Reinw. Damentuch eleg. Kleiderware, ca. 130 cm br., schw. u. mar. 290
 Reinw. Blusenstoff mod. Streifen, Meter 60 Pf.
 Reinwollener Voile bedruckt, Meter 85 Pf.
 Grauer Kleiderstoff ca. 110 cm breit, Meter 95 Pf.
 Eleg. Kostümstoff ca. 130 cm breit, früherer Preis 5.25, jetzt 290

Waschstoffe

Voile aparte Dessins 45, 65, 85 Pf.
 Foulardine seidenglänzend 45, 65, 85 Pf.
 Kleiderleinen imit. 65, 95 Pf. 125
 Voile uni u. gem. ca. 110 breit 65, 95 Pf. 125
 Schweizer Stickereistoffe ca. 120 cm breit, Meter 175 290 375

Taschentücher

mit bunter Kante Stück 15 Pf.
 Stickereitücher Stück 25, 35, 45 Pf.

Kinder-Konfektion

Wollene garn. Kleidchen 1-4 Jahre 325 475 775
 Wollene große Kleider beste Verarbeit. für 5-8 Jahre 650 1050 1450
 Wollene große Kleider beste Verarbeit. für 9-12 Jahre 850 1250 1650

Wasch-Kinder-Kleidung

Blusen-Anzüge für 3-8 Jahre 75 Pf. 125 175
 Anzüge in verschiedenen Formen, für 3-8 Jahre 275 350 500
 Kittel-Anzüge für 2-4 Jahre 175 350 575
 Matrosen-Blusen aus Kadettstoffen, für 3-5 Jahre 225 für 6-8 Jahre 250 für 9-14 Jahre 300
 Farbige Kleidchen für 1-4 Jahre 125 195 295
 Farbige Kleider für 5-12 Jahre 275 425 550

Waschbare Matrosen-Anzüge „Kieler Art“

mit festem Kragen und Manschetten mit abnehm. Kragen, Mansch u. Armatück.
 für 3-5 Jahre für 6-8 Jahre für 9-12 Jahre für 3-5 Jahre für 6-8 Jahre für 9-12 Jahre
 3⁰⁰ 3⁵⁰ 4⁰⁰ 4⁰⁰ 4⁵⁰ 5⁰⁰

Jünglings-Anzüge hell und dunkel gemast. Cheviot, ein- und zweireilig 1450 2100
 Jünglings-Anzüge aus vorzüglichen Kammgarn- und Cheviot-Stoffen, mod. Verarbeitung 2700 2400
 Jünglings-Ulster grau und bräunlich-hs. Stoffe, zweireilig, moderne Formen 1950 2400

Seidenstoffe

Lyoner Seidenfoulards Meter 85 Pf. 110
 Schwarze Taffet- und Seiden Meter 110

3 Posten elegante Blusen-Kleider

Meter 85 Pf. Meter 135 Meter 185
 Hochaparte Blusen-Seiden sonst 4.30, jetzt 250
 Shantung-Rohseide franz. Fabrik, 70 cm breit, sonst 3.90, jetzt 290
 Palette-Seide 90 cm breit, elegante Kleiderware, sonst 3.90, jetzt 290
 Satin-Grenadine Reineide, doppeltbreites, mattes, glänzendes Gewebe für eleg. Kleider, sonst 5.90, jetzt 490

Schürzen

Blusenschürzen aus gutem Gingham, mit Borden garniert 95 Pf.
 Blusenschürzen aparte Garnierungen 165
 Damenschürzen elegante, aus sehr gutem türkisch gemustertem Satin und anderen Stoffen 195
 Kleiderschürzen mit Russenarm, aus sehr gutem, türkisch gemustertem Satin, aparte Garnitur 275
 Zierschürzen 50, 75 Pf.
 Teeschürzen weiss, mit sehr guten Stickereien, Träger- und Prinzessform, früherer Preis bis 300 145
 Kinderschürzen verschied. Größen 95 Pf.

HERMANN TIETZ

Phänomen Cigaretten

Phänomen Club 3³

German life 4³

Odaliska 5³

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit sechsjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.



J. Baer
 Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
 Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster, zur Anfertigung n. Maß.
 Joppen in jeder Preislage. Allerbilligste, streng feste Preise.

Vorwärts - Zigarre No. 90 1. Qualität 100 Stück zu 3.60 M.
 Musterkollektion von außerdem 10 verschiedenen Sorten, zusammen 200 Zigarren einschl. Porto für nur 6.50 M. per Nachn. Garantiert Umtausch od. Rücknahme, daher kein Risiko. Bitte verl. Sie Preisliste gratis.
 Gegründet 1898. P. Pokora, Zigarren- und Neustadt-Westpr. 140A



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E.G.m.b.H.)
 gegründet von organisierten Schneidergehilfen
 Berlin N.
 Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger
 Ulster, Paletots, Anzüge u. Joppen

Heute von 12-2 Uhr geöffnet.

△
 Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrbundes.

Zu Wasser und zu Lande priemt man
Grimm & Triepel
 Kantabak.
 Rollen 5 und 10 Pfennig. Stangen 5 Pfennig.

Die nächsten Aufgaben des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

In Jena findet der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes statt. Dieser Verbandstag ist in mehrfacher Hinsicht von großer Wichtigkeit. Am 31. März laufen in ganz Deutschland die nach der großen Aussperrung im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifverträge ab, und mit ihnen finden gleichzeitig viele vorher und nachher geschlossene Verträge ihr Ende. Daraus ergibt sich, daß für etwa 300 000—350 000 baugewerbliche Arbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen erneut geregelt werden müssen.

Richtlinien für die Lohnbewegung

festlegen müssen. Sicher ist, daß die Arbeiter einen Kampf nicht provozieren werden, ebenso sicher ist aber auch, daß sie für die außerordentliche Verteuerung der Lebensmittel, die seit dem letzten Vertragsabschluss stattgefunden hat, eine entsprechende Lohn-erhöhung fordern müssen, weil ohne sie eine starke Verschlechterung der Lebenshaltung der Bauarbeiter stattfindet. Auch wird sich ein Lohnausgleich für zurückgebliebene Gebiete sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit in Orten mit zu langer Arbeitszeit nicht umgehen lassen. Wenn die Unternehmer das nötige soziale Verständnis besitzen, läßt sich ein Kampf wohl vermeiden.

Die Arbeiter brauchen einen solchen Kampf, wenn er kommt, nicht zu fürchten. Sie haben in den letzten Jahren ihre Organisationen außerordentlich gestärkt und ihre Rassen gefüllt. Der Bauarbeiterverband allein wird am Schluss dieses Jahres rund 12 Millionen Mark Vermögen in seiner Hauptkasse haben, dazu kommen noch mehrere Millionen Mark Lokalfondsgelder. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes ist auf über 350 000 gestiegen. Diese Summen und die außerordentliche Opferwilligkeit, die die Bauarbeiter in allen bisherigen Kämpfen bewiesen haben, bürgen dafür, daß, wenn es die Unternehmer zu einem Kampf treiben sollten, die Arbeiter ihren Mann stehen werden. Das scheint auch die Reichsregierung eingesehen zu haben, die sich diesmal recht frühzeitig eine Vermittlung zwischen den beiden Parteien angelegen sein ließ, wohl um zu vermeiden, daß dem deutschen Wirtschaftsleben durch einen Streifenkampf erneut große Wunden geschlagen werden.

Außer der Lohnbewegung hat sich der Verbandstag mit mehreren wichtigen Fragen zu befassen, die der Vorstand des Verbandes den Mitgliedern in den letzten Wochen zur Diskussion vorgelegt hat. Die wichtigste von ihnen ist die

Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Wie jetzt hatte der Verband schon die Krankenunterstützung. Nach der Vorlage des Vorstandes soll diese Unterstützung beibehalten, daneben aber eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Wegen der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit, die im Januar und Februar im Bauverufe herrscht — die Arbeitslosigkeit beträgt in diesen Monaten 75 Proz. —, soll in diesen Monaten vorläufig Arbeitslosenunterstützung nicht gezahlt werden. In den übrigen zehn Monaten soll Arbeitslosenunterstützung für die Dauer von acht Wochen gewährt werden. Um die Kampfkraft der Organisation nicht zu schwächen, schlägt der Vorstand gleichzeitig eine Erhöhung der Beiträge vor, die nach seinen Berechnungen in normalen Zeiten zur Dedung der Arbeitslosenunterstützung ausreicht.

In den letzten Wochen ist diese Frage im Sachorgan eifrig diskutiert worden, und auch auf den Konferenzen der einzelnen Gauen, die in den letzten Wochen zur Klärung aller schwebenden Fragen einberufen worden sind, stand die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Vordergrund des Interesses. Bei der streng abnehmenden Haltung, die früher der Bauarbeiterverband unter Bömelburgs Leitung zur Arbeitslosenunterstützung einnahm, ist es begreiflich, daß ein Teil der Mitglieder der Einführung dieses Unterstützungszweiges auch jetzt noch ablehnend gegenübersteht. Von den Gegnern dieser Unterstützung wird besonders betont, bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung verliere die Organisation ihren Kampfscharakter und werde zu einer Unterstützungsvereinigung. Dieser Einwand ist auch früher im Bauarbeiterverband bei Einführung der anderen Unterstützungen geltend gemacht worden, und immer wurde er, wie auch bei anderen Organisationen, von der Entwidlung widerlegt. Die Zahl der grundsätzlichen Gegner dieses Unterstützungszweiges dürfte denn auch nicht groß sein. Groß ist anscheinend die Zahl derer, die für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sind, aber an der Vorlage des Vorstandes mancherlei auszusetzen haben. Die einen wünschen, daß die Unterstützung auch im Januar und Februar

gezahlt werde, andere wünschen höhere Unterstützungssätze oder niedrigere Beiträge, als der Vorstand vorschlägt usw. Sehr viele Mitglieder, die für die Einführung der Unterstützung sind, halten die Zeit vor der Lohnbewegung zur Beratung oder wenigstens zur endgültigen Erledigung der Frage nicht für günstig. Sie wünschen, daß die Sache bis nach der Lohnbewegung vertagt und alle Kräfte der Organisation auf die Bewegung konzentriert werden. Auch der Wunsch, die Entscheidung um eine ganze Verbandsperiode zu vertagen, ist geäußert worden. — Die meisten bis jetzt stattgefundenen Konferenzen haben der Einführung der Unterstützung grundsätzlich mit großer Mehrheit zugestimmt; auf einigen Konferenzen ist aber gleichzeitig ausgesprochen worden, daß man die Verhandlung oder Entscheidung der Frage erst nach der Lohnbewegung wünscht. Auch eine Abstimmung ist verlangt worden. Alles in allem läßt sich auf Grund der vorliegenden Nachrichten sagen, daß die große Mehrheit der Verbandsmitglieder anscheinend für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist. Zweifelhaft scheint nur, ob die Frage schon auf diesem Verbandstag endgültig zur Entscheidung kommt.

Außer der Einführung der Arbeitslosenunterstützung schlägt der Vorstand dem Verbandstag die

Schaffung von Jugendabteilungen

vor. Ihr Zweck soll sein: Die Unterweisung der Jugendlichen in den gewerkschaftlichen Grundbegriffen, Schutz vor übermäßiger Ausbeutung und roher Behandlung im Arbeitsverhältnis, Belehrung in beruflichen Angelegenheiten, Erweckung und Pflege des Bürgertums und Pflege der Geselligkeit. Die Mitglieder der Jugendabteilungen sollen für einen Beitrag von 10 Pf. (bei mehr als 25 Pf. Lohn 20 Pf.) Krankenunterstützung, Unterstützung im Todesfall, in bestimmten Fällen Reiseunterstützung und Unterstützung bei Entlassung während eines Lohnkampfes erhalten. Gegen die Schaffung von Jugendabteilungen hat sich fast niemand gewandt; auf den Konferenzen ist den Vorschlägen des Vorstandes fast überall ohne Diskussion zugestimmt worden.

Ein weiterer Vorschlag des Vorstandes betrifft die Errichtung einer

Unterstützungskasse

für die ehrenamtlich tätigen Mitglieder und die Angestellten des Verbandes. Unterstützung aus dieser Kasse soll gewährt werden: an Mitglieder, die im Dienste der Organisation einen ihre Gesundheit schädigenden Unfall erlitten haben, an Hinterbliebene solcher Mitglieder, deren im Dienste der Organisation erlittener Unfall den Tod zur Folge hatte; an Angestellte des Verbandes, wenn sie infolge Alters oder Invalidität dienstunfähig geworden sind, sowie Hinterbliebene dieser Angestellten. Ein weiterer Zweck der Unterstützungskasse ist die Vor- und Rückversicherung der versicherungspflichtigen Angestellten des Verbandes für die Zeit, wo ein Recht auf Rentenbezug aus der Angestellten- und Invalidenversicherung noch nicht besteht. Die Mittel zur Durchführung dieser Unterstützung sollen aus Beiträgen der Verbandshauptkassen und aus Beiträgen der Angestellten aufgebracht werden. — Auch gegen die Errichtung dieser Kasse hat sich Widerspruch nicht erhoben, so daß die Verwirklichung dieses Vorschlages ebenfalls gesichert erscheint.

Von den Vorschlägen zur Abänderung des Statuts ist besonders jener wichtig, der die Schaffung eines

Verbandsbeirates

bezweckt. Nach dem Vorschlag des Vorstandes sollen der Mitberatung und -Beschlaffung dieses Beirates unterliegen: die Vorbereitung besonderer agitatorischer Maßnahmen, die Vorbereitung von allgemeinen Lohnbewegungen und Tarifverträgen, die Erhebung von Ertragsbeiträgen, Anträge des Vorstandes auf Änderungen des Statuts, die etwa nötige Ergänzung des Vorstandes bis zum nächsten Verbandstag usw. Der Vorschlag läuft also auf eine Demokratisierung des Verbandes hinaus. Etwas höher Neues bringt dieser Vorschlag aber deshalb nicht, weil auch bisher schon in den alljährlich ein- oder mehrmals zusammenberufenen Konferenzen der Gauvorsitzenden eine Art Beirat bestand, der sich ganz von selbst aus der gewerkschaftlichen Notwendigkeit ergeben hatte.

Von den anderen Aufgaben des Verbandstages sei nur noch erwähnt die Wahl eines Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Genossen Th. Bömelburg, dessen Vertretung im Sommer dieses Jahres auf Befehl der Verbandskörperschaften der Genosse Fritz Paepelow übernommen hat.

verein produzierten Kohlen und Roheisen konnten jetzt zum Teil im Schwelmer Eisenwerk weiter bearbeitet werden. Diese Ergänzung bedurfte aber noch des weiteren Ausbaues und auf Grund der im letzten Hochkonjunkturjahre gesteigerten Gewinne waren verschiedene neue Bauten in Aussicht genommen worden. Die jetzt geplante Verbindung mit Burbach-Eich-Abteilungen bietet für den Bau des Schwelmer Bergwerksvereins auf Ausbau in einem gemischten Betrieb eine viel bessere Basis. Die Aktien des Bergwerksvereins sind sofort an der Börse erheblich im Kurse gestiegen (in einer Woche um 30 Prozent). Gegenwärtig beträgt das Aktienkapital 88 Millionen Mark. An Anleiheguthaben sind 11,4 Millionen Mark aufgenommen worden. Außerdem verfügt das Unternehmen über 11,42 Millionen Mark Reserven.

Während dieser Fusionenplan unbestritten ist, wurde ein weiterer Verschmelzungsprojekt der westdeutschen Eisenindustrie von einer beteiligten Firma in Abrede gestellt. Trotzdem ist es sicher, daß zwischen dem Rön-Müßener Bergwerks-Aktienverein in Kreuzthal, der A.-G. Neppener Walzwerk in Neppen und der Firma Dresslers Drahtwerke in Kreuzthal Verhandlungen über eine Verschmelzung oder Interessengemeinschaft schweben. Es würde sich dabei um eine Verbindung von einem reinen Hochofenwerk mit einem reinen Walzwerk und einem Drahtwerk handeln. Da alle drei Werke kleinere Unternehmen sind, kommt für die Verschmelzung weniger die Sorge um das Rohmaterial als das Verlangen nach besserer technischer Ausnutzung der Anlagen in Frage.

Der Rön-Müßener Bergwerks-Aktienverein (3 Mill. Mark Aktienkapital, 2 Millionen Mark Anleiheguthaben) hat seit vier Jahren überhaupt keine Dividende zahlen können. Die letzten Jahre schlossen mit Verlust ab. Das Neppener Walzwerk (1 1/2 Millionen Mark Aktienkapital) hat in früheren Jahren keine Dividende gezahlt, konnte aber im letzten Jahre 10 Prozent ausschütten. Im letzten Jahre hat es seine Produktion (Erarbeitung von Blechen, Stabeisen usw.) stark steigern können. Noch Ende 1912 erhöhte es sein Kapital um eine Viertelmillion. Die Verschmelzung mit dem Rön-Müßener Bergwerks-Aktienverein, der Roheisen produziert, bedeutet daher für das Walzwerk eine wesentliche Erleichterung und Verbilligung des Bezugs von Rohmaterial. Die Angliederung von Dresslers Drahtwerken erweitert zugleich die Ausnutzung der Anlagen des Walzwerkes, das Stabeisen, Bleche und Gusseisen produziert. Das Rön-Müßener Bergwerk wird hingegen seine Hochofenanlagen zur Produktion von Roheisen besser ausnutzen können. Das Walzwerk und die Drahtwerke werden größere Anforderungen stellen als der Roheisenverband, der bei einer Veteiligung von 80 000 Tonnen im Jahre 1911/12 nur 74 000 Tonnen Roheisen, im Vorjahre sogar nur 65 100 Tonnen abnahm. Da die technische Leistungsfähigkeit des Werkes aber 90 000 Tonnen beträgt, kann durch die Angliederung von Abnehmern die Unrentabilität des Unternehmens vermieden werden.

Aus Industrie und Handel.

Die Versorgung des deutschen Marktes mit Kohle.

Von einer Konjunkturperiode zur anderen behauptet sich die deutsche Industrie mächtig aus. Die volkswirtschaftlich festgelegten Kapazitäten, d. h. die gesamten Betriebsmittel werden immer umfangreicher. Ein Blick auf die weit über eine Milliarde Mark, die Jahr für Jahr in Handel und Gewerbe in Deutschland angelegt werden, gibt einen Anhalt. Es müssen also stets mehr Maschinen gepreßt werden, und der Kohlenbedarf des deutschen Marktes wächst unaußersichtlich. Der geschichtliche Prozeß vollzieht sich aber nicht nur in Deutschland; allenthalben auf der Erde entsteht Industrie. Das bedeutet für unsere weiterverarbeitenden Produktionszweige zweifellos vermehrte Konkurrenz und Absatzverengung; für die inländischen Kohlenzweide dagegen Abflächigung. Im Wettbewerb mit England hat der deutsche Kohlenbergbau seit der letzten Hochkonjunkturzeit dem auch wesentlichen Gebiet am ausländischen Markt gewonnen. Von entscheidender Bedeutung aber ist ein anderer Umstand: daß es der heimischen Montanindustrie während der letzten Jahre gelungen ist, ausländische Kohle am eigenen Markt zurückzudrängen. Die Einfuhr von Steinkohlen und deutsche Kohlegebiet entwickele sich nämlich in den Jahren 1907 bis 1912, ausschließlich des Monats Dezember, nach Millionen Tonnen folgendermaßen:

Table with 6 columns: Year, Jan-Nov, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Values range from 12,549,210 to 10,480,998.

Während somit der Import ausländischer Kohle im verfloßenen Jahre um 21,5 Proz. hinter der entsprechenden Einfuhr des Jahres 1907 zurückbleibt, ist die Ausfuhr in der nämlichen Zeit um 55,9 Proz. gewachsen. Die deutschen Zechen lieferten von Januar bis November 1907 erst 18,12 Millionen Tonnen Steinkohle ins Ausland; im Export belief sich im vergangenen Jahre auf nicht weniger denn 28,28 Millionen Tonnen. Der geschichtliche Bedarf des inländischen Marktes aber wurde durch eine kräftige Erweiterung der deutschen Kohlenproduktion befriedigt. Die Expansion der deutschen Montanindustrie während der letzten Konjunkturperiode kommt in folgender Tabelle zum Ausdruck, die die jeweilige Steinkohlenproduktion nach Millionen Tonnen angibt:

Table with 6 columns: Year, Jan-Nov, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Values range from 181,39 to 147,31.

Der Fortschritt, der Förderung befehleimigt sich also seit 1900 Jahr für Jahr. Es ist übrigens interessant, hier einen Vergleich mit der Entwicklung des britischen Bergbaus zu ziehen. Von 1891 bis 1911 vermehrte sich die Kohlenproduktion in Deutschland um 150 Proz., d. h. genau auf das Zweifelhafte; Englands Kohlenbergbau wies der Förderungsmenge nach gleichzeitig ein Wachstum von nur 47 Proz. auf. Oder in anderer Form: Im Jahre 1891 machte die deutsche Kohlenförderung genau 50 Proz. der englischen Gewinnung aus; 1911 brachte die deutsche Montanindustrie 85 Proz. der englischen Erzeugungsmenge zu Tag. Um schließlich die eingangs aufgeworfene Frage nach der Sicherung des deutschen Konsums ergut zu beantworten, so errechnet sich die Versorgung des deutschen Marktes aus den vordr gegebenen Ziffern über Förderung, Einfuhr und Ausfuhr. Danach stellte sich der unmittelbare Verbrauch von Steinkohle in Deutschland nach Millionen Tonnen auf folgende Quantitäten:

Table with 6 columns: Year, Jan-Nov, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Values range from 125,80 to 143,42.

Das daraus ersichtliche Wachstum der Volkswirtschaft ging in schnellerem Tempo vor sich als das Wachstum der Volkszahl; denn pro Kopf der Bevölkerung wurden im Jahre 1907 je 2091,79 Kilogramm Steinkohle konsumiert, 1912 dagegen 2167,27 Kilogramm. Wachstum der Volkszahl bedeutet, das heißt auch die vorstehende Aufstellung, nicht nur absolute, sondern auch relative Steigerung der Produktionskraft eines Volkes.

Die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft,

die die Petroleuminteressen der Deutschen Bank in sich vereinigt, veröffentlicht loben ihren Jahresbericht für 1911/12. In den von der Deutschen Bank finanzierten Petroleum-Unternehmungen sind nach dem Geschäftsbericht etwa 100 Millionen Mark deutsches Kapital angelegt. Diese Kapitalgabe besitzigt von neuem, daß die

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Neue Fusionen in der Montanindustrie.

In Hochkonjunkturzeiten wird die Frage der Rohstoffversorgung für die großen Industrieunternehmen von besonderer Bedeutung. Eine Störung oder auch nur Verzögerung in der Rohstofflieferung kann einen modernen Betrieb in die schwierigste Situation bringen. Die rasche und ausreichende Versorgung muß in solchen Zeiten mit besonders hohen Preisen gesichert werden und ein Teil der eigenen Gewinnsteigerung geht dadurch wieder verloren. Gerade in Hochkonjunkturperioden macht sich daher bei den Industrieunternehmen das Bestreben geltend, Rohstoffproduzenten anzuschließen. Eine Reihe von Fusionen sind aus diesen Gründen im vergangenen Jahre vollzogen worden, und auch im neuen Jahre werden bereits mehrere solcher Pläne mitgeteilt. In den Produktionsgebieten von Kohle und Eisen ballen sich Kohlenzweide, Eisenhütten, Walz- und Stahlwerke in großen genutzten Betrieben zusammen.

Daß diese Vorgänge vor nationalen Schranken nicht Halt machen, wenn das wirtschaftliche Interesse es erfordert, lehrt die geplante Fusion zwischen den Vereinigten Hüttenwerken Burbach-Eich-Abteilungen und dem Schwelmer-Bergwerksverein. Die Vereinigten Hüttenwerke, deren Areal zum größeren Teil auf außerdeutschem Boden liegt, sind selbst erst kürzlich aus einer Verschmelzung hervorgegangen. Die Burbacher Hütte und die Eicher Hütte (der Firma Le Gallais, Metz u. Co.) gingen im Jahre 1911 in der Dübellingener Hochofengesellschaft auf. Die Erzeugnisse der vereinigten Werke forderten im Jahre 1911/12 etwa 2,4 Millionen Tonnen. Die Hochofen lieferten 958 000 Tonnen Roheisen. Im Stahlwerk des Unternehmens wurden daraus 824 000 Tonnen Stahl und in den Walzwerken 888 000 Tonnen Fertigzeugnisse hergestellt. Allein aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Konzern zu einem der größten Hüttenwerke des Westens gehört. Sein Bedarf an Kohle und Koks ist daher recht erheblich; er dürfte etwa 1 1/2 Millionen Tonnen betragen. Bisher wurde

aber nur ein kleiner Teil davon selbst gefördert. Dieser Mangel muß die Angliederung des Schwelmer Bergwerksvereins steuern. Damit wird Burbach-Eich-Abteilungen zugleich unabhängig vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat, auf das die vereinigten Werke bisher angewiesen waren. Den Anforderungen der neuen großen, im Bau begriffenen Hochofen-, Stahlwerks- und Walzwerkanlagen der vereinigten Hütten in Eich wird damit von vornherein ein billiges Roh- und Betriebsmaterial gesichert.

Der Schwelmer Bergwerksverein förderte im letzten Jahre 2,9 Millionen Tonnen Kohlen und erzeugte 0,9 Millionen Tonnen Koks. Da er selbst nur eine geringe Menge Roheisen produziert, bestand bei ihm von jeher ein Bedürfnis, sich einen festen Abnehmer zu schaffen. Da Schwelmer nicht dem Kohlenyndikat angehört, war das Bedürfnis stetigen Absatzes um so größer. Ehe der Rastener Hüttenverein Note in den Rindorfer Kongress der Eisenhütten Bergwerks-Aktiengesellschaft gezogen wurde, hatte Schwelmer an die Note Erde geliefert. Seitdem befristet Schwelmer zwei Wege zur Verwertung seiner Förderung. Einmal schloß der Verein langjährige Lieferungsverträge mit den Rastener Eisen- und Stahlwerken ab; zum andern gliederte er sich selbst ein Eisenwerk an. Beide Wege haben für den Schwelmer Bergwerksverein keine befriedigenden Ergebnisse gebracht. Der Vertrag zwischen Rastener und Schwelmer sieht vor, daß die Kohlenpreise den Roheisenpreisen in einem bestimmten Stalaverhältnis folgen müssen. Da die Kohlenproduzenten im Kohlenyndikat stoff organisiert sind, die Roheisenverbände aber lange mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und auch die Gründung des neuen Verbandes auf weit lofterer Grundlage als im Kohlenyndikat erfolgt ist, stehen die Roheisenpreise relativ niedriger als die Kohlenpreise. Den Nachteil trug der Schwelmer Bergwerksverein, dessen Dividenden seit etwa 12 Jahren von 20 auf 16, 14, 12 und schließlich 8 Proz. sanken. Seit einigen Jahren verfolgt Schwelmer daher den Plan, seine Zechen zu einem gemischten Betrieb auszubauen. Im Jahre 1910 gliederte er sich die Schwelmer-Rön Eisenwerke an. Die vom Schwelmer Bergwerks-

Interessen der Deutschen Bank mehr in den Produktionsunternehmungen als in der von der Regierung vorgeschlagenen Petroleumvertriebsgesellschaft verankert sind. Das vergangene Jahr war ein Jahr hochgeleitener Petroleumpreise und brachte daher den an der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft beteiligten Unternehmen erhöhten Gewinn. So erhöhte die Produktionsgesellschaft Steana Romana, Bukarest, ihre Dividende von 8 auf 9 Prozent. Die Europäische Petroleum-Union, G. m. b. H., die eine gegen den amerikanischen Trust gerichtete Organisation der Deutschen Bank und russischer Produzenten darstellt, kam nach zwei dividendenlosen Jahren 10 Prozent verteilen. Der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft ist damit selbst eine Erhöhung der Dividende von 5 auf 7 Prozent ermöglicht.

Der Bericht sucht zugleich Stimmung für ein Reichspetroleummonopol zu machen. Es heißt u. a.: Wir dürfen mit Befriedigung feststellen, daß erst auf Grund der unter unserer Leitung geschaffenen und ausgedehnten Unternehmungen die Einführung eines staatlichen Petroleummonopols in praktische Erwägung gezogen werden konnte. Trotzdem hat unsere Gruppe nie, wie andere es getan haben, die alleinige Kontrolle der Reichspetroleumgesellschaft angestrebt. Selbstverständlich erwarten wir auch von einem Eingreifen der Regierung nicht die Wirkung, daß die uns nahestehenden Unternehmungen für ihr Recht auf günstigere Erlöse erhalten als andere Produzenten. Wohl aber hoffen wir, daß diese Unternehmungen, in denen etwa 100 Mill. Mark deutsches Kapital angelegt sind, und die, als einzige mit deutschem Kapital, erhebliche Mengen guten, für den Verkauf nach Deutschland in Betracht kommenden Leuchtöls erzeugen, in Zukunft solches Leuchtöl auch nach Deutschland liefern dürfen, ohne hierfür die Zustimmung der deutschen Agenten der Standard Oil Co. einholen zu müssen. In welcher Form ein staatliches Eingreifen erfolgt, ob durch eine Betriebsgesellschaft, durch reines Staatsmonopol oder ein staatlich kontrolliertes Kartell, ist für uns von untergeordneter Bedeutung.

Der Bericht teilt ferner mit, daß der amerikanische Trust vergeblich versucht habe, die Europäische Petroleum-Union aus England zu vertreiben.

Hochkonjunktur und Stahlkrise.

Der Aufschwung der industriellen Konjunktur zeigt sich auch in Nord-Amerika deutlich. Im Januar 1911 stellte sich der Auftragsbestand des amerikanischen Stahltruffs auf 3,1 Millionen Tonnen, im Dezember 1911 hatte er die Höhe von 5,1 Millionen Tonnen erreicht. Seitdem sind die Aufträge von Monat zu Monat weiter gestiegen. Im November 1912 betragen sie 7,85 Millionen. Im letzten Monat ist also eine neue Steigerung der Aufträge um 70.000 Tonnen eingetreten. Gegen den Jahresfuß 1911 arbeitet der Stahltruff mit um 2,9 Millionen Tonnen erhöhten Aufträgen.

Der Münchener Milchstreik beendet.

Nach zehntägigem Kampf endete die über München verhängte Milchsperrung mit einem gründlichen Fiasko der Milchbauern. Der Führer der geleimten Produzenten, sowie ein Kleinhändler und ein Kollektorbegleiter begaben sich in das Ministerium des Innern, um Minister v. Soden um seine Vermittlung anzusuchen. Die Konjunktur waren durch einen städtischen Beamten, unserem Genossen Magistratsrat Edward Schmid sowie dem liberalen Gemeindebevollmächtigten J. Schön vertreten. Nach vierstündiger lebhafter Debatte kam eine Einigung dahin zustande, daß der Milchpreis wie bisher 16 1/2 Pf. loco München pro Liter zweimal gelieferte und 16 Pf. loco München pro Liter einmal gelieferte Milch festgesetzt wurde. Ferner wurde der Abschluß einjähriger Milchverträge vereinbart. — Die hereingelegten Bayern können sich jetzt bei ihrem Führer, dem Zentrumsagitator Eichner und den wahrheitsliebenden Zentrumswahlzetteln bedanken.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterin in der Fabrik.

Die starke Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen, die ein so charakteristisches Merkmal der heutigen Wirtschaftsweise bildet, ist auch ersichtlich aus den Angaben der Gewerbeinspektoren über die Zahl der Arbeiterinnen im Jahre 1911 in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern. Wenn wir zum Vergleich die Zahlen des Jahres 1904 und 1910 heranziehen, so ergibt sich, nach dem Alter der Arbeiterinnen geordnet, folgende Aufstellung:

Alter der Arbeiterinnen	1904	1910	1911
unter 14 Jahre	4 100	5 856	5 970
von 14—16 Jahren	127 484	167 225	172 535
von 16—21 Jahren	879 179	489 180	518 085
über 21 Jahre	608 958	770 428	803 997
Gesamtzahl der Arbeiterinnen	1 119 719	1 482 689	1 496 187

Hierbei ist zu bemerken, daß die Zahlen für 1911 genau genommen, nur mit denen des Jahres 1910 vergleichbar sind, mit denen der früheren Jahre, also auch mit denen des Jahres 1904 dagegen nicht, weil mit dem Inkrafttreten der Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908 vom 1. Januar 1910 ab der Begriff „Fabrik“ aus der hier in Frage stehenden Gesetzgebung ausgeschlossen ist. Vom Jahre 1910 an sind danach die Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und die diesen gleichgestellten Betriebe gezählt, dagegen eine ganze Anzahl kleinerer Betriebe nicht mehr berücksichtigt. Trotzdem die Zählung also weniger Betriebe umfaßt, ist doch die Zahl der Arbeiterinnen vom Jahre 1904 bis 1910 gewaltig gestiegen, nämlich um 312 000. Schon diese Zahl, die nicht den ganzen Zuwachs der Fabrikarbeiterinnen in diesen 6 Jahren erfährt, gibt eine Vorstellung davon, wie ungeheuer schnell die Beteiligung der Frau an der Fabrikarbeit zunimmt. Genau nachweisen läßt sich diese Tatsache an den oben erwähnten Ziffern der Jahre 1910 und 1911. Im Jahre 1911 wurden im ganzen 83 548 weibliche Personen, gleich 4,43 Proz. in Fabriken mehr beschäftigt als im Vorjahre. Auffallend ist die traurige Tatsache, daß die Zahl der in Fabriken arbeitenden Kinder unter 14 Jahren im vorletzten Jahre wieder gestiegen ist und Ende 1911 fast 6000 betrug. Ein Beweis dafür, daß das Kinderschutzgesetz bei weitem nicht ausreichend ist und dringend der Verschärfung bedarf. Und wie viele Kinder mühen daneben von der Statistik nicht erfasst worden sein! Noch deutlicher zeigt sich die Mehrbeschäftigung der Arbeiterinnen bei Betrachtung der nächsten Altersgruppen. Die Zahl der 14- bis 16-jährigen Fabrikarbeiterinnen wuchs um 8310, die der 16- bis 21-jährigen Fabrikarbeiterinnen um 24 555 und die der über 21 Jahre alten gar um 33 569.

Die einzelnen Industriezweige zeigen sehr von einander abweichende Zahlen der dort beschäftigten Fabrikarbeiterinnen. Für die vier Gewerbe, die die höchsten absoluten Zahlen von Arbeiterinnen aufwiesen, ergibt sich die folgende Aufstellung:

Alter der Arbeiterinnen	Textilindustrie	Werkzeug- und Metallbearbeitung	Nahrungsmittel- und Genussmittel	Metall- und Eisenarbeiten
unter 14 Jahren	2 609	1 162	516	846
von 14—16 Jahren	54 040	44 006	20 457	11 651
16—21	148 913	126 505	61 426	29 808
über 21 Jahre	290 196	115 258	119 067	46 430
Gesamtarbeiterinnen	495 818	286 921	202 066	88 268

Ganz besonders hat die Fabrikarbeit der Frauen in der Textilindustrie Eingang gefunden. Sie verdrängt hier zum Teil die männliche Arbeitskraft. Den 56 709 jugendlichen Textilarbeiterinnen (unter 16 Jahren) standen nur 35 091 männliche jugendliche Textilarbeiter gegenüber. Noch stärker prägte sich das Ueberwiegen der weiblichen Arbeitskraft gegenüber der männlichen bei den jugendlichen Arbeitern der Bekleidungsgruppe aus, hier wurden 9388

männliche, jedoch 45 168 weibliche jugendliche Arbeiter gezählt. Annähernd dasselbe Verhältnis fand sich im Reinigungsgewerbe mit nur 624 männlichen und 2172 weiblichen jugendlichen Arbeitern.

Mit der fortschreitenden Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte wächst auch die Zahl derjenigen Arbeiterinnen, die in für Frauen durchaus ungeeigneten Betrieben beschäftigt werden. Es ist Aufgabe der betreffenden Organisationen, hier einzugreifen und die Frauen möglichst vor schädigender Arbeit zu schützen. Zu den Berufsarten, die als für Frauen ungeeignet angesehen werden müssen, gehören Bergbau, Baugewerbe und die meisten chemischen Industrien. Und doch finden wir in diesen Industrien noch Zehntausende von Arbeiterinnen, die schwere gesundheitliche Schäden durch ihre Arbeit davontragen. Folgende Zahlen zeigen die Anteilnahme der Arbeiterinnen in den schädlichen Gewerben:

Alter der Arbeiterinnen	Bergbau und ähnl.	Baugewerbe	Chem. Industrie
unter 14 Jahren	7	—	63
von 14—16 Jahren	1 056	30	2 764
von 16—21 Jahren	7 210	216	8 799
über 21 Jahre	9 457	843	14 908
Zahl der Arbeiterinnen	17 730	1 089	25 864

Die Zahl der beschäftigten weiblichen Jugendlichen unter 16 Jahren betrug demnach im Bergbau 1063, im Baugewerbe 30 und in der chemischen Industrie 2832. Der Anteil der jugendlichen Fabrikarbeiterinnen insgesamt an der Fabrikfähigkeit der Jugendlichen überhaupt belief sich im Jahre 1911 auf 34,45 Proz., im Jahre 1910 auf 35,38 Proz., ist also um einen kleinen Anteil gesunken. Die Zahl der beschäftigten Fabrikarbeiterinnen steigt allerdings bei weitem nicht an die der Arbeiter heran, hat aber doch allgemein sowie in den einzelnen Gewerbegruppen eine solche Zunahme erfahren, daß das Verhalten der Arbeiterinnen in vielen Berufen für die Gesundheit der Arbeitsbedingungen von wesentlicher Bedeutung ist. Wenn auch die weiblichen Arbeiter an den wirtschaftlichen Kämpfen leider noch nicht genügenden Anteil nehmen, so können sie doch durch Unterbreitung eines erheblichen ungünstigen Einflusses auf die Lohnverhältnisse ausüben. Daher muß es ernste Bestrebung jedes gewerkschaftlichen Zentralverbandes sein, auch die weiblichen Fabrikarbeiter zu organisieren. Sie müssen die Hauptkämpferrollen für die Ausbreitung des Organisationsgedankens unter den Arbeiterinnen bekämpfen. Diese finden sich bei den jungen Fabrikmädchen in der Gleichgültigkeit ersten Ranges gegenüber und in der Ansicht, von ihrer nur vorübergehenden Beschäftigung. Doch die Statistik beweist zur Genüge, daß die Berufsarbeit der Frauen immer mehr aufsteigt, nur von kurzer Dauer zu sein und mit der Heirat ihr Ende zu erreichen. Auch die Frauen der Arbeiterklasse werden ihre Berufstätigkeit als Lebensaufgabe ansehen und daher ein besonderes Interesse an dem solidarischen Zusammenhalten der Erwerbstätigen haben müssen.

Die Wahl einer Frau in den böhmischen Landtag, der jung-tschechischen Schriftstellerin Kikunietzky ist noch nicht als gültig anerkannt und zahlreiche Petitionen aus ganz Oesterreich nehmen für und gegen die Anerkennung Stellung. Der Landesauswahlschuss von Böhmen hat beschlossen, die Entscheidung dem Landtagsplenium vorzubehalten.

Lesenbende.

Groß-Vichtersfeld. Dienstag, den 14. Januar, 8 1/2 Uhr. Bei Erpel, Berlinerstr. 120. Vortrag der Genossin Jeeze über: Das Kulturwerk der Arbeit.

Allgemeine Familienverbände. Heute Zahl- und Aufnahmezeit von 3—6 Uhr im Restaurant Adlerstr. 122. Giltstalle der Grabare. Billeure und verw. Verlagsgenossen zu Berlin tagt jeden zweiten Montag im Monat, abends von 8—10 Uhr, im Restaurant Wallenstr. 1.

Inventur-Ausverkauf

Der diesjährige große Inventur-Ausverkauf umfaßt wieder bedeutende Restbestände erstklassiger Schuhwaren der letzten Mode zu weitest herabgesetzten Preisen.

Aus der Fülle der zum Ausverkauf gestellten Waren sind besonders hervorzuheben:

Herren-Schnür-Knopf-Zugstiefel (schwarz u. farbig) ♦ **Elegante Damen-Knopf- und Schnürstiefel** (schwarz u. farbig) ♦ **Herren-Lackstiefel** ♦ **Damen-Ball- und Gesellschaftsschuhe** ♦ **Damen-Halbschuhe** ♦ **Herren- und Damen-Schnallenstiefel** etc.

Hauptpreislagen für obige Schuhwaren:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
5⁸⁰	8⁹⁰	9⁸⁰	11⁸⁰	14⁸⁰
früherer Wert . . . 9.50	früherer Wert . . . 10.50	früherer Wert . . . 12.50	früherer Wert . . . 15.50	früherer Wert . . . 18.00

ges. gesch. Marke „Carola“ Kinderstiefel ges. gesch. Marke

in schwarz, braun, Lack etc. □ Garantie für gutes Tragen □ Nur breite Naturformen

Größe 25—26	Größe 27—30	Größe 31—35	Größe 36—40
früher 5 ⁵⁰ jetzt 3 ⁹⁰	früher 6 ⁵⁰ jetzt 4 ⁹⁰	früher 7 ⁵⁰ jetzt 5 ⁹⁰	früher 8 ⁵⁰ jetzt 6 ⁹⁰

Auf allen Waren ist der frühere Preis deutlich ersichtlich.

Besichtigung erbeten ♦ Kein Kaufzwang ♦ Man beachte die Schaufenster

Carl Stiller junior

W. Leipziger Str. 29
Ecke Friedrichstr. (Müllerhaus)

Hotel Fürstenhof
W. Königgrätzer Str. 124-129

S. Oranienstr. 155-156
Ecke Prinzessinnenstraße



Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse
 Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
 in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:
Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Otto Landsberg** über
 „**Heinrich von Kleist**“.
 Gäste, Männer und Frauen willkommen. [53/1] Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Portefeuller
 Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 15. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, in den
 Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Generalversammlung

Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht. 2. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1912. 3. Vortrag des Genossen E. Wising über: „Die Entwicklung der belebten Natur.“ 4. Disposition. 5. Verschiedenes.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
 156/3 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises
 Frankfurter Viertel, Reg. 257.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Wahlkreis
Fritz Preuß
 Holzmarktstr. 65, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 14. Januar, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung erwartet
 210/4 Der Vorstand.

Am 11. Januar cr., mittags
 1 Uhr, verstarb nach langem,
 schwerem Leiden mein lieber Mann,
 der Gehilft
Fritz Preuß
 Um stille Teilnahme bitte!
Frau Louise Preuß
 geb. Moewes,
 Holzmarktstr. 65.
 Die Beerdigung findet Dienstag,
 den 14. d. Mts., nachm. 2 1/2 Uhr,
 von der Halle des Zentral-Fried-
 hofes, Friedrichsfelde, aus statt.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser langjähriger Schrift-
 führer, Kassierer und zweiter Vor-
 sitzender der ehemaligen Sektion,
 der Gastwirt
Fritz Preuß
 (Holzmarktstr. 65 Bezirk 4)
 nach schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 14. Januar, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des hiesigen Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 72/2 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Branerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser langjähriger Schrift-
 führer, Kassierer und zweiter Vor-
 sitzender der ehemaligen Sektion,
 der Gastwirt
Fritz Preuß
 am 11. Januar 1913 im 61. Lebens-
 jahre gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 14. Januar, nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, auf dem hiesi-
 gen Friedhofe in Friedrichsfelde
 statt.
 Um rege Beteiligung wird ersucht
 42/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Metall-
 arbeiter
Wilhelm Schulz
 Ostwallstr. 3, am 9. d. Mts.
 an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Montag,
 den 13. Januar, nachm. 4 Uhr, von
 der Leichenhalle des Philippus-
 spiegel-Kirchhofes in der Köpenicker
 Straße aus statt.
 Um rege Beteiligung erwartet
 116/15 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung
 unseres lieben Sohnes, Erben und Schwagers
Karl Haase
 sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Aug. Haase, Prenzlau.

Verband der Maler, Lackierer etc.
 Filiale Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Lackierer
Otto Butschkau
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, den 13. d. Mts., nach-
 mittags 3 Uhr, auf dem Witten-
 berger Gemeindefriedhof in Mar-
 jahn statt.
 Die Kollegen treffen sich um
 2 1/2 Uhr auf dem Wriezener
 Bahnhof, Berlin O., Fruchtstraße,
 Ecke Hindalstraße.
 Um rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Nitzke
 Solmsstraße 36, im Alter von
 53 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung erfolgt am
 Dienstag, den 14. Januar, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, im Södelischen
 Krematorium in der Gericht-
 straße 37/38.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 77/13 Die Ortsverwaltung.

Nach langem Leiden verstarb
 am 9. d. Mts. unser gewesener
 Bevollmächtigter
Hermann Nitzke.
Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung Berlin O.
 der
Zentral-Kranken- und Sterbe-
kasse der Tischler. 20076

Am 11. d. Mts., morgens 6 1/2 Uhr,
 entschlief nach längerem Kranken-
 lager unser lieber Sohn und Bruder
 der Lithograph
Karl Brunzel
 im 21. Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
Grath Brunzel und Frau,
Margarete Brunzel.
 Die Beerdigung findet am Dienst-
 tag, nachm. 4 Uhr, von der Halle
 des Friedhofes in Baumhütten-
 weg, Rielholzstraße aus statt.

Dankfagung.
 Für die so überaus reiche Teil-
 nahme sowie die herrlichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Vaters, des Bäckers
Hugo Nitzschke sen.
 sagen die Hinterbliebenen allen Be-
 teiligten, insbesondere den Genossen
 des letzten Kreises, dem Verbande
 der Bäcker und Konditoren, dem
 Vorstande und den Beamten der
 Ortskrankenkasse für das Bäder- und
 Konditorgewerbe zu Berlin, dem
Nähergegangenen Morgen-
grauen und dem Kollegen Heilmold
 für die trostreichen Worte an der
 Bahre ihren herzlichsten Dank. 201
 Im Namen der Hinterbliebenen
Hugo Nitzschke jun.

Kranken-Unterstützungs- und
Begräbnisverein gewerbl. Arbeiter
 zu Berlin.
 Sonnabend, den 18. Januar,
 abends 8 1/2 Uhr,
 im Dresdener Garten, Dresdener
 Straße 45:
General-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Rechnungslegung pro 1912. 2. Wahl
 des Vorstandes und der Revisoren.
 3. Verschiedenes.
 Recht rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand. 251/8
 H. A. Friedrich Freudenreich, Vor-
 sitz, Adressfelde, Hannemannstr. 35.

Schwarze Kleidung
 Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M
 50, 40, 40 M
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M
 60, 50, 40 M
Frack-Anzüge 90, 80, 40 M
 65, 55, 40 M
Beinkleider 18, 15, 8 M
 12, 10, 8 M
 Fertige schwarze Kleidung
 für Knaben und Junglinge
 in größter Auswahl !!
 Feine Maß-Anfertigung
 in ca. 10 Stunden !!

Baer Sohn
 Kleider-Werke
 Berlin, Geogr. 191.
 Chausseestraße 29-30,
 11. Brückenkopf, 11,
 Gr. Frankfurter Str. 20
 Schöneberg, Hauptstr. 19.

Westmanns Trarermagazin
 Extra-Abteilung
 I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
 Straße 37a (2. Haus von der
 Jerusalemer Straße).
 II. Gesch.: Berlin NO., Große
 Frankfurter Str. 115 (2. Haus
 von der Andraasstraße).
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
 Hüte, Handschuhe, Schleier
 etc. v. einfachsten bis zum
 hochlegant Genrez. äußerst
 niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung:
Haarbefertigung in
 10 bis 12 Stunden.

Zentralverband der Hausangestellten
 Sonntag, den 12. Januar, in Halessee, Wilmersdorfer Straße,
 Johann-Georg-Straße 19:
Versammlung.
 Vortrag von Herrn Karl Greter: Das Recht der Hausangestellten.
 Saalöffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Nachm.: Tanz. 48/2

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe
 zu Berlin.
Außerordentliche
General-Versammlung
 am
Montag, den 27. Januar 1913,
 abends pünktlich 8 Uhr,
im großen Saale der Arminhallen,
Kommandantenstr. 58/59.
 Tagesordnung:
 Beratung und Beschlussfassung über das nach der R.-V.-O. ab-
 zuändernde Kasernenstatut.
 Die Vertreter zur Generalversammlung werden gebeten, zahl-
 reich und pünktlich zu erscheinen. Legitimation und Statuten-
 entwurf werden den Vertretern in der letzten Woche vor der
 Generalversammlung zugehen.
 Berlin, den 11. Januar 1913. 206/7
Der Vorstand. **Johannes Blenz,** **Otto Wontzki,**
 Vorsitzender. Schriftführer.

Tagesgespräch!!
 in Berlin und Umgegend bildet mein diesjähriger
Riesen-Möbel-Inventur-Verkauf,
 welcher bis zum 15. Februar er. stattfindet.
 Nur Speise-, Herron-, Schlafzimmer, Salons, Küchen,
 Leder- u. Polstermöbel, Standuhren, Planinos
bis 30 % billiger!
Möbelfabrik M. Hirschowitz, Berlin SO.,
 25. Skalitzer Straße 25.

Stoffe
 für Maß-Anzüge, Hüter, Valetots,
 Beinkleider etc. Nr. 4.-, 6.-, 8.-, 10.-, 12.-, 14.-, 16.-, 18.-, 20.-, 22.-, 24.-, 26.-, 28.-, 30.-, 32.-, 34.-, 36.-, 38.-, 40.-, 42.-, 44.-, 46.-, 48.-, 50.-, 52.-, 54.-, 56.-, 58.-, 60.-, 62.-, 64.-, 66.-, 68.-, 70.-, 72.-, 74.-, 76.-, 78.-, 80.-, 82.-, 84.-, 86.-, 88.-, 90.-, 92.-, 94.-, 96.-, 98.-, 100.-, 102.-, 104.-, 106.-, 108.-, 110.-, 112.-, 114.-, 116.-, 118.-, 120.-, 122.-, 124.-, 126.-, 128.-, 130.-, 132.-, 134.-, 136.-, 138.-, 140.-, 142.-, 144.-, 146.-, 148.-, 150.-, 152.-, 154.-, 156.-, 158.-, 160.-, 162.-, 164.-, 166.-, 168.-, 170.-, 172.-, 174.-, 176.-, 178.-, 180.-, 182.-, 184.-, 186.-, 188.-, 190.-, 192.-, 194.-, 196.-, 198.-, 200.-, 202.-, 204.-, 206.-, 208.-, 210.-, 212.-, 214.-, 216.-, 218.-, 220.-, 222.-, 224.-, 226.-, 228.-, 230.-, 232.-, 234.-, 236.-, 238.-, 240.-, 242.-, 244.-, 246.-, 248.-, 250.-, 252.-, 254.-, 256.-, 258.-, 260.-, 262.-, 264.-, 266.-, 268.-, 270.-, 272.-, 274.-, 276.-, 278.-, 280.-, 282.-, 284.-, 286.-, 288.-, 290.-, 292.-, 294.-, 296.-, 298.-, 300.-, 302.-, 304.-, 306.-, 308.-, 310.-, 312.-, 314.-, 316.-, 318.-, 320.-, 322.-, 324.-, 326.-, 328.-, 330.-, 332.-, 334.-, 336.-, 338.-, 340.-, 342.-, 344.-, 346.-, 348.-, 350.-, 352.-, 354.-, 356.-, 358.-, 360.-, 362.-, 364.-, 366.-, 368.-, 370.-, 372.-, 374.-, 376.-, 378.-, 380.-, 382.-, 384.-, 386.-, 388.-, 390.-, 392.-, 394.-, 396.-, 398.-, 400.-, 402.-, 404.-, 406.-, 408.-, 410.-, 412.-, 414.-, 416.-, 418.-, 420.-, 422.-, 424.-, 426.-, 428.-, 430.-, 432.-, 434.-, 436.-, 438.-, 440.-, 442.-, 444.-, 446.-, 448.-, 450.-, 452.-, 454.-, 456.-, 458.-, 460.-, 462.-, 464.-, 466.-, 468.-, 470.-, 472.-, 474.-, 476.-, 478.-, 480.-, 482.-, 484.-, 486.-, 488.-, 490.-, 492.-, 494.-, 496.-, 498.-, 500.-, 502.-, 504.-, 506.-, 508.-, 510.-, 512.-, 514.-, 516.-, 518.-, 520.-, 522.-, 524.-, 526.-, 528.-, 530.-, 532.-, 534.-, 536.-, 538.-, 540.-, 542.-, 544.-, 546.-, 548.-, 550.-, 552.-, 554.-, 556.-, 558.-, 560.-, 562.-, 564.-, 566.-, 568.-, 570.-, 572.-, 574.-, 576.-, 578.-, 580.-, 582.-, 584.-, 586.-, 588.-, 590.-, 592.-, 594.-, 596.-, 598.-, 600.-, 602.-, 604.-, 606.-, 608.-, 610.-, 612.-, 614.-, 616.-, 618.-, 620.-, 622.-, 624.-, 626.-, 628.-, 630.-, 632.-, 634.-, 636.-, 638.-, 640.-, 642.-, 644.-, 646.-, 648.-, 650.-, 652.-, 654.-, 656.-, 658.-, 660.-, 662.-, 664.-, 666.-, 668.-, 670.-, 672.-, 674.-, 676.-, 678.-, 680.-, 682.-, 684.-, 686.-, 688.-, 690.-, 692.-, 694.-, 696.-, 698.-, 700.-, 702.-, 704.-, 706.-, 708.-, 710.-, 712.-, 714.-, 716.-, 718.-, 720.-, 722.-, 724.-, 726.-, 728.-, 730.-, 732.-, 734.-, 736.-, 738.-, 740.-, 742.-, 744.-, 746.-, 748.-, 750.-, 752.-, 754.-, 756.-, 758.-, 760.-, 762.-, 764.-, 766.-, 768.-, 770.-, 772.-, 774.-, 776.-, 778.-, 780.-, 782.-, 784.-, 786.-, 788.-, 790.-, 792.-, 794.-, 796.-, 798.-, 800.-, 802.-, 804.-, 806.-, 808.-, 810.-, 812.-, 814.-, 816.-, 818.-, 820.-, 822.-, 824.-, 826.-, 828.-, 830.-, 832.-, 834.-, 836.-, 838.-, 840.-, 842.-, 844.-, 846.-, 848.-, 850.-, 852.-, 854.-, 856.-, 858.-, 860.-, 862.-, 864.-, 866.-, 868.-, 870.-, 872.-, 874.-, 876.-, 878.-, 880.-, 882.-, 884.-, 886.-, 888.-, 890.-, 892.-, 894.-, 896.-, 898.-, 900.-, 902.-, 904.-, 906.-, 908.-, 910.-, 912.-, 914.-, 916.-, 918.-, 920.-, 922.-, 924.-, 926.-, 928.-, 930.-, 932.-, 934.-, 936.-, 938.-, 940.-, 942.-, 944.-, 946.-, 948.-, 950.-, 952.-, 954.-, 956.-, 958.-, 960.-, 962.-, 964.-, 966.-, 968.-, 970.-, 972.-, 974.-, 976.-, 978.-, 980.-, 982.-, 984.-, 986.-, 988.-, 990.-, 992.-, 994.-, 996.-, 998.-, 1000.-, 1002.-, 1004.-, 1006.-, 1008.-, 1010.-, 1012.-, 1014.-, 1016.-, 1018.-, 1020.-, 1022.-, 1024.-, 1026.-, 1028.-, 1030.-, 1032.-, 1034.-, 1036.-, 1038.-, 1040.-, 1042.-, 1044.-, 1046.-, 1048.-, 1050.-, 1052.-, 1054.-, 1056.-, 1058.-, 1060.-, 1062.-, 1064.-, 1066.-, 1068.-, 1070.-, 1072.-, 1074.-, 1076.-, 1078.-, 1080.-, 1082.-, 1084.-, 1086.-, 1088.-, 1090.-, 1092.-, 1094.-, 1096.-, 1098.-, 1100.-, 1102.-, 1104.-, 1106.-, 1108.-, 1110.-, 1112.-, 1114.-, 1116.-, 1118.-, 1120.-, 1122.-, 1124.-, 1126.-, 1128.-, 1130.-, 1132.-, 1134.-, 1136.-, 1138.-, 1140.-, 1142.-, 1144.-, 1146.-, 1148.-, 1150.-, 1152.-, 1154.-, 1156.-, 1158.-, 1160.-, 1162.-, 1164.-, 1166.-, 1168.-, 1170.-, 1172.-, 1174.-, 1176.-, 1178.-, 1180.-, 1182.-, 1184.-, 1186.-, 1188.-, 1190.-, 1192.-, 1194.-, 1196.-, 1198.-, 1200.-, 1202.-, 1204.-, 1206.-, 1208.-, 1210.-, 1212.-, 1214.-, 1216.-, 1218.-, 1220.-, 1222.-, 1224.-, 1226.-, 1228.-, 1230.-, 1232.-, 1234.-, 1236.-, 1238.-, 1240.-, 1242.-, 1244.-, 1246.-, 1248.-, 1250.-, 1252.-, 1254.-, 1256.-, 1258.-, 1260.-, 1262.-, 1264.-, 1266.-, 1268.-, 1270.-, 1272.-, 1274.-, 1276.-, 1278.-, 1280.-, 1282.-, 1284.-, 1286.-, 1288.-, 1290.-, 1292.-, 1294.-, 1296.-, 1298.-, 1300.-, 1302.-, 1304.-, 1306.-, 1308.-, 1310.-, 1312.-, 1314.-, 1316.-, 1318.-, 1320.-, 1322.-, 1324.-, 1326.-, 1328.-, 1330.-, 1332.-, 1334.-, 1336.-, 1338.-, 1340.-, 1342.-, 1344.-, 1346.-, 1348.-, 1350.-, 1352.-, 1354.-, 1356.-, 1358.-, 1360.-, 1362.-, 1364.-, 1366.-, 1368.-, 1370.-, 1372.-, 1374.-, 1376.-, 1378.-, 1380.-, 1382.-, 1384.-, 1386.-, 1388.-, 1390.-, 1392.-, 1394.-, 1396.-, 1398.-, 1400.-, 1402.-, 1404.-, 1406.-, 1408.-, 1410.-, 1412.-, 1414.-, 1416.-, 1418.-, 1420.-, 1422.-, 1424.-, 1426.-, 1428.-, 1430.-, 1432.-, 1434.-, 1436.-, 1438.-, 1440.-, 1442.-, 1444.-, 1446.-, 1448.-, 1450.-, 1452.-, 1454.-, 1456.-, 1458.-, 1460.-, 1462.-, 1464.-, 1466.-, 1468.-, 1470.-, 1472.-, 1474.-, 1476.-, 1478.-, 1480.-, 1482.-, 1484.-, 1486.-, 1488.-, 1490.-, 1492.-, 1494.-, 1496.-, 1498.-, 1500.-, 1502.-, 1504.-, 1506.-, 1508.-, 1510.-, 1512.-, 1514.-, 1516.-, 1518.-, 1520.-, 1522.-, 1524.-, 1526.-, 1528.-, 1530.-, 1532.-, 1534.-, 1536.-, 1538.-, 1540.-, 1542.-, 1544.-, 1546.-, 1548.-, 1550.-, 1552.-, 1554.-, 1556.-, 1558.-, 1560.-, 1562.-, 1564.-, 1566.-, 1568.-, 1570.-, 1572.-, 1574.-, 1576.-, 1578.-, 1580.-, 1582.-, 1584.-, 1586.-, 1588.-, 1590.-, 1592.-, 1594.-, 1596.-, 1598.-, 1600.-, 1602.-, 1604.-, 1606.-, 1608.-, 1610.-, 1612.-, 1614.-, 1616.-, 1618.-, 1620.-, 1622.-, 1624.-, 1626.-, 1628.-, 1630.-, 1632.-, 1634.-, 1636.-, 1638.-, 1640.-, 1642.-, 1644.-, 1646.-, 1648.-, 1650.-, 1652.-, 1654.-, 1656.-, 1658.-, 1660.-, 1662.-, 1664.-, 1666.-, 1668.-, 1670.-, 1672.-, 1674.-, 1676.-, 1678.-, 1680.-, 1682.-, 1684.-, 1686.-, 1688.-, 1690.-, 1692.-, 1694.-, 1696.-, 1698.-, 1700.-, 1702.-, 1704.-, 1706.-, 1708.-, 1710.-, 1712.-, 1714.-, 1716.-, 1718.-, 1720.-, 1722.-, 1724.-, 1726.-, 1728.-, 1730.-, 1732.-, 1734.-, 1736.-, 1738.-, 1740.-, 1742.-, 1744.-, 1746.-, 1748.-, 1750.-, 1752.-, 1754.-, 1756.-, 1758.-, 1760.-, 1762.-, 1764.-, 1766.-, 1768.-, 1770.-, 1772.-, 1774.-, 1776.-, 1778.-, 1780.-, 1782.-, 1784.-, 1786.-, 1788.-, 1790.-, 1792.-, 1794.-, 1796.-, 1798.-, 1800.-, 1802.-, 1804.-, 1806.-, 1808.-, 1810.-, 1812.-, 1814.-, 1816.-, 1818.-, 1820.-, 1822.-, 1824.-, 1826.-, 1828.-, 1830.-, 1832.-, 1834.-, 1836.-, 1838.-, 1840.-, 1842.-, 1844.-, 1846.-, 1848.-, 1850.-, 1852.-, 1854.-, 1856.-, 1858.-, 1860.-, 1862.-, 1864.-, 1866.-, 1868.-, 1870.-, 1872.-, 1874.-, 1876.-, 1878.-, 1880.-, 1882.-, 1884.-, 1886.-, 1888.-, 1890.-, 1892.-, 1894.-, 1896.-, 1898.-, 1900.-, 1902.-, 1904.-, 1906.-, 1908.-, 1910.-, 1912.-, 1914.-, 1916.-, 1918.-, 1920.-, 1922.-, 1924.-, 1926.-, 1928.-, 1930.-, 1932.-, 1934.-, 1936.-, 1938.-, 1940.-, 1942.-, 1944.-, 1946.-, 1948.-, 1950.-, 1952.-, 1954.-, 1956.-, 1958.-, 1960.-, 1962.-, 1964.-, 1966.-, 1968.-, 1970.-, 1972.-, 1974.-, 1976.-, 1978.-, 1980.-, 1982.-, 1984.-, 1986.-, 1988.-, 1990.-, 1992.-, 1994.-, 1996.-, 1998.-, 2000.-, 2002.-, 2004.-, 2006.-, 2008.-, 2010.-, 2012.-, 2014.-, 2016.-, 2018.-, 2020.-, 2022.-, 2024.-, 2026.-, 2028.-, 2030.-, 2032.-, 2034.-, 2036.-, 2038.-, 2040.-, 2042.-, 2044.-, 2046.-, 2048.-, 2050.-, 2052.-, 2054.-, 2056.-, 2058.-, 2060.-, 2062.-, 2064.-, 2066.-, 2068.-, 2070.-, 2072.-, 2074.-, 2076.-, 2078.-, 2080.-, 2082.-, 2084.-, 2086.-, 2088.-, 2090.-, 2092.-, 2094.-, 2096.-, 2098.-, 2100.-, 2102.-, 2104.-, 2106.-, 2108.-, 2110.-, 2112.-, 2114.-, 2116.-, 2118.-, 2120.-, 2122.-, 2124.-, 2126.-, 2128.-, 2130.-, 2132.-, 2134.-, 2136.-, 2138.-, 2140.-, 2142.-, 2144.-, 2146.-, 2148.-, 2150.-, 2152.-, 2154.-, 2156.-, 2158.-, 2160.-, 2162.-, 2164.-, 2166.-, 2168.-, 2170.-, 2172.-, 2174.-, 2176.-, 2178.-, 2180.-, 2182.-, 2184.-, 2186.-, 2188.-, 2190.-, 2192.-, 2194.-, 2196.-, 2198.-, 2200.-, 2202.-, 2204.-, 2206.-, 2208.-, 2210.-, 2212.-, 2214.-, 2216.-, 2218.-, 2220.-, 2222.-, 2224.-, 2226.-, 2228.-, 2230.-, 2232.-, 2234.-, 2236.-, 2238.-, 2240.-, 2242.-, 2244.-, 2246.-, 2248.-, 2250.-, 2252.-, 2254.-, 2256.-, 2258.-, 2260.-, 2262.-, 2264.-, 2266.-, 2268.-, 2270.-, 2272.-, 2274.-, 2276.-, 2278.-, 2280.-, 2282.-, 2284.-, 2286.-, 2288.-, 2290.-, 2292.-, 2294.-, 2296.-, 2298.-, 2300.-, 2302.-, 2304.-, 2306.-, 2308.-, 2310.-, 2312.-, 2314.-, 2316.-, 2318.-, 2320.-, 2322.-, 2324.-, 2326.-, 2328.-, 2330.-, 2332.-, 2334.-, 2336.-, 2338.-, 2340.-, 2342.-, 2344.-, 2346.-, 2348.-, 2350.-, 2352.-, 2354.-, 2356.-, 2358.-, 2360.-, 2362.-, 2364.-, 2366.-, 2368.-, 2370.-, 2372.-, 2374.-, 2376.-, 2378.-, 2380.-, 2382.-, 2384.-, 2386.-, 2388.-, 2390.-, 2392.-, 2394.-, 2396.-

Öffentliche politische Versammlungen.

An die werktätige Bevölkerung Berlins!

Sonntag, den 12. Januar 1913, mittags 1 Uhr:
Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Berlin:

- Godibrauerei, Tempelhofer Berg
- Klieens Festsäle, Hasenheide 13/15
- Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59
- Drachenburg, Vor dem Schleßischen Tor
- Graumann, Tauynstraße 75
- Boekers Gesellschaftshaus, Weberstraße 17
- Glystium, Landsberger Allee 40
- Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 150
- Comeniusäle, Memeler Straße 67
- Borgmann, Andreasstraße 21
- Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23
- Prater-Theater, Kastanienallee 7/9
- Kastanienwäldchen (Inhaber Walter), Badstr. 16
- Pharusäle, Müllerstraße 142

Berliner Godibrauerei (Abt. II), Chausseest. 64
Moabiter Gesellschaftshaus, Wicléstraße 24

Vororte:

- Neukölln: Hoppes Festäle, Hermannstraße 49
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3
- Schöneberg: Neue Kathausäle (Inh. Ebrecht), Meiningen Straße 8
- Wilmerisdorf: Viktoriagarten, Wilhelmsane
- Lichtenberg: Schwarz. Adler, Frankfurter Chaussee 5
- Pankow: „Im Kurfürsten“, Berliner Straße 102
- Reinickendorf-Ost und -West: Schützenhaus, Residenzstraße 1/2
- Ober-Schöneweide: Wilhelminenhof
- Weißensee: Schloß Weißensee.

Tagesordnung:

„Die Fleischtenerung durch den Kommunalfreisinn und den schwarzblauen Block.“

Referenten:

Otto Braun, Eugen Brückner, Dr. Oskar Cohn, Paul Dupont, Wilhelm Düwell, Ferdinand Ewald, Max Grunwald, Theodor Glocke, Karl Hetschold, Adolf Hoffmann, Marie Juchacz, Dr. Karl Liebknecht, Karl Leid, Wilhelm Pätz, Hugo Poetzsch, Adolf Ritter, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Ströbel, Emanuel Wurm, Mathilde Wurm, Dr. Hermann Weyl, Klara Weyl, Hans Weber, Luise Zietz, Fritz Zubeil.

Wir fordern die gesamte werktätige Bevölkerung, Arbeiter und Handwerker, Gewerbe-treibende und Beamte auf, zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.

Die Einberufer. N. N.: Eugen Ernst, Liefenstr. 16.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Grenadierstraße 37, Hof geradezu, 1 Treppe.

Lehrplan für das I. Quartal 1913.

Sonntag: Nationalökonomie. (Bank-, Börsen- und Ver-kehrswesen).

Das Wesen und die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. — Die Akkumulation, Zentralisation und Konzentration des Kapitals. — Das Finanzkapital. — Die Banken. — Begriff und Geschichte der Börse. — Ihre kapitalistische Notwendigkeit, ihre Einteilung und Organisation. — Die börsenmäßigen Handelsgeschäfte, die Börsen-Termin-geschäfte. — Der Weltverkehr.

Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: Rednerschule (mit mündlichen und schriftlichen Übungen).

Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Dis-position der Rede und des schriftlichen Berichts. — Hilfsmittel der öffentlichen Tätigkeit: die Registratur, die Handbibliothek, das Vereins- und Versammlungswesen, die Geschäftsordnung und anderes. — Praktische Übungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik.

Vortragender: Max Grunwald.

Montag: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus (II. Teil. Fortsetzung des im vorigen Quartal abgehaltenen Kurses).

Die Forderungen des Sozialismus. — Stellung des Sozialismus zu den Verfassungsfragen. — Desgleichen zum Militärwesen. — Sozialismus und Frauenfrage. — Erklärung der Religion zur Privatsache. — Sozialismus und Schule. — Sozialistische Steuerpolitik.

Vortragender: Julian Borchardt.

Der Inhalt des ersten Teils wird zu Anfang kurz wiederholt, so daß sich auch neue Hörer beteiligen können.

Dienstag: Fortschrittskursus im Gewerkschafts-wesen. (II. Teil.)

Vortragender: Emil Dittmer.

Dieser Kursus findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, vorn 2 Treppen rechts, Zimmer 27 (Transportarbeiter-Verband), statt. Mitglieder, die gewillt sind, an diesem Kursus teil-zunehmen, müssen mindestens ein Jahr Mitglied der Schule sein und einen Kursus im Gewerkschaftswesen besucht haben. Meldungen sind bis zum 8. Januar 1913 an den Vorsitzenden H. Lammé, Lichtenberg, Rittergutstr. 25 I, einzureichen.

Dienstag: Naturerkenntnis.

Das Leben auf der Erde. — Grundzüge und Aeußerungen des Lebens. — Tier und Pflanze. — Die Abhängigkeit der Lebe-wesen von den Einwirkungen der Umwelt. — Die Entwickelungs-geschichte und ihre Hilfswissenschaften. — Darwinismus und Marxismus.

Vortragende: Käthe Duncker.

Mittwoch: Geschichte. (Preußische Geschichte und Ver-fassung.)

Entstehung und Wesen des preußischen Staates. — Fürsten und Junker. — Preußen im Beginn des 19. Jahrhunderts. — Die Revolution von 1848. — Die Konturrevolution. Die Ent-stehung der preußischen Verfassung. — Die Zeit der Reaktion. — Reichsverfassung und preußische Verfassung. — Preußische Verwaltung und preußische Politik. — Der Kampf um das neue Preußen.

Vortragender: Konrad Hänisch.

Freitag: Gewerkschaftswesen. (Sozialpolitik der Gewerkschaften.)

1. Zur Einführung: Was ist Sozialpolitik? Die sozial-politischen Aufgaben von Staat und Gemeinde. — 2. Sozial-politik der deutschen Gewerkschaften. — 3. Erwerbslosen-Unterstützung. — 4. und 5. Arbeitsnachweis und Stellen-vermittlungsgesetz. — 6. und 7. Lohnkampf und Tarifverträge. — 8. Gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Volksfürsorge. — 9. Gewerkschaften und Genossenschaft. — 10. Das Koalitions-recht.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonabend: Geschichte der deutschen Sozial-demokratie (I).

1. Das Einigungsprogramm und seine Kritik. — Die organi-satorischen Fortschritte. — 2. Die Attentatsetzungen. — Das Sozialistengesetz und die Zerstörung der Polizei. — Die Gründung des „Sozialdemokrat“. — 3. Die Auseinander-setzung mit Most und Hasselmann. — 4. Wahlerfolge. — Sozial-reformatorische Lockversuche. — 5. Ein letzter Unterdrückungs-versuch: Streikverbot, Expatriierungsvorlage. — 6. Ende des Sozialistengesetzes. — Rückblick auf die zwölf Jahre unterm Ausnahmerecht. — Die Wahl 1890. — 7. Taktische Differenzen in der Ausnahmegesetzzeit. — Die Bewegung der „Jungen“. — 8. Die Erneuerung der Organisation und des Programms. — Stellung der Partei zu den Genossenschaften und Gewerk-schaften. — 9. Die neue Internationale. — Der Siegessatz der Partei in den neunziger Jahren. — Der Revisionismus und die daraus erwachsenen Streitfragen. — 10. Die deutsche Sozial-demokratie in den letzten zwölf Jahren.

Vortragender: Emil Eichhorn.

6/17*

Unterrichtsbeginn: Sonntag, den 12. Januar, vormittags 9 Uhr: Nationalökonomie; 11^{1/2} Uhr: Rednerschule. Montag, den 13. Januar: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. Dienstag, den 14. Januar: Naturerkenntnis. Dienstag, den 14. Januar: Fortschrittskursus im Gewerkschaftswesen; im Gewerkschaftshaus, Zimmer 27. Mittwoch, den 15. Januar: Geschichte. Freitag, den 17. Januar: Gewerkschaftswesen. Sonnabend, den 18. Januar: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (II. Teil).

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende resp. Sonntag-vormittage. Abends Beginn pünktlich 8^{1/2} Uhr, Ende 10 Uhr. Sonntag vormittags Beginn 9 Uhr resp. 11^{1/2} Uhr; Schluß 10^{1/2} resp. 1^{1/2} Uhr.

Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden von 7^{1/2}—8^{1/2} Uhr, Sonntags von 10^{1/2} bis 11^{1/2} Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kurses im Schullokal Grenadier-straße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnim-straße 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravené-straße 6; Horsch, Engelauer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Lichtenberg-Berlin, Rittergutstr. 25 I, Geld-sendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasen-heide 56, zu richten. Der Vorstand.

Öffentliche Versammlungen

am Montag, den 13. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im „Marinehaus“, Brandenburger Ufer (in der Kaiserbrücke) und am Dienstag, den 14. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, in dem „Moabiter Gesellschaftshaus“, Wicléstr. 24.

Referenten in beiden Versammlungen:

1. Prof. Dr. R. Broda, Paris (vom Institut für den Austausch fortschrittlicher Erfahrungen):
Konfessioneller Religions- oder weltlicher Moralunterricht? Erfahrungen in Frankreich. (Der Vortrag wird in deutscher Sprache gehalten.)

2. Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann:
Die Moral des Religionsunterrichts. Erfahrungen in Preußen. 55/1*
Eintrittspreis 10 Pf. Der Einberufer: A. Haradt, Wappel-Allee 15—17

Inventur-Ausverkauf

Engros - Export Lager

„Einzel-Verkauf“

Ulster
Leinen-Mäntel 3
Staub-Mäntel 3
Kimonos Mark
Zum Ausschuchen!

Leinen-Kostüme 5
Ulster 5
Staub-Mäntel 5
Abend-Mäntel Mark
Zum Ausschuchen!

Sidene Mäntel 8
Kostüme 8
Tuch-Paletots 8
Plüsch-Jackets Mark
Zum Ausschuchen!

„Modelle“
Seal-Plüsch-Mäntel 1/2
Diagonal-Kostüme 1/2
Frauen-Tail-Mäntel 1/2
Etamin-Tuch-Preise

Wahlverein Charlottenburg

Dienstag, den 14. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3.

Öffentliche Versammlung für Frauen und Männer.

Vortrag des Landtagsabgeordneten Julian Borchardt: Das neue Evangelium. Nach dem Vortrage: Freie Aussprache. Um recht zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, bittet Der Einberufer: Ludwig Zempelburg, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 41.

Säle

für 50 bis 200 Personen

Vereinszimmer

sind noch an verschiedenen Tagen (auch Sonnabends) zu vergeben.*

Hl. Augustin
Oranienstraße 103.

Charlottenburg.

Gr. Inventur-Ausverkauf von guter Herren- u. Knabenbekleidung

Preisermäßigung zirka 33^{1/2} Prozent bei der Firma

S. Hoffmann, Wilmerisdorfer Str. 12
Ecke Schulstraße.

Maßenzüge von 40 M. an in eigener Werkstatt. Lieferant der Konsumvereine Berlin und Umgebung. Sonntags geöffnet von 12—2 Uhr.

✦ Magerkeit ✦

schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thallosia“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar-unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin - Waidmannslust 801. Depots in folgenden Apotheken: Lothringenstr. 50, Elefantent-Apothek, Leipzigerstr. 74, Weiden-burgerstr. 33, Potsdamerstr. 29, Tarnstr. 28, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstraße 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Rein-ickendorferstr. 1, Charlottenburg: Bismarckstr. 81, Spandau: Pots-damer Str. 40.

Masken-Garderobe

Willi Ernst, Köpenicker Straße 55b, I. Umf. 2000. Gr. Auswahl! Bill. Preise! Sorziger dieser Annonce er-billt 10 Proz. Preisermäßigung.

Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik Herren-Anzug-Stoffe

Paletot, Hosen, Joppen, Westenstoffe und Damenstoffe wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. — Stets letzte Neheiten nur bester, trag-fähigster Qualitäten in grösster Auswahl

Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 142
Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an Jedermann franco ohne Kaufzwang.

Der Wahlkampf für die Landtagseritzwahl im Kreise

Teltow - Seefeld - Storkow - Berlin - Wilmsdorf

Wird von unseren Genossen bereits mit Energie betrieben. Eingeleitet wurde die Agitation durch eine allgemeine Flugblattverbreitung, der nun Versammlungen in den einzelnen zum Kreise gehörenden Orten folgen. Die Tatsache, daß der Kreis eine vorwiegend ländliche Struktur aufweist, sowie das Bestreben, auch sachkundige, mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen vertraute Männer in das preussische Dreiklassenhaus zu entsenden, haben unsere Genossen veranlaßt, den Gutsbesitzer, Genossen Adolf Hoyer aus Ostpreußen als Kandidaten der Sozialdemokratie aufzustellen. Die Nominierung des Genossen Hoyer zum Landtagskandidaten hat im ganzen Kreise freudigen Widerhall ausgelöst. Allgemein ist man davon überzeugt, daß er wie kein anderer die Interessen der schwer gedrückten Landbevölkerung mit Nachdruck vertreten wird. Er wird in der Lage sein, den Junkern durch Vorlegung von Tatsachenmaterial zu zeigen, wie volksfeindlich ihre Politik auch gegenüber dem ländlichen Proletariat ist.

In zahlreichen, stark besuchten Versammlungen hat sich Genosse Hoyer bereits den Wählern des Kreises vorgestellt, um in kurzen Zügen sein Programm zu skizzieren.

Der Redner schilderte zunächst in eindringlichen Worten, daß er mitten unter den ostpreussischen Junkern lebe. Er bewirtschaftete ein größeres Gut, das seit mehr als 200 Jahren im Besitze seiner Vorfahren gewesen sei. Schon in jungen Jahren habe er sich zur Fahne des Sozialismus bekannt, was selbstverständlich großes Aufsehen hervorgerufen habe. Man habe immer geglaubt, das rüchtige Schaf würde bald wieder in den konservativen Hammelstall zurückkehren. Mit derselben Begeisterung, mit der er sich der Sozialdemokratie angeschlossen habe, trete er für die Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten ein. Würde er in den Landtag gewählt, so würde er sich gleich einem Soldaten, der auf einen vorgeschobenen Posten gestellt wäre, jederzeit seiner verantwortungsvollen Aufgabe bewußt sein.

Für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land würde er seine ganze Kraft einsetzen. Redner beleuchtete dann in großen Zügen die Verhältnisse der Schulverhältnisse und die traurigen Schulverhältnisse auf dem Lande. Den Junkern und Agrariern seien die dummsten Arbeiter die liebsten, deshalb sorgten diese auch bewußt dafür, daß die Schulverhältnisse so schlecht wie nur irgend möglich blieben. Vom Lesen und Schreiben hätten viele Kinder keine Ahnung. Aus Briefen, die in großer Zahl an ihn gerichtet würden, gehe hervor, daß Leute nicht einmal in der Lage wären, ihre Gedanken schriftlich so niederzulegen, daß man sie verstehen könne. Genosse Hoyer schilderte dann, daß sich die Agrarier unter der gegenwärtigen abnormen Steuerung sehr wohl fühlten. Hungernot und Not seien in früheren Jahrzehnten Folgen von unabwendbaren Naturereignissen gewesen, heute aber würden sie künstlich heraufbeschworen. Vor den Wahlen sage man den Landarbeitern immer, wenn sie Männer wählen würden, die für die Höhe eintreten, so könnten auch ihre Löhne erhöht werden. Nach den Wahlen müßten die Arbeiter jedoch weiter hungern und sich mit niedrigen Löhnen abspießen lassen. Die Junker seien heute viel gefährlicher, als ihre Vorfahren, die gefährdeten Raubritter. Während jene bei ihren Raubzügen Leben und Gesundheit opferten, in Sturm und Regen auf den Landströgen lagern müßten, benutzten die modernen Junker die Klippe der Gesetzgebung zu ihren Raubzügen auf die Taschen des Volkes. Was nütze es, wenn man heute Krankenhäuser baue und Gelder bewillige zur Bekämpfung der Tuberkulose? Auf der einen Seite bekämpfe man die Tuberkulose und auf der anderen würden sie durch die Junker, die die Lebensmittel künstlich verteuerten, wieder gegädert. Die Grenzsperrbestufe für die Einfuhr von Vieh, aber für die Importierung von ausländischen Arbeitern, die als Lohnknechte benutzt würden, könne man sie nicht weit genug öffnen.

Redner forderte nach Aufzählung weiterer Mißstände auf zum Kampfe gegen die Dreiklassenwahlrecht. Die Wurzel alles Übels sei der preussische Landtag, in dem sich die Junker auf Grund des erbärmlichen Wahlrechts recht wohl fühlen.

Industrie- und Landarbeiter müßten zusammenstehen wie ein Feld im brauenden Meer. Die Stürme der Reaktion würden dann an dem Felsen wie Schaum zerstäuben. Jeder einzelne müsse mit dafür sorgen, daß bald der Tag erscheine, an dem alle Licht und Freiheit haben, an dem für alle genügend Brot geschaffen werde. Lebhafter Beifall begleitete überall die vortrefflichen Worte des Genossen Hoyer.

Ueber Versammlungen, in denen Genosse Hoyer inhaltlich die oben wiedergegebenen Ausführungen machte, liegen Berichte aus einer Anzahl Orte vor.

In Köpenick hatten sich circa 1000 Personen versammelt, die nach einem einleitenden eindringlichen Referat des Genossen Groger dem sozialdemokratischen Kandidaten nach seinen Ausführungen großen Beifall spendeten.

In Treptow-Baumhulenkamp, wo gleichfalls eine imposante Versammlung tagte, sprachen außer dem sozialdemokratischen Kandidaten auch die Genossen Groger und Busch. Gleich dem Genossen Hoyer beleuchteten auch diese beiden Redner mit heißem Sarkasmus unsere preussischen Zustände.

Von über 700 Personen besucht war eine Versammlung, die in Adlershof stattfand, in der Genosse Hoyer sein Programm entrollte. Außerdem sprach Genosse Thurow über die Widerständigkeit des Dreiklassenwahlrechts, dabei zugleich das verräterische Treiben des Zentrums, der Nationalliberalen und des Freisinnigen bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Landtag beleuchtend. Die Mitglieder des Gesangsvereins „Brohmann“ brachten einige stimmungsvolle Lieder zu Gehör der begeisterten Versammlung.

In einer stark besuchten Versammlung, die in Britz stattfand, kennzeichnete Genosse Udo mit lebhaftem Beifall die volksfeindliche Politik der preussischen Junker. Nach ihm sprach Genosse Hoyer, dessen Ausführungen gleichfalls lebhaften Beifall entzettelten.

In Steglitz sprach in gut besuchter Versammlung außer dem Genossen Hoyer Genosse Petrius Ströbel. In etwa einstündiger Rede, die von leidenschaftlichem Zorn gegen die preussische Reaktion durchglüht war, rief er den Anwesenden unter Wiederholter Zustimmung verschiedene „glorreiche Latzen“ der Landtagsmehrheit ins Gedächtnis zurück. Für die Volksschule, die Genosse Hoyer treffend glosiert habe, habe der Landtag nur Vettelsteinnetze übrig gelassen. Jetzt müsse alles daran gesetzt werden, damit etwas Ersprießliches für die Bildung des Volkes getan werde. Sollte jedoch etwas für das Volk geschaffen werden, so müsse der Fortschritt dafür sorgen, daß bei den bevorstehenden Landtagswahlen

weder ein konservativer noch ein nationalliberaler Abgeordneter gewählt werde. Nachdem Redner die Kriegsgelüste sowie die in Aussicht stehende neue Militärvorlage einer ätzenden Kritik unterzogen hatte, schloß er unter stürmischem Beifall mit den Worten: „Volk der Arbeit aufgewacht, und erkenne deine Macht!“

In Wilmsdorf sprach noch Genosse Friß Zubeil. Auch er schilderte mit kräftigen Worten die unhaltbaren Zustände in Preußen und forderte auf zum energischen Kampfe gegen die preussische Dreiklassenwahlrecht, das Bollwerk von Junkerübermut und Junkerfrechheit.

Waisenkinder als Versuchs-Kaninchen.

Zu diesem Thema, das die Stadtverordnetenversammlung demnächst beschäftigen wird, bringt die „Berliner Ärzte-Zeitung“ einen Leitartikel, welcher die Frage: „Bleibt ein Krankenhausarzt berechtigt, Versuche mit neuen Mitteln an seinen Pflöglingen vorzunehmen?“ von der rechtlichen (nicht wissenschaftlichen) Seite aus erörtert. Die Frage ist bekanntlich akut geworden durch die in der Berliner Medizinischen Gesellschaft gemachte Mitteilung, daß an zahlreichen Pflöglingen des Rummelsburger Waisenhauses ein neuer Impfstoff gegen Tuberkulose probiert worden sei. Die „Ärzte-Zeitung“ zitiert nun die bekannten Reichsgerichtsurteile, nach welchen der Arzt, der ohne die erklärte oder doch mutmaßliche Einwilligung des Leidenden oder seines gesetzlichen Vertreters einen operativen Eingriff vornimmt, sich einer widerrechtlichen Körperverletzung im Sinne des § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches schuldig macht. Beim Privatärzte liege nun die Sache anders, als beim Krankenhausärzte. Beim letzteren müsse davon ausgegangen werden, daß die Aufnahme dem Arzte eine generelle Ermächtigung für alle ihm notwendig erscheinenden operativen und sonstigen Maßnahmen gewähre. Nur wenn der Patient oder dessen gesetzlicher Vertreter sich die Einwilligung zu operativen Eingriffen ausdrücklich vorbehalten habe, müsse auch der Krankenhausarzt vor der Vornahme dieser Eingriffe die Einwilligung einholen, es sei denn, daß wegen Gefahr im Verzuge diese Einwilligung nicht rechtzeitig beschafft werden könne. Was die Versuche mit neuen Heilmitteln anbetreffe, so wäre gegen bereits erprobte Mittel nichts einzuwenden, andersfalls und besonders, wenn stark wirkende Mittel in Frage ständen, dürfte wohl die Einwilligung des Patienten oder seines gesetzlichen Vertreters unerlässlich sein. Werde diese unterlassen, so könne der Arzt für allen Schaden zivilrechtlich haftbar gemacht, unter Umständen auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Im vorliegenden Falle wäre zur Vornahme prophylaktischer Eingriffe (der Schutzimpfung) zweifellos die Einwilligung der gesetzlichen Vertreter der Kinder bzw. der Waisenhausesdeputation erforderlich gewesen. Die Verantwortung für die Versuche trage der Chefarzt des Waisenhauses.

In der Zeitschrift für Soziale Hygiene und Praktische Medizin hat sich kürzlich ein Herr Professor Dr. Koffe zu dem sozialdemokratischen Antrage geäußert, der sich auf die Vornahme experimenteller Eingriffe bezieht. Der Verfasser des Artikels untersucht zunächst den Begriff „Experiment“ und meint, daß einheitliche Regeln über den Nutzen und Schaden vieler experimenteller Eingriffe an Kranken a priori nicht aufgestellt werden könnten.

Es ist verständlich, wenn die Herren Ärzte sich bemühen, vollständige Freiheit in ihrer Tätigkeit zu bekommen. Damit können doch aber Vorkommnisse wie die in Rummelsburg, wo Privatärzte ohne weiteres an Waisenkinder Versuche machten, nicht entschuldigt und gerechtfertigt werden. Hier liegt die Sache insofern besonders schlimm, als nicht einmal Ärzte der Krankenanstalt die Kinder behandelt haben, sondern daß der leitende Arzt der Anstalt in keinerlei Beziehung steht, einfach überlassen hat.

Im übrigen ist es bezeichnend, daß gerade die Patienten zu Experimenten gut genug sind, die sich in die staatlichen oder städtischen Anstalten begeben. Und das sind im wesentlichen die ärmeren Schichten der Bevölkerung; reiche Leute suchen Privatkliniken auf. Warum werden solche Versuche nicht an reichen Leuten zuerst vorgenommen. Sind denn dazu nur arme Leute gut genug?

Partei-Angelegenheiten.

Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Die Adresse des Kreisvorsitzenden ist von heute ab wie folgt: Emil Stahl, Spandau, Marschallstr. 3, III. An diese Adresse sind alle geschäftlichen Angelegenheiten sowie alle die Organisation und Agitation betreffenden Mitteilungen usw. nunmehr zu richten. Die Adresse des Kreisleiters ist: Ernst Hornig, Spandau, Mittelstr. 18. An diese Adresse sind alle die Kassenangelegenheiten betreffenden Angelegenheiten zu senden. Als Obmann der Lokalkommission des Kreises fungiert Karl Kosmierzak, Spandau, Reumeyerstr. 7. An diesen wolle man sich in allen die Lokalfrage betreffenden Angelegenheiten wenden.

Wir bitten die Genossen, von Vorstehendem Kenntnis zu nehmen. Der Vorstand des sozialdem. Kreiswahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Steglitz-Friedenau. Am Dienstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, beginnt bei Schwabhausen, Kohnstr. 15a, der auf vier Vorträge berechnete Vortragskursus des Genossen E. Dämmig über: „Deutsche Literaturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“. Eintrittskarten für alle vier Vorträge sind für 40 Pf. im Vortragslokal zu haben. Der Bildungsausschuß.

Steglitz. Am Sonnabend, den 18. Januar, findet in Albrechtshof ein Kunstabend statt. Der Eintrittspreis ist auf 30 Pf. festgesetzt worden. Beginn der Vorträge pünktlich 9 Uhr. Nach dem künstlerischen Teil Ball. Eintrittskarten sind bei allen Belegführern zu haben.

Zum Besuche der Versammlung in Wilmsdorf treffen sich die Genossen um 12 1/2 Uhr auf dem Platz vor dem Rathaus.

Strich-Budow. Am Dienstag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal von Grünh, Chausseestrasse 18, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Am Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal von Gitz, Werderstrasse 28, beginnt für die Funktionäre und Teilnehmer der Landtagtagung der Kursus über: „Die Technik der Landtagswahlen.“

Grünau. Die Genossen werden ersucht, sich an dem heute abend 6 Uhr in der Villa Kahl stattfindenden wissenschaftlichen Vortrag über Feuerbestattung mit Vorführung des Modells eines Krematoriums zu beteiligen.

Dienstag, den 14. Januar, abends 9 Uhr, im Lokal von Franz Köpenicker Str. 88: Versammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Dr. Rofes: „Preußen in der Welt voran“. Abrechnung des letzten Quartals. Vereinsangelegenheiten. Der Lesabend fällt diesen Monat aus.

Lichterfelde-Lankwitz-Teltow. Der Kursus über „Die Technik der preussischen Landtagswahlen“ beginnt am Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant R. Wahrensdorf, Lichterfelde, Pöhlstrasse 7. Referent: Genosse C. Benzler.

Reinickendorf-Ost. Dienstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Sabau, Reibnitzstrasse 124. Tagesordnung: Bericht vom preussischen Parteitag, Wahlen.

Reinickendorf-West. Dienstag, den 14. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in den „Eichbornhülen“, Eichbornstr. 60: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht vom preussischen Parteitag. Referent: Parteisekretär Genosse Paul Bühl. 3. Antrag der Bezirksteilung auf Ausschluß eines Mitgliedes. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch oder Aufnahmebescheinigung legitimiert.

Vorsigwalde-Wittenau. Am Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr findet eine öffentliche Versammlung im Lokal von Rohde, Charlottenburger Strasse 48, statt. Am Dienstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins in den Vorsigwalder Gassen.

Rosowes. Dienstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Schmidt, Wilhelmstr. 41-43: Öffentliche Versammlung. Genosse Dr. Rudolf Dreißscheid spricht über die bevorstehende Landtagseritzwahl.

Die Parteigenossen werden ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Spandau. Am Dienstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins bei Vorkard, Seeburger Strasse. Tagesordnung: 1. Unsere nächsten Aufgaben. Referent: Dr. Liebnicht. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Quartalsbericht.

Berliner Nachrichten.

Gegen die Berliner Biersteuer.

Durch das Steuerprojekt des Berliner Magistrats, welches bekanntlich eine „Reform“ der Biersteuer der Reichshauptstadt bezweckt, werden immer weitere Kreise beunruhigt. Infolgedessen hat sich auch die Handelskammer genötigt gesehen, an die städtischen Verwaltungskörperschaften eine Eingabe zu richten. In dieser wird gebeten, möglichst ganz auf diese Einnahmequelle zu verzichten. Falls dieses aber nicht möglich ist, soll doch wenigstens von einer Verstärkung der jetzigen Belastung Abstand genommen werden. Die seitens der Kammer durchgeführte Prüfung der Verhältnisse hat das Ergebnis gehabt, daß eine etwaige Mehrbelastung nicht auf den Konsum abwählbar sein würde. Die neue Steuer würde entweder von den Brauereien oder von den Gastwirten getragen werden müssen. Die Bierabgabe müßte deshalb als eine kommunale Sondergewerbesteuer gegen die Brauereien und Gastwirte wirken. Neben den grundsätzlichen Bedenken gegen die hierin liegende Benachteiligung einzelner Gewerbe muß aber vor allem berücksichtigt werden, daß besonders die in Betracht kommenden Erwerbszweige durch die Reichsgesetzgebung der letzten Jahrzehnte stark belastet worden sind. Diese Berufsgruppen haben schon durch die zweimalige Erhöhung der Reichsbrausteuer eine erhebliche Erschwerung ihrer wirtschaftlichen Lage erfahren.

Wie bereits bekannt geworden ist, gehen die Brauereien mit der Absicht der Abwälzung der neuen Steuer im Fall der Annahme auf die Gastwirte um. Diese aber sind noch viel weniger als die Brauereien in der Lage, neue Steuern zu tragen und müßten dieselben wieder auf die Konsumenten abwälzen. Diese Ansicht ist auch in Eingaben verschiedener Gastwirtsvereinigungen an die Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck gebracht worden.

Der Verein der Berliner Weißbierbrauereien, E. V., äußert sich zu der Steuervorlage wie folgt: Wenn schon die Berliner Lagerbierbrauereien in mehreren Veröffentlichungen betont haben, daß die projektierte Biersteuer mit ihrem Satz von 50 Pf. pro Hektoliter für sie entschieden zu hoch ist, so müssen wir als Berliner Weißbierbrauereien, denen eine Abwälzung nicht möglich ist, erklären, daß die nunmehr veröffentlichte Steuerordnung des Berliner Magistrats unsere im letzten Jahre nur mit großen Opfern aufrecht erhaltenen Betriebe ruinieren würde.

In den ersten Auslassungen des Herrn Stadtkammerer, wie auch in der Begründung des Entwurfes ist gesagt, daß die Weißbierbrauereien gespart werden sollen und nur einen Satz von 20 Pf. zu zahlen hätten. Hierin ist aber durchaus nichts von „Schonung“ zu sehen, da dieser Satz weit über das Maß des jetzt bezahlten Brauereizuschlages hinausgeht. In dem Entwurf steht es aber noch viel schlimmer: Danach sollen für alle Biere, gleichviel ob obergärig oder untergärig, sofern sie mehr als 2 Proz. Alkohol enthalten, 50 Pf. pro Hektoliter bezahlt werden. Da das Berliner Weißbier, das nicht zu den angeführten Dünnbieren gehört, je nach der Qualität (gewöhnliches oder Märzenbier) und nach dem längeren Lagern auf der Flasche bis zu 2 1/2 Proz. Alkohol enthalten kann (ein Gehalt, der jedoch noch immer als alkoholarum zu bezeichnen ist), so würden wir anstatt einer „Schonung“ eine Erhöhung auf das 4 1/2 fache der bisherigen Steuer aufgebürdet bekommen. Eine Rückerstattung der Steuer durch den Export kommt bei uns kaum in Frage, da sich fast in jedem Vorort eine Weißbierbrauerei befindet, die genügend für den dortigen Bedarf Sorge trägt.

Am einfachsten wäre es demnach, für das obergärige Bier insgesamt einen besonderen Gebührensatz von höchstens 10 Pf. pro Hektoliter zu bilden, sofern es nicht ganz steuerfrei zu belassen ist.

Wir hoffen, daß die Herren Stadtväter nicht ihre Hand dazu bieten werden, daß das Berliner Weißbier, das sich nach immer, und besonders wegen seiner nicht beunruhigenden oder Müdigkeit hervorrufenden und doch vortrefflich den Durst stillenden Eigenschaften, bei der arbeitenden Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut, durch neue Steuerlasten aus der Produktion verschwinde. Die Folge wäre, daß eine große Zahl jetzt gutgestellter Arbeiter ihre zum Teil langjährigen Stellungen verlieren und Berlin eines seiner Namen in Ehren tragenden Lokalerzeugnisse beraubt würde.

Die Eingemeindung Treptows nach Berlin wird auch von der Gemeindevertretung in Treptow dringend gefordert. Wie wir bereits gestern kurz gemeldet haben, hat die Gemeindevertretung am Freitag beschlossen, die Eingemeindung nach Berlin von neuem zu betreiben, trotz aller Schwierigkeiten, die von den Aufsichtsbehörden gemacht werden. Der Bürgermeister berichtete darüber in der Sitzung.

Der Magistrat von Berlin habe erklärt, daß er selbst die Verhandlungen mit den beteiligten Regierungsstellen führen und die Entscheidungspflicht erfüllen wolle. Als Grundlage für dieses Vorgehen betrachte er jedoch eine Wissensumgebung der Gemeinde, eine grundsätzliche Entscheidung Treptows. Erst dann sei über die

näheren Bedingungen zu verhandeln, die Treptow an seine Vereinigung mit Berlin knüpfte. Aus den weiteren Mitteilungen des Gemeindevorstandes ging hervor, daß inzwischen auch Kreis und Provinz nicht müde gewesen sind. Bald darauf traf vom Landrat des Kreises Teltow ein Schreiben vom 12. Dezember ein, worin er mitteilte, daß die Regierung an ihrem Standpunkt festhalte, wonach der Weg einer Eingemeindung von Vororten in Berlin nicht mehr gangbar sei, und daß die Verhandlungen zwecklos und nur geeignet seien, die Bevölkerung Treptows zu beunruhigen. (Siber- spruch.) Am 28. Dezember lief ein zweites Schreiben ein, worin der Landrat mitteilte, daß der Kreisaußschuß in einer Sitzung vom 17. Dezember einstimmig beschloffen habe, in Verhandlungen mit der Stadt Berlin über die Eingemeindung nicht einzutreten. Am 2. Januar d. J. teilte der Landrat ferner mit, daß auch der Provinzialaußschuß am 20. Dezember einstimmig beschloffen habe, Verhandlungen mit Berlin nicht zu führen. Bürgermeister Schablow legte in objektiven Worten die Gründe dar, die für und gegen die Eingemeindung in Berlin sprächen. Für die Eingemeindung spreche die historische Entwicklung Treptows, der ausgedehnte, unbebaute Grundbesitz Berlins in Treptow und die leichte Lösung von Verkehrsfragen mit Hilfe Berlins; gegen die Eingemeindung sei das Aufgeben der Selbständigkeit und die Trennung von Polizei und Verwaltung anzuführen. Für die Uebergangszeit müsse unter allen Umständen eine besondere Deputation für die Treptower Angelegenheiten eingesetzt werden.

Der Beschluß der Gemeindevertretung Treptows, einer Vereinigung der Gemeinde mit Berlin zuzustimmen, ist von dem Gemeindevorstand unverzüglich dem Berliner Magistrat angezeigt worden. Dem Gemeindevorstand ist darauf folgendes Schreiben von Berlin zugegangen:

„Dem Gemeindevorstande bestätigen wir mit Dank den Eingang der uns zugegangenen Mitteilung über den gestrigen Beschluß der Gemeindevertretung. Wir haben mit Freude von dieser gewiß ein drucksvollen Kundgebung des auf die gemeinsame Zukunft mit uns gerichteten Willens unserer Nachbargemeinde Kenntnis genommen. Wie der Beschluß der Gemeinde Treptow bezeugt, daß ihr wohl verstandenes Interesse unzweifelhaft in der gemeinsamen Zukunft mit Berlin liegt, so geht nach unserer festen Ueberzeugung das Interesse Berlins und auch das der Allgemeinheit nach derselben Richtung. Wir werden gern bereit sein, in der anstehenden Zukunftsfrage an der Seite Treptows dessen Interessen wie unsere eigenen mit allem Nachdruck unsererseits zu vertreten.“

Wie wir erfahren, wird der Magistrat sich alsbald mit den beteiligten weiteren Instanzen in Verbindung setzen, um diesen Ange sichts der nunmehrigen Sachlage die Stellungnahme der Stadt Berlin zu der Eingemeindungsfrage darzulegen.

Zur Neuordnung des städtischen Rettungswesens. Der Magistrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Neuordnung des Rettungswesens beschäftigt. Es ist bekannt, daß die Gemeindevorstände das gesamte Rettungswesen, von dem die Sanitätswachen bereits seit einem Jahr unter städtischer Verwaltung stehen, mit dem 1. April d. J. ver städtlichen wollen. Die von dem Kuratorium für das Rettungswesen aufgestellten Grundzüge für die Regelung des ärztlichen Dienstes in den städtischen Rettungsstellen fanden die Billigung des Magistrats. Der ärztliche Dienst soll demgemäß vom 1. April d. J. an, mit welchem Datum die neue Organisation ins Leben treten wird, so gestaltet werden, daß auf jeder Rettungsstelle, wie in Zukunft die bisherigen Hilfsstationen (Rettungswachen und Unfallstationen) bezeichnet werden sollen, eine beschränkte Anzahl von praktischen Ärzten, die möglichst im Bezirk der Rettungsstelle wohnen sollen, im Auf trage der Stadt den Dienst versehen. Die Aufsicht über den ärzt lichen Dienst übt auf jeder Rettungsstelle ein Assistenzarzt aus, während der gesamte ärztliche Dienst der Ueberwachung eines oder mehrerer ärztlicher Direktoren unterstellt wird. Die jederzeitige ärztliche Hilfsbereitschaft auf sämtlichen Rettungsstellen, auf denen auch ein ausgebildeter Heilgehilfe zur Unterstützung des Arztes dauernd anwesend ist, ist natürlich nach wie vor das Grundprinzip des Rettungswesens. Gleichmäßigkeit im äußeren Erscheinungsbild, Ausstattung und Dienst handhabung sind weitere Ziele der Neuorganisation, so daß Berlin zu dem genannten Zeitpunkt die langersehnte Einheit auf dem Ge biete des öffentlichen Rettungswesens erhalten wird. Es sei noch bemerkt, daß die bisher im Rettungswesen tätigen Ärzte und Heilgehilfen bei der Neuorganisation möglichst Berücksichtigung finden werden.

Ueber den städtischen Seefischbezug wird gemeldet: Bei der Unter weiser-Hochseefischerflotte hat vor kurzem eine Ausperrung des Maschinenpersonals stattgefunden. Die Angelegenheit dürfte bald beigelegt sein. Infolgedessen ist die Zufuhr an Seefischen nur gering gewesen. Gestern und heute sind in Wesermünde und Bremerhaven nur drei Dampfer mit verhältnismäßig geringen Fängen zur Rück fahrt gelangt. Die Nachfrage bei den Seefischversteigerungen war aber groß und dementsprechend stiegen auch die Preise für bessere Qualitäten. Dadurch war eine kleine Ueberlieferung des für den Berliner städtischen Seefischverkauf normierten Normalverkaufspreises bedungen. Das bestellte Quantum konnte nur zur Hälfte gedeckt werden. Die Preise für den städtischen Seefischverkauf am nächsten Dienstag festgesetzt: Seelachs 31 Pf., Roblitz ohne Kopf 29 Pf., im Aus schnitt 32 Pf., Seelachs ohne Kopf 26 Pf., im Ausschnitt 29 Pf., Schollen/Flundern 26 Pf. für das Pfund. — In den letzten beiden Tagen sind bisher 45 Dampfer wieder in See gegangen, so daß wenigstens von Ende dieser Woche an Aussicht auf verbesserte Zu fuhren vorhanden ist.

Herr von Jagow als Jugendwächter.

Herr von Jagow hat seinem Ruhmeskranz ein weiteres Blatt hinzugefügt: Er ist nämlich in einem neuerlichen Erlaß an den praktischen Arzt Dr. Moses als Jugendwächter für die von ihm bedachte Sittlichkeit aufgetreten.

Und das kam so: Besteht da seit Jahren in Moabit eine „Gesellschaft für volkstümliche Vorträge“, die es sich zur Aufgabe gemacht, der arbeitenden Bevölkerung Aufklärung zu verschaffen über alle Fragen, die speziell das Geschlechtsleben betreffen. Man ist dabei von der Anschauung ausgegangen, daß eine wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nur mög lich ist, wenn man frei von jeder Prüderie diese Dinge in vollster Öffentlichkeit bespricht; denn nur: wenn das ganze Volk teil nimmt an der Erörterung und an dem Kampfe gegen die Ge schlechtskrankheiten ist Aussicht und Hoffnung auf eine Besserung vorhanden.“

Dr. Moses war aufgefordert worden, für diesen Verein Vor träge zu halten. Er wählte das Thema: „Geschlechtskrank heiten und Prostitution“. Die erste Versammlung war außerordentlich besucht und wurde ein weiterer Vortrag angekün digt. Am Tage vor dem festgesetzten Termine erschien plötzlich bei dem Wirt der Bremerlei Jagowhofs (Zuruststraße) ein Wacht meister mit einer Verfügung, bei Androhung von Strafe die Plätze für diesen Vortrag vom Saune zu entfernen. Die Plakate enthielten den Satz: „Die Unkenntnis auf diesem so überaus wichtigen Gebiete des Lebens trägt Schuld an vielen körperlichen und seelischen Leiden innerhalb und außerhalb der Ehe. Hier kann nur vernünftige Aufklärung, nicht falsche Scham Wandel schaffen.“ Die Worte: innerhalb und außerhalb der Ehe wurden als besonders anstößig hingestellt. Der Vorsitzende der Gesellschaft erhielt weiter an demselben Tage, vor dem ange kündigten Vortrage, vom Polizeipräsidenten die Mitteilung von dem Verbot der Versammlung. Persönliche Rücksprache mit dem Leutnant des betreffenden Reviers blieb erfolglos. Man wandte sich an das Polizeipräsidium. Der Degernent erklärte persönlich, daß die Abhaltung der Versammlung nur gestattet

würde, wenn man einmal diesen Zusatz aus den Plakaten ent fernen würde. Es wurde verabredet, diesen Zusatz zu überleben. Es wurde weiter die Forderung gestellt, nur Herren zuzulassen. Unter diesen Voraussetzungen wurde die Abhaltung des Vortrages schließlich genehmigt. Mit diesem Bescheid gab man sich wieder zurück zum Polizeirevier Pankstraße. Man war dort anstehend mit der Entscheidung der vorgelegten Beschwerde nicht ganz zufrieden, mußte sich aber doch fügen. Der Vortrag ging vor sich. Die Frauen, die demselben überaus zahlreich zugestimmt waren, wurden von zwei Zerberussen in Gestalt von Schutzleuten am Betreten des Lokales verhindert. Man kann sich ausmalen, daß sich die Entrüstung über dieses neuerliche Vorgehen der Polizei in ziemlich scharfen Worten Luft machte. Deinen im Saale aber waltete der Leutnant mit einem Kriminalbeamten seines Amtes als Sittenrichter. Der wahrheitsgemäß auch der Polizei bekannte Tatsache, daß es zweierlei Geschlechter gibt, durfte nicht Erwähnung getan werden. Wenige Tage darauf erreichte Herr Dr. Moses denn auch ein von Herrn von Jagow höchst eigenhändig unterschriebener Erlaß, in dem es heißt:

„Die von Ihnen auf Veranlassung der Gesellschaft für volkstümliche Vorträge gehaltenen öffentlichen Vorträge nebst anschließender Fragebeantwortung über Geschlechtskrankheiten und Prostitution haben mich genötigt, dieser Gesellschaft zu eröffnen, daß ich auf Grund des § 10, II, 17 Allgemeinen Landrechts im Interesse der Sittlichkeit die von Ihnen veranstalteten öffentlichen Vorträge über Angelegenheiten des Geschlechtslebens künftig nur noch unter der Voraussetzung zulassen kann, daß diese Vorträge ausschließlich vor erwachsenen männ lichen Personen stattfinden und daß dabei alles unterbleibt, was geeignet ist, sittlichen Anstoß zu erregen, insbe sondere feinerliche Fragestellung und Beantwortung über ge schlechliche Angelegenheiten stattfindet.“

In der Verfügung heißt es: „In diesem Vortrage sind Fragen aus dem Gebiete des Ge schlechtslebens und der Geschlechtskrankheiten, über die Art der Vollziehung des Beischlafes und dergleichen erörtert worden, deren Erörterung in einer aus beiden Geschlechtern gemischten öffentlichen Versammlung das Schamgefühl verletzt. In der anschließenden Fragestellung und Beantwortung sind diese Gegenstände zum Teil in einer so anstößigen Art behandelt worden, daß eine Fragestellung und Beantwortung hierüber in der Öffentlichkeit überhaupt nicht, auch nicht vor Männern, gestattet werden kann.“

Es folgen nun einige dem Polizeipräsidenten übermittelte, ganz aus dem Zusammenhange gerissene Äußerungen aus dem Vortrag, und dann heißt es wörtlich weiter:

„Indem ich auf die abschriftlich beigelegte Verfügung an die Gesellschaft für volkstümliche Vorträge Bezug nehme, unter sage ich Ihnen auf Grund des § 10, II, 17 Allgemeinen Landrechts im Interesse der Sittlichkeit die Ab haltung öffentlicher Vorträge über Angelegenheiten des Ge schlechtslebens, sofern an diesen Vorträgen auch weibliche Personen teilnehmen, und jede Zulassung von Fragestellung und jede Fragebeantwortung über die bezeich neten Angelegenheiten in diesen Vorträgen. Bei Zuwider handlungen gegen die vorstehende Verfügung wird eine hiermit angeordnete Geldstrafe von 150 Mark gegen Sie festgesetzt werden.“

Diese Verfügung wird auf Grund des § 53 des Gesetzes über allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 zur Durchführung auf die etwaige Einlegung von Rechtsmitteln nach Durchsührung gebracht werden.

Man sieht aus diesem neuerlichen Erlaß des Herrn v. Jagow wieder einmal, daß der Bürger von Berlin ruhig schlafen kann; denn das Auge des Gesetzes, noch mehr aber die Augen seines Polizeipräsidenten wachen über seine Anstalt.

Wer als Arzt über Fragen des Geschlechtslebens öffentlich vor Männern und Frauen spricht, erregt sittlichen Anstoß — so die Anschauung des Herrn v. Jagow.

Wer als Arzt vor erwachsenen Männern und Frauen auf Fragen des Geschlechtslebens, Fragen über die geschlechtliche Ent haltbarkeit, Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit, Fragen des allzu reichen Kinderjagens usw. im Sinne der Wissenschaft öffentlich antwortet, verletzt das Schamgefühl und muß unter Strafe gestellt werden! So will es Herr v. Jagow.

Man gehen die Bestrebungen aller einsichtsvollen Bekämpfer der Geschlechtskrankheiten darauf hinaus, Aufklärung gerade über das Geschlechtsleben und seine Gefahren durch Wort und Schrift in weite Kreise zu bringen: Die Tätigkeit des „Deutschen Vereins für Volkshygiene“ und der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, an deren Spitze die bedeutendsten Strophäen der Wissenschaft standen und noch stehen, beruhen zum allergrößten Teile auf dieser Verbreitung von Aufklärung —: Herr v. Jagow, gleich unseren offiziellen Ärzten, möchte am liebsten, daß dem deutschen Volke, d. h. was sie unter Volk verstehen — Niebs heißt ja wohl der lateinische Ausdruck — der Glaube an den Sator nicht freudlich gerührt wird.

Zwar wissen die Ärzte, welche ungeheuren Verwüstungen gerade die Geheimniskrämerie in Bezug auf das Geschlechtsleben tagtäglich anrichtet, wieviel Opfer gerade die Unkenntnis auf diesen Gebieten erfordert und wie dringend not unserem Volke die Aufklärung tut; wie weiter die Bestrebungen über geschlechtliche Aufklärung der aus der Schule entlassenen Knaben und Mädchen mit besonderer Freude zu begrüßen sind. Warum eine Frage stellung unerlaubt sein soll, und warum an den Vorträgen über Angelegenheiten des Geschlechtslebens nicht auch weibliche Personen teilnehmen sollen, wird wohl unergründliches Geheimnis des Herrn v. Jagow bleiben.

• „Welcher Schaden erwächst den auf den Kieselgütern Beschäftigten durch Ausscheiden aus der Krankenkasse?“

Mit dieser Frage beschäftigte sich am 5. Januar eine Ver sammlung der Arbeiter der Kieselgüter. Nach einem Vortrage des Stadtv. Nibel wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am Sonntag, den 5. Januar er., in Berlin tagende Ver sammlung der auf den Gütern Berlins beschäftigten Personen nahm Stellung zu der Ausscheidung derselben aus der Ver triebkrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin und obenge nannte gemäß § 418 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherungsspflicht zu befreien. Die Deputation der Kanalarbeiter und Güter Berlins hat sich bei ihrem diesbezüglichen Beschlusse von Zweckmäßigkeitsgründen leiten lassen. Die Versammlung bedauert, daß die Deputation hierin die hohen Aufgaben einer Stadtgemeinde als Arbeitgeber völlig außer Acht gelassen hat, zumal die Schäden und Folgen für die beschäftigten Personen zufolge der beabsichtigten Ausscheidung aus der Vertriebskrankenkasse ganz erhebliche sind und sich in ihrer Tragweite noch gar nicht absehen lassen. Zudem bestreiten die Ver sammelten u. a., daß die Dauer des Krankenlagesbezuges auf das gesetz liche Minimum von 26 Wochen herabgesetzt wird, somit der bisherigen Gewährung von 39 Wochen verlustig gehen, ebenso eine Herabsetzung des Sterbegeldes und ferner die für die Beschäftigten besonders wichtige freie Arztwahl in Fortfall kommen wird. Durch das Nichtangehören einer Krankenkasse haben die Arbeiter keinerlei Bestimmungsrecht, wie das die übrigen städtischen Arbeiter in ihren Krankenkassen haben. Somit fühlen sie sich diesen gegenüber zurück gesetzt und völlig rechtlos, von der Verwaltung mit ihrer Familie vollständig unabhängig.

Die Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die beabsichtigte Ausscheidung aus der städtischen Vertriebskrankenkasse und beauftragt die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei den in Frage kommenden Instanzen alle Schritte dagegen zu unternehmen, insbesondere aber zunächst eine sofortige Konferenz bei dem Oberbürgermeister Vermuth nachzuholen.

Unbegreifliches Verhalten eines Bahnhofsinspektors. Ein Arzt schreibt uns: Wenn man seit 20 Jahren in der ärztlichen Praxis steht, erlebt man so manches. Was mir indessen heute passiert ist, übersteigt alles bisher Dagewesene, ist das Tollste vom Tollsten! Ich

wartete an der Straßenbahnhaltestelle vor dem Ringbahnhof Prenzlauer Allee auf die Elektrische, als in einiger Entfernung von mir auf dem Bürgersteige ein Arbeiter plötzlich hinfiel und von schweren Krämpfen befallen wurde. Ich eilte hinzu und sah, daß diese Krämpfe wohl zweifellos epileptischer Natur waren. Nachdem ich die erste Hilfe geleistet hatte, hat ich schließlich einige der ebenfalls hinzugeeilten Personen, den Mann in die sehr geräumige Vorhalle des Ringbahnhofs Prenzlauer Allee hineinzubringen. Einmal, weil an und für sich bei den ziemlich starken Krämpfen die Gefahr vorlag, daß der Betreffende sich auf dem Pflaster zerbrechen würde, andererseits aber auch, weil die Befürchtung nahe lag, daß bei dem scheinlichen Wetter und der Kälte ein Herzschlag hinzutreten und dem Leben des Mannes ein Ende machen könnte. Kaum war der Mann in der Bahnhofsabteiler niedergelegt worden — die Krämpfe hatten immer noch nicht nachgelassen — als der Bahnhofsinspektor erschien und laut aufforderte, den Mann wieder auf die Straße zu bringen. Hier in der Bahn hofsabteiler wäre kein Ort für Leute, die eventuell sterben könnten. Ich wies den Inspektor darauf hin, daß hier Gefahr für das Leben drohe, und daß ich als Arzt die Pflicht hätte, alles aufzubieten, um eine derartige Gefahr abzuwenden und aus diesen Gründen an geordnet hätte, den Mann hier in die Bahnhofsabteiler hineinzubringen. Das alles machte keinen Eindruck auf den Herrn Inspektor. Ich wies schließlich darauf hin, daß sein Verhalten resp. seine An ordnung den Mann unter diesen Umständen und bei diesem kalten Wetter auf die Straße zu werfen, ein geradezu rohes und unmensch liches Verhalten wäre. Darauf der Herr Bahnhofsinspektor unter Berufung darauf, daß er hier das Handrecht habe, mich aufforderte, unverzüglich die Räumlichkeiten des Bahnhofs zu verlassen, anderen falls er gegen mich wegen Hausfriedensbruchs vorgehen würde. Es blieb mir also nichts anderes übrig, als den Mann seinem Schicksal zu überlassen. Mir ist ein derartiges Verhalten in einer zwanzigjährigen Praxis noch nicht vorgekommen. Ein Glück für den Herrn Bahnhofsinspektor, daß er in Preußen und nicht in Amerika beamtet ist; denn jenseits des Teiches, glaube ich, hätte man an einem solchen Menschen wegen seines unmenschlichen Verhalten eine Lynchjustiz ohne gleichen verübt. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob diese Herren Bahnhofsinspektoren eine Instruktion haben, dergestalt, daß sie einem Menschen, der ganz plötzlich von einem schweren Leiden befallen wird, in ihren Räumlichkeiten keine Unterkunft geben dürfen?

In anderen Kulturstaaten würden dem Herrn wahrscheinlich noch in anderer Weise von seinen vorgelegten Behörden vor Augen geführt werden, daß auch ein Bahnhofsinspektor im Goetheischen Sinne edel, hilfreich und gut zu sein hat.

Konfessioneller Religions- oder weltlicher Moralunterricht — Er fahrungen in Frankreich, lautet das Thema zweier Versammlungen, welche am Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in dem „Marinhaus“ an der Waisenbrücke und am Dienstagabend in dem „Moabiters Gesellschaftshaus“, Wielestr. 24, stattfanden.

Da namentlich von der Zentrumspartei allerlei der Wahrheit widersprechende Geschichten über die städtische Verwahrung in Frankreich seit der Einführung des Moralunterrichtes und der Abschaffung des Schulreligionsunterrichtes dafelbst verbreitet werden, dürfte das Urteil eines französischen Hochmannes von Wert sein.

Das Referat hat Prof. Dr. Proda-Paris übernommen. Der Vortrag wird in der deutschen Sprache gehalten. Als zweiter Redner spricht Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann über: Die Moral des Religionsunterrichtes. Erfahrungen in Preußen.

Vermißt wird seit dem 2. Januar das Lehramtskandidat Frida Popp aus Reimendorf, Seestr. 20. Am 2. Januar abends 8 Uhr verließ es die Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft in der Loggstraße und ist seitdem nicht wieder gesehen worden. Selbst bei was das Mädchen mit graugrünem Liffet, einfarbigem gelben Hut mit schwarzem Band und mit schwarzer Schur garniert. Es trug schwarze Schür stiel, hat blondes Haar, ist 1,50—1,54 Meter groß und kräftig ent wickelt. Wer über den Verbleib irgendwelche Auskunft geben kann, wird gebeten, sich bei der Polizei oder bei Menzel, Reimendorf, Seestr. 20, zu melden.

Im Walfalla-Theater geht als nächste Nachmittagsvorstellung am Sonntag, den 12. d. Mts., 1/4 Uhr, das bekannte noch Fritz Reuters „Al mine Stromtid“ bearbeitete Lustspiel „Onkel Bräsig“ in Szene. Der plattdeutsche Dialekt wird in der Darstellung derartig gemildert, daß die Sprache jedermann leicht verständlich ist. Als Bräsig gastiert Herr Siegfried Böhm.

Der Berliner Volkshaus veranstaltet heute nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses den 6. Vortrag des Wagner-Jahrs. Herr Dr. Guttman spricht über „Tristan und Isolde“. Mehrere Künstler wirken mit. Eintritt für organisierte Arbeiter und deren Angehörige 10 Pf.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Ver nutzung für jedermann, SO., Adalbertstr. 41. Geöffnet werkt äglich von 5 1/2—10 Uhr abends, am Sonn- und Feiertagen von 9—1 Uhr und 3—6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 605 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche gesehen haben, wie am 7. Dezember vorigen Jahres ein Radfahrer in Alt-Moabit, Ede Stromstraße, von einem Auto überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Herrn Hermann Wid, Berlin NW., Wielestr. 32, Duergebäude IV, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Halensee.

Der Kampf gegen den Verkauf ausländischen Fleisches wird auch in Wilmersdorf von interessierter Seite geführt. Nicht nur die Schlächtermeister, sondern auch andere Vertreter des Mittelstandes wissen bis in die städtische Verwaltung hinein zu minieren, damit der Bevölkerung selbst diese beschene, zur Vinderung des Kostlandes getroffene Maßnahme verleidet werde. Andererseits muß man allerdings anerkennen, daß außer den sozialdemokratischen auch andere, in dieser Hinsicht unabhängige Stadivertreter ohne Vorurteillos genug gewesen sind, um den Magistrat zur Abwehr gegen die Quertreibereien der Schlächter zu veran lassen. Ein entscheidender Schritt war es, als die städtische Behörde vor einigen Wochen mit der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend geschäftliche Vereinbarungen traf. Die Genossen schaft hat drei Verkaufsstellen eingerichtet, und zwar in den Häusern Bruchfaler Straße 3, Augustastr. 57 und Gän gelstraße 43; wir machen die Bevölkerung darauf aufmerksam, daß in diesen Verkaufsstellen an alle Einwohner, ohne Unter schied, ob sie Mitglieder der Konsumgenossenschaft sind oder nicht, zu den vom Magistrat festgesetzten Bedingungen Rind- und Schweinefleisch in anerkannter Güte verkauft wird. Weiter wird in nächster Zeit im Hause Berliner Straße 40, neben der städtischen Fischhalle, eine städtische Verkaufsstelle für ausländisches Fleisch eröffnet werden. Wie in Berlin, so liegt es auch in Wilmersdorf im Interesse der Bevölkerung, dadurch den mittelständlerischen An setzungen entgegenzutreten, daß sie möglichst in den hier be zugsgebenen Verkaufsstellen ihren Fleischbedarf deckt.

Neukölln.

Ein schamloser Betrug hatte sein Unwesen in der Alex anderstraße gerrieben, indem er vor Mädchen sich ungeschickt entblöhte. Am 3. Januar, abends gegen 7 Uhr, passierte es im Hause Alex anderstraße 17 zwei Mädchen im Alter von 9 und 11 Jahren, daß ihnen ein junger Mensch in dieser Weise entgegentrat. Nachdem

Der Vorkauf dem zuständigen Polizeibureau in der Lehkestraße gemeldet worden war, wurde am 8. Januar, mittags um 11 Uhr, von einem Bewohner des Hauses Allerstraße 18 ein Mann unter gleichzeitiger Beibehaltung festgehalten und auf dem Polizeibureau abgeliefert. Nach am Nachmittag desselben Tages vernahm die Polizei ein halbes Dutzend Mädchen, doch wurde sonderbarerweise der Polizeigenossenschaft ihnen nicht — oder mindestens nicht allen — gegenüber gestellt. Eltern von beteiligten Mädchen äußern und ihre Verwunderung hierüber und finden unbegreiflich, daß der Mann wieder freigelassen worden sei. Die Polizei soll das damit begründet haben, daß er feste Wohnung habe, so daß die Kriminalpolizei ihn im Auge behalten könne. Wer der Festgenommene und Wiederentlassene ist, haben wir bisher nicht sicher ermitteln können. Erst am 10. Januar wurde den Kindern auf dem Polizeibureau bei ihrer nochmaligen Vernehmung ein Mann gegenübergestellt und ihnen die Frage vorgelegt, ob dieser es sei, der sie so belästigt habe. Bezüglich zweier der Mädchen wissen wir, daß sie in dem Mann jenen Burtschen nicht wiedererkannt haben; über die Bekundungen der anderen sind wir nicht unterrichtet. Man muß annehmen, daß der Richtige noch nicht erwischt ist. Vermutet wird übrigens, daß in der Gegend der Allerstraße mehrere Personen das schamlose Treiben verübt haben.

Tempelhof.

Zum Gemeindevorsteher von Tempelhof wurde in der gestrigen Sitzung der Gemeindevorstellung einstimmig der bisherige Syndikus Fritz Wiesener an Stelle des verstorbenen Gemeindevorstehers Mustschel gewählt. Wiesener wurde im Frühjahr 1909 zum Syndikus der Gemeinde Berlin-Tempelhof gewählt, nachdem er vorher als Magistratsassessor in Charlottenburg tätig gewesen war.

Wariendorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurden die Wahlen der in der ersten und zweiten Klasse gewählten Vertreter für gültig erklärt und deren Einführung vollzogen. In Zukunft sollen nicht nur die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr, sondern alle bei Vorkäufen beteiligten Personen gegen Schäden versichert sein. Genosse Weber erklärte zwar sein Einverständnis mit der Vorlage, ersuchte jedoch, von einer endgültigen Beschlußfassung vorläufig Abstand zu nehmen, damit seine Fraktion erst zu dieser Frage Stellung nehmen könne. Im übrigen gab Redner dem Wünsche Ausdruck, daß der Gemeindevorsteher in Zukunft derartige Vorlagen den Vertretern früh genug unterbreiten möge. Der Vorsitzende sagte zu dem Wunsche Rechnung tragen zu wollen, worauf die einstimmige Annahme der Vorlage erfolgte. Anlässlich eines Antrages der Rettungsgesellschaft der Wasserportvereine um Bewilligung eines Jahresbeitrages brachte Gemeindevorsteher Sauer einen Fall zur Sprache, der sich vor kurzem am Bahnübergang der Großbeerenstraße zugetragen hat. Dort habe, ohne daß die Schranken geschlossen waren, ein D-Zug in voller Fahrgeschwindigkeit die Straße gekreuzt; nur einem Glücksumstand sei es zuzuschreiben, daß Menschenleben nicht vernichtet wurden. Der Gemeindevorsteher ersuchte Herrn Sauer um eine genaue Darstellung des Vorganges und Angabe von Zeugen, damit er an zuständiger Stelle das Weitere veranlassen könne. Eine längere Debatte brachte der Antrag des Kaninchenzüchters um Ueberlassung eines Geländes zur Kaninchenzucht. Der Antrag hatte bereits einer am 14. November des vorigen Jahres stattgefundenen Sitzung vorgelegen, die damals den Beschluß faßte, dem Verein ein Gemeindegelände unentgeltlich zur Gewinnung von Futtermitteln zu überlassen. In dem neuen Antrage, der bereits die Rahmungs- und Kommissionsbestimmungen enthält, wird gewünscht, daß dem Verein die Ueberlassung der Kaninchenzucht auf dem Gelände gestattet und 800 M. zur Erbauung von Ställen bewilligt werden mögen. Der Verein verpflichtet sich, pro Mitglied 220 bis 240 Kaninchen im Jahre an die Gemeinde zum Verkauf an die Ortsbewohner, pro Hund zu 40 Pf., zu liefern. Genosse Reichardt befruchtete den Antrag; derselbe sei geeignet, bei der herrschenden Fleischverknappung einen gewissen Ersatz auszubilden. Die bürgerlichen Vertreter, u. a. die Herren Raab und Zahn, sprachen gegen den Antrag. Zahn befürchtete bei der Durchführung desselben eine Rattenplage. Auch habe man dem Geflügelzüchterein die Bewilligung eines Ehrenpreises abgelehnt. Demgegenüber betonte Genosse Weber, daß seine Fraktion noch nie für die Bewilligung von Ehrenpreisen für Sportvereine eingetreten sei. Die bürgerlichen Vertreter, mit Ausnahme des Schöffen Raab, lehnten den Antrag ab und stimmten für die Aufrechterhaltung des am 14. November gefassten Beschlusses, wonach dem Verein gegen sechsmonatige Kündigung frei ein Gelände zur Gewinnung von Futtermitteln überlassen werden soll. — Bei Bewilligung von 2300 M. für die Schaffung einer Nachschule im Lyzeum machte Genosse Weber seine und seiner Genossen Zustimmung davon abhängig, daß nicht nur die Schülerinnen der höheren Mädchenschule, sondern auch die der Volksschulen an dem Haushaltungsunterricht teilnehmen können. Der Gemeindevorsteher sprach sich dahingehend aus, daß es sein Wunsch sei, alle Volksschülerinnen der ersten Klasse nach Möglichkeit am Haushaltungsunterricht teilnehmen zu lassen. Der Vorlage wurde hierauf zugestimmt. Seit 1. Januar ist, wie der Gemeindevorsteher mitteilte, im Ort die Generalvormundschaft eingeführt. Als Generalvormund ist der Gemeindevorsteher Herr Robert Lehmann und als dessen Stellvertreter Herr Duder bestimmt. Nachdem eine längere Debatte tief der Punkt: Bewilligung von Mitteln für eine allgemeine Ortserleuchtung hervor. Der Gemeindevorsteher wünschte, zu diesem Zweck einen Fonds von 2000 M. bereitzustellen. Genosse Reichardt erklärte sich im Prinzip für die Vorlage, doch erwiderte ihm der Zeitpunkt noch verfrüht. Es müsse zunächst versucht werden, bessere Verkehrsverhältnisse mit Berlin zu schaffen. Herr Zahn machte den Vorschlag, zum Zwecke der Errichtung einer Badeanstalt am Teltowkanal an den Kreis heranzutreten; eine solche Einrichtung dürfte wesentlich zur Hebung des Ortes beitragen. Die Position wurde bewilligt. Zum Direktor für das am 1. April zu eröffnende Lyzeum ist Herr Professor Winkler aus Grunewald gewählt worden.

Grünau.

Eine sehr umfangreiche Tagesordnung hatte die Gemeindevorstellung in ihrer letzten Sitzung zu erledigen. Das Hauptinteresse nahm die Beratung des Haushaltungsvorschlages in Anspruch. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach Genosse Rühner den Wunsch aus, die beiden ersten Punkte der nachfolgenden geheimen Sitzung ebenfalls öffentlich zu verhandeln. Es handelte sich um Ueberlassung von Angestellten und Entschädigung für Teilnahme an einem Ausfluge für Jugendpflege. Unter Hinweis auf das Ortsstatut wurde dies jedoch abgelehnt. Bei der nunmehr erfolgenden Beratung des Etats gab der Ortsvorsteher bekannt, daß unter Ausgaben 30 000 M. für die Erbauung einer Turnhalle neu vorgesehene seien. Beim Titel Beamtengehälter wünschte der Vertreter Herr Klisch eine spezialisierte Aufstellung, da aus der vorliegenden die einzelnen Gehälter nicht ersichtlich seien. Den Vorausangelegten wurde eine kleine Erhöhung bewilligt. Genosse Rühner bemängelte, daß beim Titel Straßenreinigung und Unterhaltung der Straßen und Plätze nicht ersichtlich sei, welche Entlohnung die Gemeindevorstellung erhalten. In beiden Fällen soll in Zukunft den Wünschen Rechnung getragen werden. Beim Titel Schule wünschte Rühner einen eingehenden Bericht des Schulrates sowie Lieferung der Lehrmittel an unbedeutende Kinder. Zur Ausführung dieser Forderung wünschte Herr Klisch eine genaue Kontrolle der Kinder durch die Gemeindevorsteher. Die Herren Kadeloff und Schuchholz wollten sich gleichfalls erst nach einer genaueren Prüfung der Familienverhältnisse berechtigen, dem Wunsche zustimmen. Der Lehrerschaft wurde das nötige Interesse und Verständnis für eine richtige Handhabung abgeprochen. Gelegentlich der Herren hier mit Bemerkungen, so waren sie dem Bewilligungsamtigen beim Punkt Freizeitschule. Für diese sind 2500 M. sowie eine Nachforderung von 1500 M., also zusammen 4000 M. vorgesehene. Mit Recht lehnte Genosse Rühner die Bewilligung dieser Summe ab und forderte deren Verwendung zugunsten der Gemeindegasse. Herr Bide, der dem Kuratorium dieser Schule angehört, und auch der Besitzer des

Hauses ist, in dem dieselbe ihre Unterrichtsräume hat, trat sehr warm für die Bewilligung ein, da nur durch Erhaltung derselben bessere Mieter nach Grünau gezogen werden könnten. Die übrigen Vertreter blieben in dasselbe Horn. Herr Bide beantragte sodann, für Neupflasterung der Bahnhofstraße 18 000 M. bereitzustellen; da jedoch bei einer Neupflasterung die Antiege zu den Kosten beitragen müssen, sollen diese erst befragt werden. Die Kanalisationsgebühren wurden von 27 Proz. auf 24 Proz. herabgesetzt. Die Regelung der Müllabfuhr wurde im Hinblick auf die schwachen Verhandlungen des Zweckverbandes wegen Ankauf der Wadungen zurückgestellt. Zu den Unterhaltungsstellen der freiwilligen Feuerwehr soll auch der Ortsbezirk Forst-Grünau-Dahme herangezogen werden. Es wurden sodann mehrere kleine Posten bewilligt, darunter auch 2000 M. für die Kirche, deren Berechtigung vom Genossen Rühner bezweifelt wurde, natürlich ohne Erfolg. Unter Einwirkung beantragte Rühner, daß die Kosten der Desinfektion von der Gemeinde übernommen werden. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag angenommen mit der Abänderung, daß diese Vergünstigung nur bis zu einer noch festzulegenden Vermögenslage gelten soll. Die Erhöhung der Grundsteuer für unbebaute Grundstücke wurde mit Rücksicht auf den Fortschritt abgelehnt. Der ganze Etat wurde sodann in Höhe von 192 000 M. gegen 189 000 Mark im Vorjahre angenommen. Der Steueretat wurde wie im Vorjahre auf 110 Proz. festgesetzt. Alsdann wurde die Einführung des Steuerdringensystems beschlossen. Die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen wurde einer Kommission überwiesen. Das Gehaltsgehalt für die Gemeindegasse wurde auf 50 M. festgesetzt. Beschlossen wurde, daß die Gemeinde die freiwillige sowie die Ortsfeuerwehr gegen Unfall versichert. Zuletzt wies der Ortsvorsteher darauf hin, daß bei Anlage der Kanalisation die für die Gemeindegebäude entstandenen Kosten in Höhe von 6500 M. nicht vorgesehen waren und bisher nicht gedeckt sind, er ersuchte um Regelung der Angelegenheit. Hierauf folgte noch eine geheime Sitzung.

Friedrichsfelde.

In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung referierte Genosse Schwend über die auswärtige Handelspolitik. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Alsdann erstattete Genosse Schacht Bericht von der Kreisversammlung. Ueber die Jugendorganisation entspann sich eine lebhaft Diskussion. In einer am 19. Januar stattfindenden Versammlung der Jugendlichen soll rege Propaganda gemacht werden. Genosse Dehler teilte alsdann einiges aus der Gemeindevorstellung mit, unter anderem, daß der Vertrieb des russischen Fleisches vom 13. Januar ab von der Konsumgenossenschaft erfolgen werde. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Bezirksleiter des vor kurzem verstorbenen langjährigen Genossen Max Krucke in warmen Worten. Zum Schluß wurden noch fünf neue Mitglieder aufgenommen.

Sergelnde.

Die Gemeindevorstellung im benachbarten Lichtenow hatte eine nochmalige Wahl des Gemeindevorstehers und des Gemeindegewähltes vorzunehmen, da die vorherige vom Landrat des Kreises Niederbarnim aus formellen Gründen nicht bestätigt worden war. Zum Gemeindevorsteher wurde der Rentier Aug. Hingz mit sechs Stimmen gewählt. Auf den bisherigen Gemeindevorsteher August Sarzmann entfielen 4 Stimmen. Zum Schöffen der Gemeinde wurde der Lehngutbesitzer Heinrich Prederick gewählt. Auf ihn entfielen 7 Stimmen, während die Genossen Fritz Janter, Ferd. Riechmann und Fritz Morughy je eine Stimme erhielten. — Die Einführung der Straßenbeleuchtung wurde mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Schwälde.

Gemeindevorstellung. Einem Vorschlage der Bau- und Wegekommission entsprechend, wurde einer Änderung des Bebauungsplanes zugestimmt. Die geplante Straße soll in ihrem nördlichen Teil eine neue Trasse erhalten, um der Continentalen Wasserwerks-Gesellschaft Gelegenheit zur glücklicheren Wegschaffung ihrer Abwässer zu geben. Bedingung ist aber, daß die Auflassung des Strahlenlandes inklusive Bürgerliche Losen- und Losentlos durch die Gesellschaft an die Gemeinde Schwälde erfolgt. Zum Ausgleich des Etats schlug die Finanzkommission die Ueberhebung einer Biersteuer vor, deren Ertrag mit 2000 M. pro Jahr veranschlagt war. Hiergegen wandten sich die Gemeindevorsteher Vobe, Veitling und Albrig. Letzterer betonte, daß die Biersteuer im günstigsten Falle nur 750 M. einbringen und die wenigen Gastwirte ungemein belasten würde. Herr Metz glaubt dagegen, daß die Steuer von den Brauereien getragen würde und ersucht im Falle der Ablehnung um Ersatzvorschläge. Herr Albrig bemerkte hierzu, daß er bei Beratung des Etats entsprechende Streichungsanträge einbringen werde. In namentlicher Abstimmung wurde dann die Steuer mit 4 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, den Angestellten der Gemeinde die Beiträge für die in Kraft tretende Angestelltenversicherung nicht in Abzug zu bringen. Hiergegen sprach und stimmte nur der Schöffe Herr Wendt.

Petershagen bei Frederisdorf.

Der Gemeindevorstellung lag in der letzten Sitzung ein Antrag des Kreises vor, wonach die Gemeinde erlaubt wird, sich dem vom Kreis projektierten Wasserwerk anzuschließen. In Ermangelung von Mitteln will die Vertretung auf das Angebot vorläufig nicht eingehen. Da der Kreis die Uebernahme des Eggerdorfer Weges vorzunehmen beabsichtigt, ist an die Gemeindevorstellung die Anforderung ergangen, über den auf sie entfallenden Kostenbeitrag in Höhe von circa 2500 M. Bescheid zu fassen. Auf Antrag unserer Genossen wurde der Gemeindevorsteher beauftragt, bei den mit dem Kreis zu pflegenden Verhandlungen dahin zu wirken, daß derselbe dem Ort die Mittel zur Verfügung stellt, die er zur Uebernahme des auf das Gemeindegelände entfallenden Teils angewendet hätte, und zwar mit der Kollektion, daß der Ort den Weg pflastern wolle.

Nowawes.

In der letzten Versammlung des Wahlvereins gedachte der Vorsitzende zunächst des verstorbenen Mitgliedes Richard Schaumkessel. Sodann hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Büchner einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Deutschlands größter Bundesstaat, Preußen“. Im geschäftlichen Teil wies der Vorsitzende auf die vielleicht im März stattfindenden Gemeindevorsteherwahlen hin und ersuchte um rechtzeitige Einsicht in die vom 15. bis 30. Januar im Gemeindebureau, Dietrichstraße 1, ausliegende Wählerliste. Sollte es dem Vorstand möglich sein, zwei Abschriften von der amtlichen Liste zu bekommen, dann werde er dieselben in je einem Lokal des nördlichen und südlichen Ortsteils zur Einsicht auslegen. Ein an den Gemeindevorstand gerichteter Bescheid, die amtliche Liste bis abends 7 Uhr aufzulegen, sei mit dem Himmel abgelehnt worden, doch dies wegen der bereits erledigten Vorarbeiten nicht möglich sei; jedoch sollen die noch aufzustellenden Abteilungslisten an drei Abenden bis 7 Uhr ausgelegt werden. Der Vorsitzende verlas ferner ein vom Regierungspräsidenten eingegangenes Antwortschreiben auf die laut Bescheid der letzten Versammlung an den Minister des Innern gerichtete Petition um Rückgängigmachung der Eingemeindung des vom Forstfiskus an den Schriftsteller Rittershaus in Neubabelsberg veräußerten Waldgebietes nach Klein-Glienicke. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß der Kreisauschuss die Eingemeindung bereits rechtskräftig beschlossen habe und somit die Angelegenheit erledigt sei. — Um die Funktionäre und interessierte Mitglieder mit der Technik der Landtagswahlen näher vertraut zu machen, soll am 17., 21. und 24. Januar (Freitag) im Schachtelchen Lokal ein Kursus abgehalten werden, dessen Leitung der Genosse Thayer (Neußölln) übernommen habe. Zur Mitte April ist außerdem seitens des Vorstandes und Kreisauschusses ein Kursus über Bildungsbestrebungen geplant, dessen Leitung wahrscheinlich Genosse Grunwald übernehmen werde. — Ueber die Aufnahme eines bisher einem örtlichen Kriegervereins

angehörigen Geschäftsmannes entstand eine längere Debatte, schließlich wurde das Aufnahmegesuch mit großer Mehrheit abgelehnt. — Nach Mitteilung des Kassierers betrug die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 882, davon waren 178 Frauen. — Auf Vorschlag des Genossen Böllner wurde noch beschlossen, die Auswahl der Kandidaten für die Gemeindevorsteherwahlen den eigens dazu einberufenen Bezirksitzungen zu überlassen.

Adlershof.

In der gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins hielt an Stelle des verstorbenen Genossen Gröger Genosse Edwin Neumann einen instruktiven Vortrag über die unserm Kreise bestehende Landtagsersatzwahl. Nachdem Redner in kräftigen Strichen ein Bild der wichtigsten Kämpfe aus der ihrem Ende entgegengehenden Legislaturperiode entworfen hatte, erinnerte er an die Pflichten, die jetzt des einzelnen harten: lebhaftige Beteiligung an den sich immer mehr häufenden Parteiarbeiten. Als Ersatzwahl-männer wurden folgende Genossen aufgestellt: 1. Bezirk: Paul Teske; 2. Bezirk: Hise, Edwin Neumann; 4. Bezirk: Behold; 5. Bezirk: Müller, Schwab; 6. Bezirk: Schwarzlose; 7. Bezirk: Klotz und Rospar.

Den Bericht des Vorstandes erstattete Genosse Klotz. Entsprechend der eifrigen Arbeit zum inneren Ausbau der Organisation waren auch die äußeren Erfolge. Der Mitgliederbestand am 1. Juli 1912 betrug 133 Frauen, 560 Männer, zusammen 715. Am 31. Dezember 1912: Frauen 177, Männer 625, zusammen 802. Die Zahl der Vorwärtsleser betrug am 1. Juli u. J. 712, am 31. Dezember u. J. 887, das ist eine Zunahme von 175 „Vorwärts“-Lesern. Es fanden statt: 17 Vorstandssitzungen, 2 Generalversammlungen, 1 außerordentliche, 5 öffentliche Versammlungen, 18 Handzettel- und Flugblattverbreitungen. Durch Ueberlassung des Obmannes der Bezirksleiter machte sich die Wahl eines zweiten Obmannes notwendig. Gewählt wurde der bisherige Bezirksleiter Paul Böhold. An dessen Stelle trat Genosse Daber. Rühner erwiderte bezüglich des Kaufmannsgerichtswahlens. Bei der Arbeitgeberwahl siegte die Gegner, während unsere Liste (Zentralverband) bei den Arbeitnehmerwahlen 13 von 46 Stimmen und damit einen Weisther erhielt. Genosse Martin gab den Kassenericht. Einer Einnahme von 1057,78 M. steht eine Ausgabe von 1026,24 M. gegenüber. Genosse Neumann monierte in seinem Bericht des Bildungsausschusses die Laune der Genossen, sich an den Vorträgen des Bildungsausschusses zu beteiligen, und wünscht bei dem am 25. d. M. stattfindenden Kostümfest regeren Besuch. Die vom Vorstand arrangierten Kurse zur Bildung der Parteigenossen werden mit vier Vortragabend (Ref.: Gen. Dunder) ihren Abschluß finden. Genosse Jidler berichtete über die Stufenverhältnisse des Bildungs- resp. Jugendauschusses. Einnahme beim Bildungsausschuß: 56,85 M., Ausgabe: 10,15 M., Bestand: 46,70 M. Jugendauschuß: Einnahme: 300 M., Ausgabe: 108,70 M., bleibt Bestand: 191,30 M.

Zum Punkt „Parteiangelegenheiten“ führte Genosse Zabel aus, daß gegen den Austritt aus der Landeskirche wohl deshalb eine Animosität seitens der Arbeiterschaft herrsche, weil diese zu sehr am Althergebrachten hänge, und besonders bei Begräbnissen die tröstenden Worte an die Angehörigen des Verstorbenen vermissen. Diesem Uebelstand sei dadurch abgeholfen, daß sich fünf Genossen bereit erklärt haben, bei künftigen Begräbnissen Worte des Trostes an die Angehörigen zu richten. Man müsse aber der Arbeiterschaft noch weiter entgegenkommen, und da sei die Anwesenheit des Gesangvereins „Frohinn“ oder einer Abordnung desselben unerlässlich. Wir würden dadurch unseren Gegnern eine Waffe aus der Hand werden, mit der sie bisher am erfolgreichsten geziehen. Genosse Poppe begrüßte die Ausführungen des Genossen Zabel, wies aber auf die schlechte finanzielle Lage des Vereins hin. Nur dadurch, daß die Genossen dem Verein als passive Mitglieder mit einem Monatsbeitrag von etwa 25 Pf. beitreten würden, seien die Anregungen Zabels durchzuführen. Die Ausführungen beider Redner wurden von der Generalversammlung sympathisch aufgenommen.

Schnow (Kreis Niederbarnim).

Die Bauerlaubnis an ungepflasterten Straßen soll, wie der Gemeindevorsteher in der letzten Gemeindevorstellung betonte, fortan nur dann erteilt werden, wenn sämtliche Anlieger einer solchen Straße die Pfahlerkosten als Sicherheitshypothek eintragen lassen. Nach der bisher bestehenden Bestimmung konnte die Bauerlaubnis bereits gewährt werden, wenn nur einzelne Anlieger die Sicherheitshypothek eintragen ließen.

Jugendveranstaltungen.

Neußölln. Heute Sonntag, den 12. Januar findet eine Beschäftigung der Arbeiterwohlfahrtsvereine, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12, statt. Treffpunkt: Neußölln, Hermannplatz (Sporthof) 1/2 Uhr; für Späterkommende vor der Ausstellung pünktlich 1 Uhr. Die Beschäftigung gilt für die Gruppe 2 der Neußöllner Arbeiterjugend.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

Berlin. 2. Abteilung am Montag bei Dase, Brunnenstraße 154, abends 8 1/2 Uhr.
Neußölln. Am Freitag in der Idealpassage, Weichselstraße 8, abends 8 1/2 Uhr.
Schnow. Am Montag bei Schulz, Sternstr. 12, abends 8 Uhr.
Friedrichshagen. Am Donnerstag, Friedrichstr. 60, 2. Hof, abends 8 1/2 Uhr.
Berlin. Heute Sonderkursus bei Schulz, Königsgraben 2, von 3 bis 5 Uhr nachmittags.
Nowawes. Am Freitag in der Fortbildungsschule, abends 8 Uhr. Die Kreisleitung. Paul Hagedorn, Berlin O. 112.

Witterungsübersicht vom 11. Januar 1913.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. °C	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. °C
Eintriede	773	OND	2	Wolkig	-2	Nabaranda	782	WS	2	bedeckt	-13
Hamburg	770	D	3	bedeckt	-1	Berensberg	776	WS	1	bedeckt	-7
Berlin	770	D	3	bedeckt	-1	Schlitz	748	WS	4	bedeckt	10
Kranitz a. M.	766	D	1	bed. bis kl.	-1	Aberdeen	759	WS	3	bedeckt	4
München	765	D	3	bedeckt	-5	Paris	760	WS	1	bedeckt	1
Wien	766	SD	2	Schnee	-4						

Wetterprognose für Sonntag, den 12. Januar 1913.

Überwiegend wolkig mit leichten Schneefällen, gelbem Frost und ziemlich stillen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 10. Januar 1913, nach Ermittlungen des Königl. Volkspolizeiamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,26 bis 20,00, mittel 19,53—19,92, geringe 19,80—19,84. Roggen, gute Sorte 17,28—17,90, mittel 17,24—17,26, geringe 17,20—17,22 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,40—18,00, mittel 16,70—17,30, geringe 16,00—16,60. Hafer, gute Sorte 18,80—20,20, mittel 17,30—18,70 (incl. Wagen und ab Bahn).

Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—50,00. Hartweizen (Kleinbdl.) 5,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rolle 1,70—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karpin 1,40—2,40. Kafe 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Dorsch 1,60—2,60. Barsch 1,00—2,40. Schlei 1,00—3,20. Aale 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—24,00.

Ich habe Berlin N., Ziegelstr. 23 eine **Poliklinik für Frauenleiden** eröffnet. 20110
Sprechst. 10—11. Tel. Norden 1002.
Dr. B. Hallauer, 8-gut. Sitz u. garant. eigenes Stofflag.
monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß
J. Tomporowski, Schneidermeister, Anhalterstr. 110.
Spezialarzt f. Frauenl. u. Geburtshilfe (Billige Preise.) PerKasse Preisermäßigg. Charlottenburg, Bismarckstr. 81.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volksbühne.
 Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Schauspielhaus. 11. Abteil. (Gruppe 45-50): Die Frau Thalia-Theater, 8. und 4. Abteilung (Gruppe 11-15): Die Heide. Herrensitz 7. Fenster. 13. Abteilung (Gruppe 60, 57): Eine glückliche Ehe.
 Residenz-Theater. 5. Abteilung (Gruppe 20, 21): Francillon. Deutsches Schauspielhaus. 8. u. 9. Abteil. (Gr. 23 u. 29, 33-40): Fidele.
 Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr:
 Deutsches Schauspielhaus. 14. (1.) Abteilung: Der gute Ruf.
Neue Freie Volksbühne.
 Sonntag, den 12. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: Penthesilla. Kammeropernhaus: Erdgeist.
 Nachm. 3 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Kore. — Die Spieler. — Der Kammerlänger. Komödienhaus: Der rote Leinwand. Schiller-Theater O.: Das Konzert. Schiller-Theater Charl.: Die Jüdin von Toledo.
 Theater in der Königgrätzer Straße: Hundstage.
 Metropol-Theater: Tata Tolo.
 Neues Theater: Der fidele Bauer. Kleines Theater: Und das Licht scheint in der Finsternis.
 Trianon-Theater: Der selige Loup. Oper: Alfonsina Stradella.
 Abends 8 Uhr:
 Rathaus: Plattdeutscher Abend. Neues Volks-Theater: Gelden.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Montag: Die Doppelgänger. Dienstag: Die Jüdin von Toledo. Mittwoch: Ritter Kantschke. Donnerstag und Freitag: Michael Kramer. Sonnabend: Die Schwester. (Geheimes Versteck.)

Schiller-Theater O. Theater.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.
 Montag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.
 Montag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.
Berliner Theater.
 8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: Der gute Ruf.
Theater am Nollendorfplatz 5.
 Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.
Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
 (Madama la Presidente).
 Schauspiel 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217. u. 1218. u. 1219. u. 1220. u. 1221. u. 1222. u. 1223. u. 1224. u. 1225. u. 1226. u. 1227. u. 1228. u. 1229. u. 1230. u. 1231. u. 1232. u. 1233. u. 1234. u. 1235. u. 1236. u. 1237. u. 1238. u. 1239. u. 1240. u. 1241. u. 1242. u. 1243. u. 1244. u. 1245. u. 1246. u. 1247. u. 1248. u. 1249. u. 1250. u. 1251. u. 1252. u. 1253. u. 1254. u. 1255. u. 1256. u. 1257. u. 1258. u. 1259. u. 1260. u. 1261. u. 1262. u. 1263. u. 1264. u. 1265. u. 1266. u. 1267. u. 1268. u. 1269. u. 1270. u. 1271. u. 1272. u. 1273. u. 1274. u. 1275. u. 1276. u. 1277. u. 1278. u. 1279. u. 1280. u. 1281. u. 1282. u. 1283. u. 1284. u. 1285. u. 1286. u. 1287. u. 1288. u. 1289. u. 1290. u. 1291. u. 1292. u. 1293. u. 1294. u. 1295. u. 1296. u. 1297. u. 1298. u. 1299. u. 1300. u. 1301. u. 1302. u. 1303. u. 1304. u. 1305. u. 1306. u. 1307. u. 1308. u. 1309. u. 1310. u. 1311. u. 1312. u. 1313. u. 1314. u. 1315. u. 1316. u. 1317. u. 1318. u. 1319. u. 1320. u. 1321. u. 1322. u. 1323. u. 1324. u. 1325. u. 1326. u. 1327. u. 1328. u. 1329. u. 1330. u. 1331. u. 1332. u. 1333. u. 1334. u. 1335. u. 1336. u. 1337. u. 1338. u. 1339. u. 1340. u. 1341. u. 1342. u. 1343. u. 1344. u. 1345. u. 1346. u. 1347. u. 1348. u. 1349. u. 1350. u. 1351. u. 1352. u. 1353. u. 1354. u. 1355. u. 1356. u. 1357. u. 1358. u. 1359. u. 1360. u. 1361. u. 1362. u. 1363. u. 1364. u. 1365. u. 1366. u. 1367. u. 1368. u. 1369. u. 1370. u. 1371. u. 1372. u. 1373. u. 1374. u. 1375. u. 1376. u. 1377. u. 1378. u. 1379. u. 1380. u. 1381. u. 1382. u. 1383. u. 1384. u. 1385. u. 1386. u. 1387. u. 1388. u. 1389. u. 1390. u. 1391. u. 1392. u. 1393. u. 1394. u. 1395. u. 1396. u. 1397. u. 1398. u. 1399. u. 1400. u. 1401. u. 1402. u. 1403. u. 1404. u. 1405. u. 1406. u. 1407. u. 1408. u. 1409. u. 1410. u. 1411. u. 1412. u. 1413. u. 1414. u. 1415. u. 1416. u. 1417. u. 1418. u. 1419. u. 1420. u. 1421. u. 1422. u. 1423. u. 1424. u. 1425. u. 1426. u. 1427. u. 1428. u. 1429. u. 1430. u. 1431. u. 1432. u. 1433. u. 1434. u. 1435. u. 1436. u. 1437. u. 1438. u. 1439. u. 1440. u. 1441. u. 1442. u. 1443. u. 1444. u. 1445. u. 1446. u. 1447. u. 1448. u. 1449. u. 1450. u. 1451. u. 1452. u. 1453. u. 1454. u. 1455. u. 1456. u. 1457. u. 1458. u. 1459. u. 1460. u. 1461. u. 1462. u. 1463. u. 1464. u. 1465. u. 1466. u. 1467. u. 1468. u. 1469. u. 1470. u. 1471. u. 1472. u. 1473. u. 1474. u. 1475. u. 1476. u. 1477. u. 1478. u. 1479. u. 1480. u. 1481. u. 1482. u. 1483. u. 1484. u. 1485. u. 1486. u. 1487. u. 1488. u. 1489. u. 1490. u. 1491. u. 1492. u. 1493. u. 1494. u. 1495. u. 1496. u. 1497. u. 1498. u. 1499. u. 1500. u. 1501. u. 1502. u. 1503. u. 1504. u. 1505. u. 1506. u. 1507. u. 1508. u. 1509. u. 1510. u. 1511. u. 1512. u. 1513. u. 1514. u. 1515. u. 1516. u. 1517. u. 1518. u. 1519. u. 1520. u. 1521. u. 1522. u. 1523. u. 1524. u. 1525. u. 1526. u. 1527. u. 1528. u. 1529. u. 1530. u. 1531. u. 1532. u. 1533. u. 1534. u. 1535. u. 1536. u. 1537. u. 1538. u. 1539. u. 1540. u. 1541. u. 1542. u. 1543. u. 1544. u. 1545. u. 1546. u. 1547. u. 1548. u. 1549. u. 1550. u. 1551. u. 1552. u.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Aida. Montag: Der Rosenkavalier. Dienstag: Das Känguruh. Mittwoch: Der fliegende Holländer. Donnerstag: Madame Butterfly. Freitag: Ein Waisenbald. Sonnabend: Sigaros Hochzeit. Sonntag: Die Schønne von Portici. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Das Konzert. Abends: Die Geschwister. Elga. Montag: Die Schmetterlingsflucht. Dienstag: Die Geschwister. Elga. Mittwoch: Die Lokalbahn. Die Redakzion. Donnerstag und Freitag: Die Schmetterlingsflucht. Sonnabend: Die Geschwister. Elga. Sonntag: Wollentrag. Montag: Im weissen Röhl. (Anfang 8 Uhr.)

Casino-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Die verhängnisvolle Karte. Abends: Am grünen Strand der See. (Anfang 8 Uhr.) Montis Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der liebe Bauer. Abends und allabendlich: Der heilige Antonius. (Anfang 8 Uhr.)

Advertisement for 'Leiser' featuring a woman's face and the text 'Beginn den 17ten'. It lists various branch locations: König-Strasse 34, Oranien-Strasse 34, Leipziger Strasse 65, Friedenou, Rheinstr. 14, Taubentzen-Strasse 20, Müller-Strasse 3a, Oranien-Strasse 47a, Neukölln, Bergstr. 7/8, Moabit, Turm-Strasse 50.

Large advertisement for 'Inventur Ausverkauf' with 'Bis 50%' and 'Ermäßigung'. The text is stylized and prominent.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! anhergeordnetlich billig! Vorwärtsleier 5 Prozent Rabatt extra! Cardinendhaus Berlin, Dadescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntag geöffnet.

Es lohnt nur bei Max Weh, 88, Große Frankfurterstrasse 88, altbekannte Firma, zu kaufen. Man wird reich und billig bedient. Wenig getragene, teilweise aus Seide, von Kapazitäten nur kurze Zeit getragene Jodettanzüge, Modanzüge, Gedrodanzüge, Pradaanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Hüter, Dolan, einzelne Jacks und Smoking werden zu billigen Preisen verkauft.

Monatanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Dofen von 1,50, Gedrodanzüge von 12,00, Jacks von 2,50, sowie für forpvalente Figuren. Keine Garderobe zu Hause? Billigen Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Max, Waldstrasse 14.

Jehu Prozent Rabatt im Inventurausverkauf. Totalausverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Bettdecken, Korken aus fest abelholst billig.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, letzte Brandbetten, Winterpaletots, Wäsche spottbillig. Handledhaus Rüstenerplatz 7. 2931R*

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig Bohrenrate an, liefert Silber, Banduhren, Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Strengste Diskretion zugeichert. Auf Wunsch Auswahlforderung. Bestellungen erbitten Postlagerkarte 9, Postamt 102.

